



# Sezession

## Staat und Ordnung

Erik Lehnert  
Stählerne Gehäuse

Dimitrios Kisoudis  
Ordnungsstaat

Benedikt Kaiser  
Staatsordnung

Martin Lichtmesz  
Staatsverfall

Ellen Kositzka  
Gefühlsordnung

98

Oktober 2020  
11 EURO  
ISSN 1611-5910  
[www.sezession.de](http://www.sezession.de)

## Sezession

Herausgegeben vom  
Verein für Staatspolitik e.V.  
Rittergut Schnellroda  
06268 Steigra  
E-Mail: [redaktion@sezession.de](mailto:redaktion@sezession.de)

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert  
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister  
am Amtsgericht Stendal,  
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-  
Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen  
Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.)  
und Erik Lehnert

18. Jahrgang, Heft 98,  
Oktober 2020

*Sezession* erscheint im Februar, April,  
Juni, August, Oktober und Dezember.  
Der Preis für das Einzelheft beträgt  
11 € zzgl. Versandkosten.  
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert  
hält, kann ein Förderabonnement  
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-  
male Jahresabonnement (sechs Hefte)  
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser  
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.  
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich  
10 € Porto im Jahr.  
Wird das Abonnement nicht bis zum  
30. November gekündigt, verlängert es  
sich um ein weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im  
Heft vorbehalten. Manuskripte sind  
übrigens stets willkommen und sollten  
als Kurzbeitrag 9000 und als Grundla-  
genbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leer-  
zeichen) umfassen.

Satz & Layout:  
[satz@sezession.de](mailto:satz@sezession.de)

Sezession  
Rittergut Schnellroda  
06268 Steigra  
Tel: (03 46 32) 90 43 96  
Fax: (03 46 32) 90 43 97

[redaktion@sezession.de](mailto:redaktion@sezession.de)  
[vertrieb@sezession.de](mailto:vertrieb@sezession.de)  
[www.sezession.de](http://www.sezession.de)

ISSN 1611-5910

## Editorial

- 1 **Bürgerpflichten**  
Götz Kubitschek

## Bild und Text

- 2 **Nun ist sie halt da**  
Ellen Kositza

## Thema

- 4 **Angriff auf die Substanz**  
Dirk Alt
- 10 **Kernspaltung in den USA**  
Martin Lichtmesz
- 16 **Max Webers »Gehäuse der Hörigkeit«**  
Erik Lehnert
- 22 **Rechtsstaat, Sozialstaat  
und Ordnungsstaat**  
Dimitrios Kisoudis
- 28 **Solidarität und Identität oder  
Die Dialektik des Staates**  
Benedikt Kaiser
- 34 **Ioan Culianu, Jacques Ellul und  
die moderne Propaganda**  
Till Kinzel
- 38 **Gefühlsordnungen: Wenn es  
sich nicht gut anfühlt**  
Ellen Kositza
- 42 **Staat und Recht und Isländersaga**  
Günter Scholdt
- 46 **Christoph Stedings Kampf gegen  
die Neutralisierung des Reiches**  
Armin Mohler
- 52 **Ordnungskampf – ein paar Begriffe**  
Redaktion

## Bildteil

- 56 **Tief im Westen – Eine Reise**  
Wiggo Mann
- 64 **Ökologische Beleuchtungen (6):  
Schwarzes Gold**  
Jonas Schick

## Bücher

- 66 **Rezensionen**

## Bürgerpflichten

von Götz Kubitschek

Wenn man in Kamerun mit dem Auto fuhr und auf der Straße ein paar belaubte Zweige liegen sah, wußte man, daß hinter der nächsten Kurve irgend etwas los war: besser, man ging vom Gas und rollte auf das liegengebliebene Fahrzeug zu, auf den umgekippten Holzlasten, den ausgebrannten Kleinbus. Je welcher die Blätter an den Zweigen, desto länger her das Ganze. Versuche der deutschen Entwicklungshilfe, Sicherungs- und Warnstandards auf den Lehm-pisten und wenigen Asphaltstraßen einzuführen, scheiterten so vollständig, daß man einfach aufgab. Denn die Warnschilder fand man wenige Stunden, nachdem man sie aufgestellt hatte, als Teil eines Blechdaches oder als Schmuck an der Wand einer Hütte wieder, und blinkende Warnlampen dienten als Hüttenspaß, bis die Batterien alle waren.

Das alles ist fünfundzwanzig Jahre her, und ich weiß nicht, wie es heute dort aussieht. An den schlimmsten Unfall meines Lebens rollte ich an einem Sonntag kurz nach Tagesanbruch heran: Sintflutartiger Regen hatte eine Straße unterspült, die halbe Fahrbahn war den Hang hinuntergerutscht, über die Kante war soeben das zweite Auto gestürzt. Ich fuhr zügig und wurde gerade noch von einem Mann gewarnt, der mit der Machete die üblichen Warnzweige von einem Busch schlug. Ich wich aus und bremste scharf. Auf dem Beifahrersitz: einer der deutschen Tiefbauingenieure des Projekts. Er sprang aus dem Wagen und rannte auf die Kurve zu, um zu warnen, aufzuhalten, abzusichern. Unten am Hang schrie eine Frau mit blutigem Gesicht. Ihr Mann hing schwerverletzt aus dem Rahmen der Frontscheibe, in der sein Kopf stak. Ihr Auto war aus der Kurve in die ungesicherte Unfallstelle gerutscht und hatte das erste Auto noch weiter den Hang hinuntergedrückt. Dessen Fahrer war der Mann mit den Zweigen. Bloß hatte er sich, bevor er ans Warnen ging, bei den Hütten in der Nähe umgesehen, einen Kaffee geschlürft und drei Teppiche zwischengelagert, deren Verbleib im Auto ihm zu unsicher war.

Wir stellten unseren Wagen vor die Kurve und sperrten die Straße ab, bis die Polizei kam. Das dauerte anderthalb Stunden. Als der deutsche Ingenieur tobend den säumigen Teppichbe-

sitzer verhaftet sehen wollte, verstand man ihn nicht. Welche Pflicht sollte er verletzt haben? Dort lägen sie doch, die Zweige, und jeder wisse, daß niemand wisse, was hinter der nächsten Kurve auf einen warte.

Den Schwerverletzten hatte man geborgen, auf dem Beifahrersitz, einer Holzkiste, den Sohn gefunden: tot. Wir fuhren Frau und Mann zur Krankenstation, weil die Polizei sich weigerte, Schlamm und Dreck mit ins Auto zu nehmen. Als wir drei Wochen später wieder in die Gegend kamen, hielten wir an, um uns zu erkundigen. Da war der Mann schon verstorben. Die Frau lag im Fieber, einer ihrer Brüder bewachte sie, vielmehr: die Infusion und das Geraffel, das die Familie herbeigeschleppt hatte, um sich in der Station häuslich einzurichten. Wer keine Verwandten hatte, die Pflege und Verpflegung übernehmen konnten, verendete, oder er zahlte bar und kaufte sich damit in eine Sippe am

Ort ein für die Dauer seiner Bettlägerigkeit.

Wo ist der Staat?, fragte ich am Abend den studierten Imker Peter, der aus dem englischsprachigen Teils Kameruns stammte und eigentlich Soziologe war. Da man jedoch am Äquator nur sehr wenige Soziologen brauchte, hatte er sich auf Bienen verlegt und bezog darüber hinaus von einer deutschen Organisation ein monatliches Honorar als Berater in einem AIDS-Projekt. Eine Festanstellung nach BRD-Tarif hatte er abgelehnt: Schon jetzt versorgte er mit seinem Verdienst eine Großfamilie. Für jede Mark mehr käme eine Tante mehr auf den Hof – eine Gesetzmäßigkeit, der niemand entrinnen könne in einem Land, in dem im Leben nichts davon abhängt, ob der Staat irgend etwas gut eingerichtet habe.

Wo der Staat ist?, fragte Peter zurück. Na, es gebe den Staat, aber Ordnung schaffe er nicht. Ordnung herrsche, wo der Staat keine Rolle spiele. Es gebe nur eine Pflicht: alles für die Familie, für die eigenen Leute. Ist bei uns anders, sagte ich. Da gibt es Bürgerpflichten, und die nehme man ernst, denn alles sei sehr gut eingerichtet. Verlaß dich nicht zu sehr darauf, sagte Peter. Der Staat ist ein Räuber, auch bei euch. Was bleibt, ist die Familie.

Das ist jetzt fünfundzwanzig Jahre her. ■



## Nun ist sie halt da

von Ellen Kositzka

Die wir hier platinblond und nach Art eines dekadenten Prä-NS-Modells mit »Pelz« und Sektglas vor der Front eines gewaltigen ... Brummis? Lastwagens? posieren sehen, nennt sich Lisa Eckhart. Sie heißt »eigentlich« Lisa Lasselsberger. Sie stammt aus der Steiermark, lebte als junge Erwachsene (O-Ton: um in weiser Nach- und Voraussicht die Sprache der »Besitzer« zu studieren) zunächst als Slawistikstudentin in Paris, später in Berlin, dann und nun in Leipzig. Ihre erste Masterarbeit zum fraglos interessanten Thema »Weiblichkeit und Nationalsozialismus, ausgehend von Joseph Goebbels' Tagebüchern« war laut Wikipedia abgelehnt worden. Es ranken sich vielerlei Gerüchte um die angeblich Siebenundzwanzigjährige, die sich als Kabarettistin ihren (darf man sagen: umstrittenen?) Ruf verschaffte. Ist sie überhaupt eine Frau? Der »zwirnsfadendünnen« (Christine Nöstlinger), stets stark geschminkten, in bombastischen Klamotten, mit einer die 1920er Jahre eher karikierenden Frisur (eine Seite rasiert, die andere gelockt) und ultralangen Kunstnägeln auftretenden Person haftet fraglos eine androgyne Anmutung an. Ihr Humor, für den sie berühmt wurde, ist kühn, gnadenlos und oft sexuell aufgeladen. So scharf hat selten eine Frau geschossen – sogar im Interview reagiert sie aus dem Stand mit hoher Schlagkraft. Das irritiert maximal. Solche Frauen werden (unter Umständen) hochgeschätzt, aber selten gemocht. Sie stellen daher die ideale Projektionsfläche dar für getroffene Hunde und Zukurzgekommene.

Matthias Beltz hatte mir ein paar Jahre vor seinem frühen Tod (2002) gesagt, daß es längst an der Zeit wäre, »rechtes« Kabarett zu machen. Alles andere sei doch kalter Kaffee – linke Witzschick sei längst Schenkelklopfhumor, abgehalftert und ohne echte Adressaten. Ihm schwebte ein Programm titels »Negerküsse« vor. Verrückte Träume des vergangenen Jahrtausends! Die Zeit war damals nicht reif für solche Vorhaben einer Wahrnehmungsavantgarde.

Nun aber haben wir im Humormilieu nicht nur einen aneckenden Dieter Nuhr und einen sich volkstümlich gebenden Widerborst namens Uwe Steimle, sondern auch eine maximal irritierende Lisa Eckhart. Tja: »Nun sind sie halt da.« (Angela Merkel). Sie sind da, und sie stö-

ren die öffentliche Ordnung empfindlich – zumindest, sofern ein hübscher Orkan einem Betongebäude etwas anhaben kann. Für zwei, drei Jahre galt Lisa Eckhart als Geheimtipp für eingefleischte Hobbylacher und »Eingeweihte«. Ihre, sagen wir »verstörenden« Einlagen wurden per Mailhinweis herumgereicht. Populär wurde sie im Frühjahr 2020 aus folgendem Diffamierungsgrund: Jemand hatte verspätet »aufgedeckt«, daß Eckhart 2018 in der ARD-Witzsendung »Mitternachtsspitzen« einen Gag unter Verwendung »antisemitischer Stereotype« zum besten gegeben habe. Das hatte sie in der Tat – und es war noch schlimmer. Sie hatte keck nach der Opferhierarchie gefragt in bezug darauf, wen man heute eigentlich kritisieren dürfe, und was dabei die stärkste Tabugruppe sei: der »schwarze Mann«, der zivilisiert tue, aber dann von dargebotenen blonden Brüsten überwältigt werde und zum »Stammestanz« schreite? Wo bei man wissen müsse, daß »die Erektion eines schwarzen Glieds alle sieben Liter Blut braucht, über die ein Mensch verfügt«. (Um Hilfe – das sagt sie so und blickt maliziös.) Oder sei es »der Jude« (namentlich H. Weinstein, J. Epstein und W. Allen), der immer dargestellt werde, als ginge es ihm ums Geld – dabei ginge es ihm doch nur um Frauen, und dafür bräuchte er eben Geld? Oder sei das Überopfer die »belästigte Frau« als eigentlich »heilige Kuh«? Wo endete das, fragte die Komische, wenn in diesem seltsamen Opferspiel a) die belästigte Frau den Juden schlage, b) der Jude den Flüchtling und c) der Flüchtling die belästigte Frau?

Die Antwort kam prompt nach anderthalb Jahren: Nicht Frauen- und Flüchtlingsvertreter klagten die Profi-Ulkerin an, sondern Antisemitismusriecher. Unter zahlreichen anderen Kritikergrößen (auch im »bürgerlichen« Feuilleton) zeigte sich die fast gleichzeitig berühmt gewordene Konkurrenzschöne und Megahasserin Hengameh Yaghoobifarah (*taz*) »angeekelt« von Eckharts »Menschenfeindlichkeit« und »Judenhass.« Noch herrischer kam das Verdikt des zum Judentum konvertierten Wolf-Biermann-Sohns Elijah (einst: Felix) Havemann daher: »Wenn Nichtjuden jüdische Witze erzählen, zucke ich innerlich immer zusammen. Vor allem, wenn sie mit dem Holocaust spielen. Hier in Israel



© Franziska Schrödinger, troebinger / CC BY 2.0

gibt es die geschmacklosesten Auschwitz-Ofen-Witze, die man sich vorstellen kann. Wenn aber ein Deutscher denselben Witz macht, dann zeige ich ihn womöglich wegen Volksverhetzung an.« Nun war man alarmiert. Etwas später geschah es, daß Lisa Eckhart auf dem (militaristisch nur klingenden) »Harbour Front Festival« hätte lesen sollen – keine Witze, sondern aus ihrem brandneu in einem Großverlag erschienenen Roman *Omama*. Dabei galt es für die dort Nominierten einen mit 10.000 Euro dotierten Preis abzuräumen. Wenigstens zwei weitere Autoren weigerten sich, mit Lisa Eckhart auf einer Bühne zu stehen. Zudem gab es ominös gebliebene »Warnungen« vor einem Auftritt der Tabuisierten. Man lud die Humoristin also aus. Es gab Proteste dagegen. Man lud sie wieder ein. Sie aber wollte nun nicht mehr. Nein, sie ist keinesfalls gekränkt. Das paßte auch nicht zum Look. Sie – die die »sozialen Medien« als »Kloake« bezeichnet und daher meidet – spricht von »fehlgeleiteten Verehrern« und bedankt sich für den Rummel, der ihr Buch ohne eigenes Zutun auf hervorragende Verkaufsränge befördert hat.

Der linke Journalist Jan Sternberg hatte für das »Redaktionsnetzwerk Deutschland« im Nachsommer 2020 (also: nach dem Trubel) eine Reportage über einen Auftritt der Spaßmache- rin in Sachsen verfaßt. Er traf auf gespaltene Gefühle, als er das Publikum befragte. »Eine junge Frau liest vom Handy ab, was Satire ihrer Meinung nach sein soll und nicht sein darf: »Gute Satire tritt nach oben oder gegen die eigenen Zuschauer\*innen. Lisa Eckhart beherrscht dieses Handwerk nicht.« Sternberg: »Die 27-Jährige betritt die Bühne, sehr groß, sehr blond, sehr heter. Sie drapiert sich in einem sehr offe-

nen Kimonokleid auf einen Barhocker. Warum ihr Äußeres eine Rolle spielt? Weil es eine Brechung des Gewohnten ist, von solch einer Erscheinung rassistische Sketche serviert zu bekommen. Lisa Eckhart sieht nun einmal nicht aus wie Lutz Bachmann, der montags bei Pegida ein Programm ohne jede Doppeldeutigkeit abspielt. Aber ist eine Brechung des Gewohnten zugleich eine ironische Brechung?« Das Publikum raune. »Abwandlungen dieses Raunens gibt es jedes Mal, wenn Eckhart eine Grenze zu Diskriminierung und rücksichtsloser Boshaftigkeit überschreitet, und das tut sie mit der Präzision eines Uhrwerks. Das Raunen klingt manchmal nach »endlich sagt's mal eine«, manchmal nach »die traut sich was« und manchmal dann doch eher nach Fremdschämen.«

Nun muß man ehrlicherwise sagen, daß Lisa Eckhart zu den seltenen Personen mit Intellektuellenhintergrund zählt, die »live und in Farbe« deutlich überzeugender sind als schwarz auf weiß. In den allermeisten Fällen ist es gerade umgekehrt – die Wissenden und Belesenen brillieren auf dem Papier und versagen in der Performanz. Eckharts gerade erschienener Debütroman *Omama* ist eine reine Qual – allein für den- oder diejenige nicht, der oder die sich vollends dem zynischen Nihilismus verpflichtet hat, wonach jegliche Lebensregung sexualisierbar (mithin verspottenswert) ist. In einem Interview mit der katholischen *Tagespost* verkündete sie jüngst, daß sie, bisher atheistisch sozialisiert, aus Liebe zur Kirche einst gutkatholisch zu heiraten beabsichtige. In einem anderen ebenfalls frischen Gespräch war bereits die Rede von »meinem Mann«. Frau oder Fräulein – sie stößt an. Was man hier im Bild schön abgebildet findet. ■



# Angriff auf die Substanz

von Dirk Alt

Im Februar 2015 veröffentlichte die dschihadistische Organisation Islamischer Staat (IS) ein Video mit Aufnahmen der von ihr begangenen Zerstörung assyrischer Kulturschätze im Museum von Mossul im Nordirak. Genüßlich war darin festgehalten, wie IS-Mitglieder antike Bildwerke stürzten und sie mit Vorschlag- und Presslufthämmern zertrümmerten: Bis zu 2700 Jahre alte Plastiken verwandelten sich unter ihren Schlägen in Schutt und Staub. Das Video wurde in den westlichen Medien stark rezipiert und löste weithin Entrüstung aus. Übereinstimmend war die Rede von einem schweren Verbrechen gegen das kulturelle Gedächtnis. John Kerry, Politiker der US-amerikanischen Demokraten und Außenminister im Kabinett Barack Obamas, erklärte »diese Akte des Vandalismus« zu einer »Tragödie für die gesamte zivilisierte Menschheit«.

Fünf Jahre später tauchten in den westlichen Medien Bilder auf, die denen aus dem Museum von Mossul auf gespenstische Weise verwandt erscheinen: Sie zeigen Denkmäler, die unter den Händen eines mal wütenden, mal ausgelassenen Pöbels stürzen. *Dieser* Bildersturm findet weder in der arabischen Welt statt noch in einem Land, das zugleich Schauplatz eines Vernichtungskrieges ist, sondern im Zentrum des Westens, in den Metropolen der USA, sowie, davon ausstrahlend, in europäischen Großstädten. Daß aufgrund jüngeren Alters der kulturgeschichtliche Wert der angegriffenen Monumente geringer ist als der jener Artefakte, die der dschihadistischen Barbarei zum Opfer fielen, soll nicht in Abrede gestellt werden, nimmt dem Vergleich jedoch nicht seine Berechtigung. Denn auch im Zuge der »Black-Lives-Matter«-Unruhen wird über die Zerstörung der Symbole ein Angriff auf die Identität geführt, der sich nur dort ein zivilisierteres Gesicht gibt, wo er, unter dem Druck des Pöbels oder in vorausweisendem Gehorsam, behördlich durchgeführt wird.

Dieser Angriff zielt auf die Substanz. Mit dem Begriff des Vandalismus ist er nur unzulänglich, ja irreführend beschrieben. Zwar ist Vandalismus im öffentlichen Raum stets ein untrügliches Zeichen für eine schwere Störung der Ordnung. Ein Bildersturm dieses Ausmaßes begleitet jedoch in der Regel einen Systemwechsel, also den Zerfall und die Ablösung der Ordnung, die entweder, wie in der Endphase und im Nachgang des Zweiten Weltkrieges, auf feindliche Eroberung von außen oder, wie hier, auf revolutionären Umsturz von innen zurückzuführen ist. Die Geschichte der USA kennt für das gegenwärtige Geschehen kein Beispiel. Zwar haben sich in den vergangenen Jahren Angriffe auf Denkmäler konföderierter Führer gehäuft; auch beugten sich Politik und Verwaltung immer wieder dem Druck antirassistischer Lobbys und ließen Monumente, oft in Nacht-und-Nebel-Aktionen, doch unter unvermindertem medialem Aufsehen, aus dem öffentlichen Raum entfernen. Was sich nun jedoch Bahn brach, sprengt alle Dimensionen. Listen in der angloamerikanischen Fassung der Netzenzyklopädie Wikipedia weisen rund neunzig

»Die Dschihadisten provozieren mit den Verwüstungen ganz gezielt. Aber es geht ihnen um mehr: Sie wollen ihre eigene Geschichte schreiben – und alle Erinnerung an die Zeit davor auslöschen. Sie verwüsten assyrische Stätten, schiitische Heiligtümer, sunnitische Schreine, armenisch-christliche Gedenkstätten und syrisch-orthodoxe Kirchen. Was nicht zu ihrer Ideologie passt, geht unter.«

Raniah Salloum: »Bulldozer gegen Weltkulturerbe. IS-Milizen erklären der Vergangenheit den Krieg«, unter: Spiegel-Online vom 7. März 2015.

♦ *Das Denkmal für den General des konföderierten Heeres J.E.B. Stuart in Richmond im US-Bundesstaat Virginia wurde im Juli 2020 von der Stadt aufgrund der »Black-Lives-Matter«-Proteste entfernt.*



© picture alliance / CPA Media Co. Ltd

*Bildersturm I – Hatra (Irak) wurde 2015 wie Palmyra von Islamisten des IS zu erheblichen Teilen zerstört – ein »Aktivist« zerstört mit dem Vorschlaghammer einen römischen Torbogen aus dem 7. Jahrhundert.*

»Wütende Mobs reißen in ganz Amerika Monumente nieder und verunstalten sie. Sie machen keinen Unterschied zwischen Konföderierten und Unionisten, zwischen Abolitionisten und Befürwortern der Sklaverei, zwischen Persönlichkeiten des 15. und solchen des 20. Jahrhunderts. Es interessiert sie weder wann ein Monument errichtet wurde noch wer es errichtete noch warum. Sie wollen nicht diskutieren oder ihre Mitbürger davon überzeugen, diese Statuen in Museen oder Privatbesitz zu überführen. Sie glauben, daß die Debatte vorbei ist und daß sie gewonnen haben.«

John Daniel Davidson:  
»The Monument-Destroying Mobs Don't Hate The Confederacy, They Hate America«, in: *The Federalist* vom 15. Juni 2020 (Übersetzung D.A.).

Konföderiertendenkmäler aus, die zwischen Ende Mai und Anfang August durch den Pöbel zerstört oder aber behördlich entfernt wurden; die Demontage zahlreicher weiterer wurde durch Bundesstaaten und Städte bereits angekündigt. Zu den primären Zielen von »Black-Lives-Matter« gehörten darüber hinaus Standbilder und Büsten von Sklavenbesitzern und Befürwortern der Rassentrennung sowie von Persönlichkeiten, die mit einem Völkermord an amerikanischen Ureinwohnern oder deren Missionierung in Verbindung gebracht werden. Allein zwei Dutzend Denkmäler von Christopher Columbus wurden geschändet. In Portland, Oregon, wurde eine Statue des der Sklaverei bezichtigten George Washington in Brand gesetzt und gestürzt. Auf dem Campus der Universität von Oregon stürzten die allegorischen Bronzefiguren »The Pioneer« (1919) und »The Pioneer's Mother« (1932). In San Francisco, Kalifornien, zerstörte der Pöbel eine Büste des Oberbefehlshabers der Nordstaatenarmee im Bürgerkrieg, Ulysses S. Grant. In Madison, Wisconsin, köpften sie die Statue von Hans Christian Heg, einem Abolitionisten (also: Kämpfer für die Abschaffung der Sklaverei), der im Sezessionskrieg auf Seiten der Nordstaaten stand und fiel, und versenkten sie im Montanasee. In Rochester, New York, stürzten sie das Standbild des schwarzen Abolitionisten und ehemaligen Sklaven Frederick Douglass, ein Replikat des ersten US-amerikanischen Standbildes überhaupt, das einen Afroamerikaner darstellte (im Jahr 1899). Diese Beispiele mögen genügen, um das Maß der Willkür zu veranschaulichen, das den Zerstörungsräusch kennzeichnete.

Flächendeckend wurden darüber hinaus Monumente zu Ehren der Polizei sowie Soldatenfriedhöfe und Kriegerdenkmäler angegriffen, und zwar unabhängig davon, welchem Krieg diese gewidmet waren. In Richmond, Virginia, steckte der Pöbel das Memorial Building der U.D.C. (United Daughters of the Confederacy/Vereinigte Töchter der Konföderation) in Brand; auch die Bibliothek nahm Schaden. In Washington D.C. übten sie Brandstiftungen am Ashburton House und an der St. John's Episcopal Church, jener Kirche, in der seit Franklin D. Roosevelt beinahe alle US-Präsidenten am Tage ihrer Amtseinführung an einem Gottesdienst teilnahmen. Beschmiert wurden darüber hinaus das Lincoln-Memorial und das vor der indischen Botschaft stehende Denkmal Mahatma Gandhis. In Großbritannien, wo der Bildersturm das bisher lebhafteste Echo auslöste, gerieten vor allem Standbilder von Persönlichkeiten, die in den transatlantischen Sklavenhandel verstrickt waren, zur Zielscheibe – so das Denkmal des zu seiner Zeit, im 17./18. Jahrhundert, als Philanthrop geltenden Edward Colston in Bristol, das der Pöbel vom Sockel riß und ins Hafenbecken stürzte.

Vor dem Hintergrund des hier Skizzierten erübrigt sich der Einwand, daß die sogenannten Aktivisten, wenn es ihnen tatsächlich um die Durchsetzung eines geschichtsrevisionistischen Programmes ginge, die Musealisierung und gewünschte weltanschauliche Einordnung der von ihnen beanstandeten Objekte herbeiführen würden: Schließlich haben diese Beweischarakter. Ebenso überflüssig sind Hinweise auf die vielfältigen Möglichkeiten ironischer Umwidmung und auf subversive Späße, mit de-



»Auch die politische Reformation, die französische Revolution, hat ihre Bilderstürmer gehabt, und nicht ohne Unmuth sieht der Reisende jene zerbrochenen Kunstwerke, die nicht so leicht wie das alte System restauriert werden können, und vielleicht mehr werth waren als dieses. Nicht bloß die adligen Wappen, sondern auch die Statuen der Ahnen wurden zertrümmert, marmorne Meisterbilder wurden ironisch verstümmelt, und die heiligsten Gemälde wurden mit frechem Pinsel geschändet.«

Heinrich Heine: *Heinrich Heine's sämtliche Werke. Supplementband: Letzte Gedichte und Gedanken*, Hamburg 1869, S. 282.

»Wir sollten es feiern: Wir werden diverser und offener. Ohne die Wunden zu vergessen, ohne den Blick von unseren Verbrechen abzuwenden. Nicht jede Statue muss fallen, natürlich nicht. Aber wenn Colston und Leopold so vielen Menschen ein Anstoß sind und sie verletzen – warum sollten wir sie nicht ausreifen?«

Hedwig Richter: »Hol den Vorschlaghammer! Rassismus-Protest und die Denkmalstürmer«, unter: Spiegel-Online vom 15. Juni 2020.

Dieser Aspekt kann kaum überbetont werden, wenn von »Black-Lives-Matter« als einer Kulturrevolution die Rede ist, denn eine kulturstiftende Kraft ist dahinter nicht erkennbar. Wenn überhaupt, ist es das Establishment, das – wie etwa in Bristol – das entstandene Vakuum nach seinen kulturpolitischen Maximen auszugestalten sucht: Dort bereiteten Museumsrestauratoren die aus dem Hafenbecken gehobene Statue Edward Colstons mit dem Ziel auf, die von den Tätern hinterlassenen Schmierereien *dauerhaft* zu erhalten. Gleichzeitig ließ der arrivierte Künstler Marc Quinn, der unter anderem Skulpturen von Behinderten und Transsexuellen fertigte und in der Tate Gallery sowie im Museum of Modern Art ausstellte, eine an sozialistische Kunst erinnernde Statue einer die Faust reckenden »Black-Lives-Matter«-»Aktivistin« auf den leerstehenden Sockel pflanzen – Titel: »A Surge of Power« (»Geballte Kraft«). Huldigungen dieser Art läßt sich der Pöbel zwar gefallen, eigene schöpferische Leistungen bringt er jedoch ebenso wenig hervor wie er ein politisches Programm formulieren könnte oder wollte, das über die Abschaffung der Polizei und die Institutionalisierung anti-weißen Hasses hinausginge. Vom Erblühen einer Gegenkultur kann nicht einmal lokal die Rede sein, denn die Räume, die der Pöbel erobert hat, liegen wüst und brach. Die Wüste aber pflegt zu wachsen – wer dämmt sie nun ein? Diese Frage scheint die Anstifter und Förderer von »Black-Lives-Matter« nicht zu kümmern. Ob linke Politikartelle, globalistische Netzwerke oder multinationale Konzerne, die die Unruhen mit Millionensummen sponsern – sie eint der Glaube an die unbegrenzte Steuerbarkeit atomisierter Massen. Um deren weitergehenden Entwurzelung willen sind sie bereit, den fragilsten Teil unseres Reichtums zu opfern: unser geschichtliches Erbe. Man halte sich dabei vor Augen, daß die Säuberungen der Bibliotheken, die Angriffe auf Museen und Archive erst noch bevorstehen.

Auch uns Deutsche erinnern noch im öffentlichen Raum auffindbare Denkmäler daran, daß wir nicht *immer* wehr- und ehrlos waren und daß dieses Volk einst Gelehrte und Künstler, Kämpfer und Herrscher hervorbrachte. Wer je eine aufrichtige Andacht an einem Kriegerdenkmal hielt, wer sich je in die weichgemeißelten Züge des unbekanntenen Soldaten vertiefte, der weiß auch, daß der Ahnen zu gedenken zugleich ein Ansporn sein muß, es ihnen gleichzutun. Wenn sie uns die »geballte Kraft« empfinden lassen, die *wir* einmal aufzubringen wußten, so im gleichen Atemzug auch unsere heutige Schwäche, unsere Versäumnisse, unsere im Angesicht der Bedrohung unentschuld bare Verzagtheit. Daß unsere Ahnen uns auf eine fast bestürzende Weise überlegen waren, und zwar dergestalt, wie uns auch manche der jüngst Eingewanderten überlegen sind, liegt in ihrer Bereitschaft, das Leben für einen Glauben, für ein Symbol zu geben.

An Glauben mangelt es oft selbst uns wenigen, die wir die Symbole noch in Ehren halten. Seit Jahrzehnten zehren wir von der Substanz, deren kontinuierlichen Schwund wir resigniert zur Kenntnis nehmen, während wir uns zugleich an die Hoffnung klammern, sie möge wie nur scheinbar totes Holz eines Tages, in der richtigen Witterung, wieder austreiben. Jetzt, da sie direkt angegriffen wird oder der Angriff kurz bevorsteht, ist kein schützendes Gewebe mehr vorhanden, nichts, was die Schläge abfedern, und erst recht keine Kraft, die sie erwidern könnte.

Daß der von den USA ausstrahlende Bildersturm für das uns Drohende Modellcharakter hat, steht außer Frage – daß wir nachziehen werden, ebenso: Was bleibt auch anderes übrig? Es dürfte niemanden überrascht haben, daß die Systempresse die Ereignisse auf eine affirmative bis hämische Weise begleitete, die in Schlagzeilen wie »Hol den Vorschlaghammer!« (Spiegel-Online), »Plumps« oder »Völlig von den Sockeln« (beide Zeit-Online) unverhüllt zu Tage trat. Ebenso zwangsläufig werden in einschlägigen Netzwerken die Messer gewetzt, propagieren antideutsche Eiferer wie Jutta Ditfurth die Zerstörung von Kulturobjekten, angefangen mit »allen Kriegerdenkmälern« bis hin zum Berliner »Humboldt-Forum (Kuppel und Kreuz zuerst)«. Ihre einander im gemeinsamen Haß erkennenden Kohorten – Antifa und »Partyszene« – stehen bereit, diesen Worten Taten folgen zu lassen, denen sich niemand *ernstlich* entgegenstellen wird. Wer sollte dies auch wagen, da wir ja selbst nicht mehr an unsere Symbole glauben? Daher wird der Pöbel nicht nur die Welt ärmer und häßlicher machen, sondern auch uns, die wir es haben geschehen lassen. ■

## Autoren dieses Heftes

Dr. Dirk Alt, 1982, ist Historiker, Autor und Dokumentarfilmmacher.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.  
*Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts*, Schnellroda 2020

Till Kinzel, 1968, ist habilitierter Literatur- und Kulturwissenschaftler. Verschiedene Lehraufträge, darunter TU Berlin, TU Braunschweig und Universität Paderborn. Arbeitet ferner als Übersetzer aus dem Spanischen und Englischen. 1995 erhielt er den Preis des Bundes Freiheit der Wissenschaft.  
*Johann Georg Hamann. Zu Werk und Leben*, Wien 2019

Dimitrios Kisoudis, 1981, studierte Historische Anthropologie, Germanistik und Spanisch in Freiburg und Sevilla. Er arbeitet als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag.  
*Was nun? Vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat*, Waltrop und Leipzig 2017

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.  
*Vorlesen*, Schnellroda 2019  
*Das Buch im Haus nebenan* (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.  
*Das Buch im Haus nebenan* (Hrsg. mit Ellen Kositzka), Schnellroda 2020  
*Hin und wieder zurück. 2017–2020*, Schnellroda 2020

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).  
*Das andere Deutschland. Neun Typen*, Schnellroda 2018

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.  
*Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung*, Schnellroda 2020

Dr. Wiggo Mann, 1972, studierte Politik und Soziologie in Rostock und Heidelberg, derzeit Habilitation über die Dekadenz im 20. Jahrhundert.

Armin Mohler, 1920–2003, wurde 1949 mit seiner Schrift *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932* promoviert. Der schweizerische Publizist gilt als Vordenker der deutschsprachigen Neuen Rechten. Seine Schriften sind von bleibendem, inspirierendem Wert.  
*Der faschistische Stil*, Schnellroda 2020

Jonas Schick, 1989, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialforschung in Mannheim und Bremen. Er arbeitet als freier Publizist und ist Herausgeber der Zeitschrift *Die Kehre*.

Prof. Dr. Günter Scholdt, 1946, lehrte Neuere Deutsche Literaturwissenschaft an der Universität des Saarlandes und leitete von 1996 bis 2011 das Literaturarchiv Saar-Lor-Lux-Elsaß.  
*Brechts »Maßnahme« und die AfD*, Schnellroda 2020

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne.  
*Selbstrettung. Unsere Siebensachen*, Schnellroda 2020



# Kernspaltung in den USA

von Martin Lichtmesz

Sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein »failed state« am Rande eines neuen Bürger- und Sezessionskrieges? Diese Ansicht wird inzwischen ebenso von amerikanischen Linken wie Rechten vertreten, wobei kaum jemand noch zu hoffen wagt, daß das zutiefst gespaltene Land jemals wieder zusammenwachsen wird. Unterschiedlich sind allerdings die Meinungen, aus welchen Ursachen Staat und Gesellschaft im Zerfall begriffen sind oder worin genau dieser Zerfall überhaupt besteht. Für die Linke gibt es natürlich nur einen einzigen Schuldigen: Donald Trump, der seit seinem Amtsantritt im Jahr 2017 als rassistischer, nativistischer Usurpator betrachtet wird. Er trachte, so die Überzeugung, danach, die amerikanische Demokratie und den Rechtsstaat, auf den die Amerikaner so stolz sind, von innen her aufzulösen. Vieles davon ist pure Phantasie, deren mitunter abstruse Blüten das Schlagwort vom »Trump Derangement Syndrome« aufkommen ließen. So wird Trump von manchen als Massenmörder hingestellt, dessen inkonsequente und inkompetente Politik daran schuld sei, daß täglich angeblich tausende Menschen in den USA an Covid-19 sterben. Auch die schweren Rassenunruhen dieses Sommers wurden dem Präsidenten unter dem Hashtag #TrumpRiots in die Schuhe geschoben. In Wahrheit haben weder noch er noch seine Anhänger damit auch nur das Geringste zu tun.

Von den Massenprotesten gegen »rassistische Polizeigewalt«, die regelmäßig in Plünderungen, Brandstiftungen, schwere Sachbeschädigungen und gewalttätige Übergriffe ausarten, sind bis dato über 2000 Städte betroffen, in mehr als 200 Fällen wurden Ausgangssperren verhängt, in 30 Staaten mußte die Nationalgarde (also das Militär) einschreiten. Da im November die Präsidentschaftswahlen bevorstehen, wird Trump von seinen demokratischen Herausforderern, dem offensichtlich senilen 78jährigen Joe Biden und dessen »Running Mate« Kamala Harris verleumdet, was das Zeug hält. Dabei scheint es nicht mehr die geringsten Skrupel, Hemmungen oder moralischen Standards zu geben, worüber und in welchem Ausmaß gelogen werden darf. Werbespots der Demokraten zeigen brennende Städte zu melancholischer Musikbegleitung, während Biden mit triefiger Stimme seine Anklage intoniert: »Die Feuer brennen, und wir haben einen Präsidenten, der die Flammen schürt.« Es liege an Trump, der Gewalt Einhalt zu gebieten, er müsse nur seine Anhänger und ihre bewaffneten Milizen zurückpfeifen. Ähnlich äußern sich die Kommentatoren progressiver Zeitungen und Fernsehsender, die die Exzesse ohne jegliche Evidenz dem Allzweck-Sündenbock und allgegenwärtigen Phantom »weiße Suprematie« anlasten. Die Plünderungen, Brandstiftungen und Übergriffe gehen jedoch ausschließlich auf das Konto von schwarzen und weißen Linksextremisten, Antifaschisten, Anhängern der »Black Lives Matter«-Bewegung und diversen kriminellen Trittbrettfahrern. Sie wurden von Anfang an von den Wortführern und »Influencern«

»Wie schlimm wird es werden? Irgendeine Variante von wirklich, wirklich, wirklich, wirklich, wirklich verdammt schlimm. Geographisch wird es sich vor allem zwischen Stadt und Land abspielen. Eine rotblaue Landkarte der Präsidentschaftswahlen von 2016 könnte helfen, zu verstehen, wie dieser Ballon platzen wird. Der rote Teil hat viel mehr Landfläche und viel mehr Weiße und viel mehr Schußwaffen. Der blaue Teil hat viel mehr institutionelle und finanzielle Macht und viel mehr Nicht-Weiße. Es geht nicht um Republikaner gegen Demokraten, Ost gegen West, Individualismus gegen Kollektivismus, Christen gegen Atheisten oder alle anderen Dinge, die man uns glauben machen will. Ich sage es nur ungern, aber dies ist ein Rassenkrieg. Warum? Weil der offizielle Schlachtruf dieses Krieges mit dem Wort »schwarz« beginnt.«

Jim Goad: »Gradually, Then Suddenly«, in: *Taki's Magazine* vom 22. Juni 2020.

◀ *Angriff des Mobs auf eine Polizeistation in Minneapolis, USA, Ende Mai 2020.*

»Eigentum an sich ist Gewalt. Es entsteht durch eine Kombination aus staatlich geförderter Enteignung und Ausbeutung und wird durch verschiedene Formen staatlich sanktionierter Gewalt verteidigt. Da das Ziel dieser Proteste die Auflösung rassistischer, mörderischer Polizeidienststellen ist, müssen wir uns daran erinnern, daß große Teile unseres nationalen Reichtums auf der gewaltsamen Enteignung des Landes der amerikanischen Ureinwohner beruhen, das anschließend durch die Zwangsarbeit gestohlener Afrikaner produktiv und profitabel gemacht wurde.«

R.H. Lossin: »In Defense of Destroying Property«, in: *The Nation* vom 10. Juni 2020.

»Wenn Menschen enteignet werden, wenn die Verfügbarkeit ihres Lebens täglich in Videos sichtbar wird, in denen sie von Agenten des Staates getötet werden, und wenn das politische System ihre Notlage völlig ignoriert, werden sie früher oder später versuchen, ihre Probleme mit allen Mitteln auf die nationale Bühne zu zwingen.«

Paul Heideman: »When Rioting Works«, in: *Jacobin Magazine* vom 1. Juni 2020.

der Linken gerechtfertigt, verherrlicht und angestachelt. *The Nation* publizierte einen Artikel mit dem Titel »In Defense of Destroying Property« (»Zur Verteidigung der Zerstörung von Eigentum«, 10. Juni 2020), *Jacobin* erklärte seinen Lesern, »When Rioting Works« (»Wann Krawalle funktionieren«, 1. Juni 2020), und die *Huffington Post* pries das Pamphlet eines jüdischen Transsexuellen mit dem Titel *In Defense of Looting: A Riotous History of Uncivil Action* (»Zur Verteidigung der Plünderung: Eine aufrührerische Geschichte unzivilisierter Aktionen«).

Die Rhetorik folgt der klassisch linken Revolutionsromantik: Welche andere Möglichkeit sollen denn die Unterdrückten und Diskriminierten haben, um sich Luft zu machen und ihrer Stimme endlich Gehör zu verschaffen? Sie machen doch nur kaputt, was sie selber kaputt macht, nämlich das System des »institutionellen Rassismus« und des »weißen Privilegs«. Plünderungen bedeuten aus dieser Sicht nichts anderes als die Einkassierung von Reparationen für das von den Vorvätern erlittene Unrecht der Sklaverei.

Die dahinterstehende Doktrin wird von Gurus wie der Bestsellerautorin Robin diAngelo oder dem »Rassismusforscher« Ibram X. Kendi verkündet, der unlängst von Twitter-Chef Jack Dorsey eine Spende von zehn Millionen Dollar erhielt. Kurzgefaßt behauptet sie, daß sämtliche sozialen Ungleichheiten zwischen Schwarzen und Weißen »Ergebnis einer systemischen Diskriminierung« seien, womit der Weiße zum Universal-Sündenbock schwarzen Versagens gemacht wird. Gemäß dieser Doktrin kann es keine positive weiße Identität geben, die nicht inhärent rassistisch wäre und damit Nicht-Weißen das Leben zur Hölle mache.

Es versteht sich von selbst, daß sich eine solche auf systematischem Rassenressentiment aufgebaute Ideologie rassenhaßerzeugend auswirken muß. »Black Lives Matter« ist indes alles andere als eine Stimme »von unten«. Das Narrativ dieser linksradikalen »Bewegung«, die sich als »antikapitalistisch« versteht, wird im Gegenteil von ganz, ganz weit »oben«, von so gut wie sämtlichen maßgeblichen Konzernen, Banken, Big-Tech-Firmen und Mediengiganten unterstützt, verbreitet und finanziert. Es wird der fälschliche Eindruck erweckt, die amerikanische Polizei sei mit nichts anderem beschäftigt, als aus nacktem Rassismus willkürlich Jagd auf wehrlose, unbewaffnete und unschuldige Schwarze zu machen. Verschwiegen werden dabei die enorm hohen schwarzen Kriminalitätsraten: Afroamerikaner stellen etwa 13 Prozent der US-Bevölkerung und sind im Schnitt für mehr als die Hälfte aller Tötungsdelikte verantwortlich. Rund 90 Prozent der afroamerikanischen Mordopfer werden jährlich von anderen Afroamerikanern getötet. 2018 wurden 42 Prozent aller getöteten Polizisten von Schwarzen ermordet, und 2017 wurden 90 Prozent der »interracial violent victimizations« (mit Ausnahme von Mord) von Schwarzen begangen. Das bedeutet, daß Gewalt von Schwarzen gegen Weiße weitaus häufiger ist als umgekehrt, wobei dahingestellt sei, ob diese Taten nun »rein« kriminell oder rassistisch motiviert sind oder beides zusammen. Sie werden jedoch von den Medien beharrlich totgeschwiegen, obwohl unzählige dieser Übergriffe auch filmisch dokumentiert wurden und im Internet zirkulieren.

Eine faustdicke Medienlüge stand auch am Anfang dieses Abstiegs ins Chaos. Ohne sie wäre es niemals zu Ausschreitungen in diesem Ausmaß gekommen. Ende Mai dieses Jahres wurde der Tod eines schwarzen Kleinkriminellen namens George Floyd in Polizeigewahrsam im Handumdrehen zum »rassistischen Mord« und weiteren empörenden Fall von »strukturellem Rassismus« erklärt. Es gibt in Wahrheit nicht den geringsten Beweis, daß die vier wegen Mordes zweiten und dritten Grades (beziehungsweise Beihilfe dazu) angeklagten Polizisten, einer davon gemischtrassig, einer koreanischer Abstammung, Floyd gezielt getötet hätten, geschweige denn aus rassistischen Gründen. Ein im August 2020 veröffentlichtes »Bodycam«-Video zeigt, wie sich Floyd seiner Festnahme durch bizarres Benehmen hartnäckig widersetzt, während sich die Polizisten vorbildlich professionell und geduldig verhalten. Eine Autopsie kam zu dem Schluß, daß der mit Covid-19 infizierte Floyd keineswegs wie behauptet an Ersticken verstorben war, sondern an Herzhypertrophie und Coronarsklerose gelitten und einen tödlichen Drogencocktail im Leib getragen hatte. In den Köpfen von Millionen Amerikanern insbesondere afrikanischer Abstammung steht die Schuld des weißen Polizisten Derek Chauvin, der auf



© Hungryvampirephotos

Floyds Nacken gekniet war, um den unter Drogeneinfluß stehenden Zweimeter-Hünen zu fixieren, allerdings unverrückbar fest. Damit steckt die Justiz in der Klemme, denn ein Freispruch Chauvins und seiner Kollegen wird mit aller Wahrscheinlichkeit neue »Proteste« provozieren.

Die Linke ist sich dieses Erpressungspotentials durchaus bewußt, und manche scheuen sich nicht, diese Karte direkt auszuspielen. Der iranischstämmige Autor Reza Aslan ist nur einer von vielen: Schon im September 2018 schrieb er auf Twitter, »Bringen wir es hinter uns und beginnen wir endlich den Bürgerkrieg«. Anlässlich des Todes von Ruth Bader Ginsburg, einer von der Linken vergötterten Richterin des obersten Gerichtshofs, sprach er im September 2020 eine veritable Drohung aus: »Wenn sie es auch nur versuchen«, nämlich Ginsburgs Posten vor der Präsidentenwahl zu ersetzen, »brennen wir das ganze beschissene Ding nieder.« Subtiler klang ein Artikel von Shadi Hamid in der linksliberalen Zeitschrift *The Atlantic* vom 13. September 2020: »Ich glaube zwar nicht, daß Donald Trump ein Faschist oder zukünftiger Diktator oder daß Amerika ein gescheiterter Staat ist, aber ich ertappe mich dabei, wie ich mir ständig über ein einziges Szenario ernsthafte Sorgen mache: daß Trump die Wahl gewinnen wird, und die Demokraten und andere auf der Linken sich weigern oder sogar außerstande sein werden, das Resultat zu akzeptieren.« Eine Niederlage Joe Bidens würde »den Glauben an die Demokratie unterminieren, und noch mehr soziale Unruhen und Straßenkämpfe hervorbringen, wie wir sie in den letzten Monaten in Portland, Oregon und Seattle gesehen haben.« Darum liege ein Sieg Bidens auch im Interesse der »Law and Order«-Republikaner, »die auf die Randalen und Plünderungen mit Abscheu reagiert haben«. Gewiß würde auch eine Niederlage Trumps große Teile des Landes in Frustration stürzen, aber eine Niederlage Bidens würde weitaus bedeutendere Implikationen haben, was »Massenunruhen und politische Gewalt in Amerikas Städten« angeht. Damit hat Hamid zugegeben, daß die Gewaltbereitschaft auf der Linken um etliches höher ist als auf der Rechten.

Das Thema »Rasse« ist zwar der Zündstoff der Proteste, dennoch wäre es zu diesem Zeitpunkt nicht ganz zutreffend, von einem »Rassenkrieg« zu sprechen. Erstmals in der amerikanischen Geschichte haben sich auch viele offenbar schwer selbstentfremdete Weiße an rassistisch motivierten Unruhen beteiligt, wie etwa in Portland/Oregon, einem Brennpunkt der Randalen mit einem weißen Bevölkerungsanteil von 77 Prozent und einer besonders engagierten Antifa-Szene. Zwischen Weißen unterschiedlicher politischer Lager ist es bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Am 25. August tötete ein 17-jähriger Patriot namens Kyle Rittenhouse, der mit einem halbautomatischen Gewehr bewaffnet war, in Kenosha/Wisconsin aus Notwehr zwei militante Antifaschisten und schoß einen dritten, der eine Schußwaffe auf ihn gerichtet hatte, kampfunfähig. Alle drei waren weiß und vorbestraft: unter anderem Einbruch,

»Beginnen wir endlich den Bürgerkrieg« – schwarze und weiße Linksextremisten der Black-lives-matter-Krawalle, Minneapolis, USA Ende Mai 2020.

»Nach einem hyper-klaustrophobischen nationalen Lockdown, der vom Ende des Winters bis Anfang des Sommers andauerte, beschlossen die Schwarzen plötzlich, wütend zu werden. Ich mache natürlich Witze – nicht, daß die Schwarzen nicht wütend wären, aber es waren nicht sie selbst, die es beschlossen haben. Man hat es für sie beschlossen, durch einen sorgfältig ausgearbeiteten Plan der Indoktrination und des selektiven Zugangs zu Informationen.«

Jim Goad: »Gradually, Then Suddenly«, in: *Taki's Magazine* vom 22. Juni 2020.



© Hungry for photos

»Wütende Mobs versuchen, die Statuen unserer Gründer niederzureißen, unsere heiligsten Denkmäler zu verunstalten und eine Welle von Gewaltverbrechen in unseren Städten auszulösen. Viele dieser Menschen haben keine Ahnung, warum sie das tun, aber andere wissen es ganz genau. Sie denken, das amerikanische Volk sei schwach und weich und unterwürfig. Aber nein, das amerikanische Volk ist stark und stolz, und es wird nicht zulassen, daß ihm unser Land mit all seinen Werten, seiner Geschichte und Kultur weggenommen wird.«

Donald Trump, Rede vor dem Mount Rushmore, 4. Juli 2020.

Diebstahl, Kinderschändung, häusliche Gewalt, Freiheitsberaubung und Verletzung von Bewährungsauflagen. Sie hatten sich an »Protesten« nach dem üblichen Muster beteiligt. Zwei Tage zuvor hatte die hiesige Polizei einen Schwarzen namens Jacob Blake niedergeschossen, der sich wie viele andere BLM-Märtyrer vor ihm seiner Verhaftung aktiv widersetzt hatte. Die Lage in Kenosha war derart schnell eskaliert, daß die Bezirksverwaltung die Nationalgarde zu Hilfe rufen mußte: »Unser Bezirk wird angegriffen. Unsere Geschäfte werden angegriffen. Unsere Wohnhäuser werden angegriffen. Unsere örtlichen Strafverfolgungsbehörden brauchen zusätzliche Unterstützung, um in unserer Gemeinde wieder zivile Ordnung herzustellen.«

Zusätzlich bildete sich eine patriotische Bürgerwehr, die zur Verteidigung der Stadt aufrief. Rittenhouse war nach eigener Aussage aus dem Nachbarstaat Illinois angereist, um die Bürger der Stadt vor Übergriffen und Ladeninhaber vor Vandalismus zu schützen. Er war wie ein Westernheld in die Stadt gekommen, um Recht und Ordnung zu schaffen, wo der Staat versagt hatte oder ziviler Unterstützung bedurfte. Er wurde einen Tag später verhaftet und des dreifachen Mordes angeklagt. Die Presse versuchte, ihn als »weißen Suprematisten« und Massenmörder hinzustellen, die drei Angreifer hingegen als »friedliche Protestler« und »Familienväter«. Initiativen von Rittenhouses Familie, über entsprechende Plattformen Spenden für die nun bitter benötigten Anwaltskosten zu sammeln, wurden von Big Tech sabotiert: GoFundMe, Discover Financial Services, Twitter, Facebook und Instagram löschten sämtliche Aufrufe zur Unterstützung von Rittenhouse; im Kontrast hierzu hat Jacob Blake via GoFundMe inzwischen rund 2,28 Millionen Dollar an Spenden eingesammelt. Weitaus weniger Publicity als Blake und Rittenhouse bekam die Ermordung des 39jährigen Trump-Anhängers Aaron Danielson durch einen achtundvierzigjährigen Antifaschisten in Portland, der danach in einem Feuergefecht mit der Polizei starb. Der Tod Danielsons wurde von etlichen Linksextremen offen gefeiert. Eine schwarze Protestlerin wurde gefilmt, wie sie eine verummte Menge agitierte: »Unsere Gemeinschaft kann sich auch ohne Polizei behaupten. Wir können den Müll selber hinaustragen. Ich bin nicht traurig, daß heute ein verdammter Faschist gestorben ist.« Das ist eine unmißverständlich eliminatorische Rhetorik, während es auf beiden Seiten bereits erste Schußwechsel und Tote zu beklagen gibt.

Teile der amerikanischen Rechten schwelgen inzwischen in ähnlich fiebrigen Phantasien wie die Linken, insbesondere die Anhänger eines angeblichen unbekanntem Whistleblowers namens »Q«, dessen kryptische Nachrichten seit 2016 über diverse Internetforen gestreut werden. Wo die Linke einen Staats- und Verfassungstreich Trumps fürchtet, glaubt die »QAnon«-Szene an einen geheimen »Plan«, nach dem der Präsident den volks-, verfassungs- und demokratiefeindlichen »tiefen Staat« fest im Griff hat und jeden Moment auffliegen lassen wird. In dieser von den Medien maßlos dämonisierten Szene kursieren etliche, teilweise schräge Theorien, die offenbar den psychologischen Zweck haben, über Trumps innenpolitisches Versagen und sein Brechen fast sämtlicher Wahlversprechen hinwegzutäuschen. »QAnon« trägt ebenso wie »Black Lives Matter« religiöse Züge und entsprechend irrational und faktenresistent ver-

halten sich seine Anhänger. Wenn der ominöse »Q« nicht selbst einer von Geheimdiensten betriebenen psychologischen Kriegsführungsstrategie entspringt (das wäre sozusagen die Meta-Verschwörungstheorie), dann handelt es sich hier um einen populistischen Kult »von unten«, der dem »von oben« angeordneten Black-Lives-Matter-Kult der Eliten gegenübersteht. Präsident Trump, der 2016 mit einer dezidierten »Law and Order«-Agenda angetreten war, hat sich bislang weder als Säuberer des korrupten »Sumpfes« der Innenpolitik noch als »faschistischer« starker Mann verhalten, der im Ernstfall genauso hart durchgreift wie etwa ein Lukaschenko in Weißrußland. Zwar sonderte er wie üblich vollmundige Tweets ab, der tatsächliche Einsatz von Militär und Polizei fiel bislang allerdings eher halbherzig aus. In manchen Städten haben sich gesetzfreie Zonen gebildet, in denen entweder der Mob oder lokale Antifa- und BLM-Häuptlinge herrschen. Insbesondere die Polizei ist durch den moralischen Druck der »öffentlichen Meinung« in ihrem Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt. Sie ist ständig mit schwarzen Gewalttätern konfrontiert und muß sich gleichzeitig hüten, weiteren »Rassismusvorwürfen« Vorschub zu leisten.

Der Verfall der USA äußert sich aber nicht nur im Versagen der staatlichen Institutionen, sondern auch im Zusammenbruch des nationalen Narrativs, auf dem die Würde des Staates und der Glanz, der Stolz und die Legitimität der Nation beruhen. Der Aufstand gegen den vermeintlichen »institutionalisierten Rassismus« hat einen beispiellosen Bildersturm ausgelöst, einerseits durch Vandalismus, andererseits auf Betreiben der staatlichen Behörden und Institutionen selbst. Große Teile der amerikanischen Geschichte, insbesondere des amerikanischen Südens, wurden dadurch gesäubert, ausgelöscht und mit einem Bannfluch versehen. Der Bürgerkrieg wird eineinhalb Jahrhunderte nach seinem Ende auf der symbolischen Ebene wieder aufgenommen, das feindliche Lager dabei allerdings beträchtlich über die Südstaaten von gestern hinaus erweitert. Was heute im Namen des Antirassismus attackiert wird, ist im Grunde die historisch überlieferte, traditionell »weiße« Identität der Vereinigten Staaten an und für sich. Zu diesem Zweck lancierte das *New York Times Magazine* das »Projekt 1619«, das darauf abzielt, das Jahr der Ankunft der ersten schwarzen Sklaven in Virginia anstelle des Revolutionsjahres 1776 als Gründungsdatum der Nationalgeschichte durchzusetzen. Daß sich die schwarze Minderheit mit der traditionellen »großen Erzählung« der von Weißen gegründeten Nation nur eingeschränkt bis gar nicht identifizieren kann, ist zwar einerseits einleuchtend, andererseits wird hier weniger eine Versöhnung oder Synthese der unterschiedlichen geschichtlichen Perspektiven der Weißen und Schwarzen angestrebt, als eine komplette afrozentrische Umkehrung der bisherigen Hierarchie und Gewichtung. So deutete Christopher Caldwell in seinem Buch *The Age of Entitlement* (»Das Zeitalter des Anspruchsdenkens«) das Bürgerrechtsgesetz von 1964 als rivalisierende »zweite Verfassung«, die einem »System der permanenten politischen Umwälzung« und der »allumfassenden Ideologie der Vielfalt« Vorschub geleistet habe.

Trump hat auf diese symbolpolitischen Vorstöße mit einer Affirmation der traditionellen Geschichtserzählung geantwortet. Am 4. Juli, dem amerikanischen Unabhängigkeitstag, hielt er eine Rede vor der monumentalen Kulisse des Mount Rushmore, in der er völlig richtig konstatierte: »Unsere Nation wird Zeuge einer erbarmungslosen Kampagne, die darauf abzielt, unsere Geschichte und unsere Werte auszulöschen, unsere Helden zu diffamieren und unsere Kinder zu indoktrinieren.« Im September 2020 forderte er ein »patriotisches Bildungsprogramm« mit einem Budget von fünf Milliarden Dollar. Zwei Monate vor der Präsidentschaftswahl mutet das wie ein verzweifelter Versuch an, die jahrzehntelange Wühlarbeit durch die Linke in letzter Sekunde rückgängig zu machen. 1915 hatte der Filmpionier D. W. Griffith sein Stummfilmepos *The Birth of a Nation*, das aus der Südstaatenperspektive die Geburt der USA aus den Wehen des Sezessionskrieges und der »Reconstruction«-Ära zeigte, mit einem Zwischentitel eröffnet, der heute wie ein Menetekel anmutet: »Die Überführung des Afrikaners nach Amerika hat die erste Saat der Uneinigkeit gepflanzt.« Sie geht heute ein zweites Mal auf, und sie wird den Vereinigten Staaten vermutlich endgültig das Rückgrat brechen, auch wenn sich ihre Agonie noch über einige Jahrzehnte erstrecken mag. ■

»Der Antirassismus ist zu einer Religion geworden. Selbst »fortschrittliche« Weiße verhalten sich, als seien sie von Dämonen besessen und als würden sie all ihren Bemühungen zum Trotz persönlich Schwarze unterdrücken. Die Polizei besteht in ihren Augen aus rassistischen, mörderischen Mistkerlen, obwohl überwältigende Beweise dafür sprechen, daß dies nicht der Fall ist. Diese Vorstellung nährt die revolutionäre Entschlossenheit, die »weiße Vorherrschaft auszurotten« und das Land dafür auf den Kopf zu stellen.

Obwohl jede Institution in Amerika zumindest Lippenbekenntnisse zu dieser neuen Religion abgibt, verweigern sehr viele Menschen die Konversion. Sie schweigen zwar, um nicht wie Ketzer behandelt zu werden, aber viele Weiße und sogar einige Schwarze sind zu der Überzeugung gekommen, daß das Land wahnsinnig geworden ist. Und schon stehen sich beide Seiten der gespaltenen Gesellschaft auf unheilversprechende Weise mit Schußwaffen gegenüber.«

Jared Taylor: »Why America Has Gone Mad«, in: *American Renaissance* vom 1. September 2020.

# Max Webers »Gehäuse der Hörigkeit«

von Erik Lehnert

Worin Max Webers eigentliche Leistung besteht, ist bis heute umstritten. Zu weit griff der studierte Jurist, Professor der Nationalökonomie und Mitbegründer der Gesellschaft für Soziologie aus in die verschiedensten Wissensgebiete, zu fragmentarisch lag das Werk bei seinem frühen Tod 1920 vor und zu leidenschaftlich nahm er an den politischen Fragen seiner Zeit teil. Für den liberalen Philosophen Karl Jaspers war er der »größte Deutsche unseres Zeitalters«, für den antiliberalen Historiker Christoph Steding war er »in einem ausgezeichneten Sinne Repräsentant einer ganzen Generation«. Zwischen beiden gibt es daher auch keinen Dissens darüber, daß Webers Analyse des okzidentalen Rationalismus das Zentrum seines Werkes ist. Nicht nur, weil er damit die Wurzeln seines eigenen Ethos untersuchte, sondern vor allem, weil er damit die Ursachen der Gleichschaltung der Welt dort fand, wo man sie nicht vermutete: in der Religion.

Marianne Weber, die als Herausgeberin des Nachlasses für Webers Werk und Wirkung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, hat die Entdeckung eines okzidentalen Rationalismus, der die Sondergestalt des Kapitalismus weit umgreift, in den Mittelpunkt seines Schaffens gestellt. Die Entdeckung, um die es geht, erfolgte ihrer Aussage nach ca. 1910: »Für Weber bedeutet die Erkenntnis der Besonderheit des okzidentalen Rationalismus und der ihm zufallenden Rolle für die abendländische Kultur eine seiner wichtigsten Entdeckungen. Infolge davon erweitert sich seine ursprüngliche Fragestellung nach dem Verhältnis von Religion und Wirtschaft nun zu der noch umfassenderen, nach der Eigenart der ganzen abendländischen Kultur.«

Diese Frage hat bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren, weil eben jene von Europa ausgehende »Unifizierung« der Welt (so Alfred Weber, der jüngere Bruder) heute stärker denn je in Frage gestellt wird. Das, was heute unter »weißer Vorherrschaft« firmiert und bekämpft wird, ist nichts anderes als das Resultat jenes von Weber bezeichneten Sonderwegs. Die Eigenheiten der europäischen Kultur, die sich im Zuge der Globalisierung von ihrem Träger zu lösen schienen und weltweit nachgeahmt wurden, sind auf einmal wieder ganz auf die Verursacher zurückgeworfen. Weber zählt zu den Dingen, welche die abendländische Entwicklung so besonders machen, u. a.: Wissenschaft, Kunst, Presse, Spezialisierung, Arbeitsteilung, Verfassungsstaat und eben Kapitalismus. Das alles habe sich nur im Okzident entwickelt und ist, so wird man hinzufügen müssen, mittlerweile zur Lebensbedingung aller Teile der Welt geworden. All diese Dinge hat es auch in anderen Kulturen gegeben, zum Beispiel den »rein politisch verankerten »Raubkapitalismus«, aber nicht in einem rationalen Sinne.

Das rationale Moment sieht Weber in der Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit, die theoretisch gegeben ist. Die Beherrschung der Welt ist ein intellektuelles, kein magisches Problem. Nun sind die von Weber

»Universalgeschichtliche Probleme wird der Sohn der modernen europäischen Kulturwelt unvermeidlicher berechtigterweise unter der Fragestellung behandeln: welche Verkettung von Umständen hat dazu geführt, dass gerade auf dem Boden des Okzidents, nur hier, Kulturerscheinungen auftraten, welche doch – wie wenigstens wir uns gern vorstellen – in einer Entwicklungsrichtung von universeller Bedeutung und Gültigkeit lagen?«

Max Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Band 1, S. 1.

angeführten Nationalökonomien, die sich uneins sind, wie das Geld zu seinem Wert kommt, nur die Spitze des Eisbergs, wenn man auf die gegenwärtige Bevölkerung Europas schaut. Die Verhältnisse sind nicht einfacher geworden. Wie die technischen Helfer funktionieren, die uns täglich umgeben, werden nur sehr wenige wissen und auch die Möglichkeit sie zu verstehen, dürfte in keinem Verhältnis zu den Nutzern stehen. Vieles von dem was funktioniert und auf dessen Funktionieren wir uns verlassen, mutet mittlerweile magisch an, sei es die Geldschöpfung oder das Smartphone. Allerdings ist diese magische Anmutung nur eine Verschleierung, die theoretisch jederzeit gelöst werden kann, ohne die Funktionstüchtigkeit zu beeinträchtigen (was bei der Magie nicht funktioniert).

Welche Gründe gab es für den europäischen Sonderweg, und welche Gründe gab es an anderen Orten der Welt, daß sich der Prozeß der Entzauberung dort nicht autonom vollzogen hat, sondern erst im Zuge der Unifizierung der Welt angestoßen und erzwungen wurde? Die Antwort auf die Frage wird zunächst davon abhängen, wie scharf man sein Mikroskop einstellt, durch das die Welt betrachtet wird. Je nachdem werden sich Unterschiede zwischen Akademikern und Nichtakademikern derselben europäischen Stadt als ebenso fundamental erweisen, wie die zwischen Portugiesen und Norwegern, deren Gemeinsamkeiten im europäischen Maßstab geringer sein mögen als die Unterschiede, obwohl doch beide zum Okzident gehören. Doch der Hinweis auf den okzidentalen Rationalismus legt schon nahe, daß es Weber nicht um die Unterschiede der europäischen Völker, sondern um ihre Gemeinsamkeiten im Vergleich mit dem Rest der Welt geht.

Weber hat dabei vor allem seine Gegenwart, die durch die beginnende Globalisierung, aber auch durch eine Zunahme an Wissen über außereuropäischen Kulturen geprägt ist, vor Augen. Der Vergleich der Kulturen, um nichts anderes handelt es sich hier, offenbart neben der Gemeinsamkeit, daß Menschen sich um Machtfaktoren herum organisieren, vor allem die Unterschiede, auf die Weber den unterschiedlichen Erfolg der weltweiten Durchsetzung der Kulturen zurückführt. Der Unterschied liegt im spezifisch gearteten Rationalismus der okzidentalen Kultur, unter dem sehr verschiedene Dinge verstanden werden können. Keinesfalls ist damit nur der philosophische Rationalismus eines Descartes oder Leibniz gemeint, der lediglich das systematisierte, was sich in der Lebensgestaltung vollzog.

Entscheidend für die Ausgestaltung dieser Merkmale im Sinne des Rationalismus sei, so Weber, welche Sphären in welche Richtung rationalisiert worden seien. Wo die Fähigkeit und Disposition der Menschen zu bestimmten Arten praktisch rationaler Lebensführung fehlten, war auch die Ausbildung einer solchen rationalen Lebenshaltung erschwert, zumindest aus eigenem Antrieb. »Zu den wichtigsten formenden Elementen der Lebensführung nun gehörten in der Vergangenheit überall die magischen und religiösen Mächte und die am Glauben an sie verankerten ethischen Pflichtvorstellungen.« Das bedeutet, wenn die Rationalisierung an dieser Stelle ansetzt, ist es möglich, die stärkste Folge der religiösen Überzeugung, die Pflicht, sein Handeln an Gottes Willen auszurichten, in die innerweltliche Sphäre zu übertragen.

Diese genannten Voraussetzungen gelten für den Okzident als Ganzes, aber eine »prinzipielle und systematische ungebrochene Einheit von innerweltlicher Berufsethik und religiöser Heilsgewißheit hat in der ganzen Welt nur die Berufsethik des asketischen Protestantismus gebracht«. Nur er erfüllte, im Gegensatz zum Katholizismus, die notwendigen Voraussetzungen, die Ablehnung der Kontemplation und des rein sakramentalen Charakters der Gnadenmittel. Das bedeutet, daß der okzidentale Sonderweg seinen entscheidenden Impuls aus einer Richtung bekam, die sich erst recht spät herausgebildet hatte.

Mit Blick auf das Max Weber besonders interessierende Spezifikum, den Kapitalismus, kommt dem Calvinismus die entscheidende Rolle als Verursacher des Sonderwegs zu. Er hat, im Gegensatz zu anderen Erlösungsreligionen, keine antikapitalistische Gesinnung oder Sozialpolitik hervorgebracht, was die Herausbildung des Kapitalismus erleichterte. Vor allem anderen aber liegt es an seinem Grunddogma, das ihn, in der durch Calvin formulierten Schärfe, auch von allen anderen reformatorischen Kirchen unterscheidet, der Prädestinationslehre. Diese besteht laut Weber

»Die zunehmende Intellektualisierung und Rationalisierung bedeutet also nicht eine zunehmende allgemeine Kenntnis der Lebensbedingungen, unter denen man steht. Sondern sie bedeutet etwas anderes: das Wissen davon oder den Glauben daran: daß man, wenn man nur wollte, es jederzeit erfahren könnte, daß es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, daß man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne. Das aber bedeutet: die Entzauberung der Welt.«

Max Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (Wissenschaft als Beruf), S. 594.

im Wesentlichen aus zwei Aspekten: 1. Die Kirche ist selbst keine Spenderin von Heil und Segen, sondern eine soziale Veranstaltung, die allerdings verwirklicht werden muß, denn ihre Verwirklichung dient Gott. Sie dient gleichzeitig der Disziplinierung der Gläubigen. 2. Das Verhalten des Gläubigen ist relevant für das vorherbestimmte Schicksal der Seele des Gläubigen. Dieser Punkt, der im ersten Moment wie ein Widerspruch zur Vorherbestimmung durch Gott klingt, erklärt sich durch eine wichtige Annahme Calvins.

Das Schicksal der Seelen, ob sie zur ewigen Verdammnis oder zur Seligkeit bestimmt sind, ist zwar durch Gottes unergründlichen Ratschluß festgelegt, jedoch ist ein erfolgreiches Leben ohne Gottes Segen nicht möglich. Damit ist keineswegs gemeint, daß man durch ein erfolgreiches Leben sein Schicksal ändern kann, aber es ist ein Indiz dafür, daß Gottes Segen auf einem ruht. Der Gläubige wirkt zu Gottes Ruhm innerhalb der sozialen Ordnung und innerhalb seines Berufs. Hier fällt das für Weber entscheidende Stichwort: der Beruf, der eine Spezialisierung, Professionalisierung und Arbeitsteilung zwingend voraussetzt. Der Gewinn aus der Berufsausübung und die rationalen Mittel seiner Erzielung, eben die professionelle Arbeit, sind zentral für den Calvinismus, sie sind Hinweise auf die Prädestination. Da es dafür aber keine maßgebende Instanz gibt, die den irdischen Auftrag als erfüllt ansieht, folgt daraus im Zweifel die endlose Erzeugung von Gewinn.

Um diesen Gewinn nicht zu verschwenden, sondern investieren zu können, kam es auf einen Bestandteil der Überlieferung ganz besonders an, die christliche Askese, die ursächlich nicht mit dem Protestantismus identisch ist, sondern ihre Heimat bereits in den Klöstern hatte. Das »methodische« Leben, die rationale Form der Askese, trat aus dem Kloster in die Welt. Die asketischen Mittel sind jedoch die gleichen: Ablehnung aller eitlen Selbstvergottung, des feudalen Prunks, des unbefangenen Kunst- und Lebensgenusses. All das gilt als Zeitvergeudung und als Ablenkung von der rationalen Arbeit im privaten Beruf und in den gottverordneten sozialen Gemeinschaften. Die Konsumdistanz hat Kapitalspeicherung zur Folge, das immer wieder neu eingesetzt werden kann. Die »innerweltliche Askese« wirkt »in ihrer Gesamtheit aber in die Richtung der Züchtung und Glorifizierung des ›Berufsmenschentums‹, wie es der Kapitalismus (und die Bürokratie) braucht«.

Im Mittelpunkt steht die handelnde Bewältigung der Welt, womit das Streben nach Gewinn für die Calvinisten in Einklang zu bringen ist, da der Gelderwerb nur problematisch ist, wenn er zu Genuß und Müßiggang führt. Die Arbeit ist traditionell das asketische Mittel der abendländischen Kirche, welches das Gebet ergänzt. Der neue Aspekt liegt darin, daß die Arbeit zum Selbstzweck des Lebens wird, dem alles unterworfen ist. Jeder soll daher einen festen Beruf ergreifen, weil er es nur dort zur Meisterschaft bringen kann und dementsprechend auch nur dort die Gewinnchance hat, mit der er einen Hinweis auf sein jenseitiges Schicksal erhält. Dadurch, daß er, rechtlich und sachlich handelnd, die rationale Methodik seiner gesamten Lebensführung im Betrieb objektivierte, sich damit vor sich selbst und im Kreise der Gemeinde legitimierte, konnte er ein gottgefälliges Leben dokumentieren.

Die rationale bürgerliche Lebensführung und das Gewinnstreben hatten bald damit zu kämpfen, daß ihr Erfolg zwar einerseits die Gottgefälligkeit bewies, zum anderen die Gültigkeit ihrer eigenen Grundlagen, die Askese, in Frage stellte. Auch hier konnte der wirtschaftliche Erfolg, ähnlich wie bei den Klöstern im Mittelalter, die Notwendigkeit einer Reformation hervorrufen. Die ökonomische Wirkung des asketischen Protestantismus entfaltete sich allerdings erst dann vollständig, als sich der religiöse Enthusiasmus erledigt und einer kapitalistischen Diesseitigkeit Platz gemacht hatte.

Auch wenn der privatwirtschaftliche Impuls stark genug war, um Handelskompanien in entlegenen Teilen der Welt zu gründen, konnte nur der moderne rationale, durch Fachbeamtentum und formelles Recht geprägte Staat ihren Schutz gewährleisten. Auch sein Ursprung liegt jedoch im Kapital, um das die Nationalstaaten miteinander konkurrierten, indem sie ihm die Entfaltung ermöglichten: »Der geschlossene nationale Staat also ist es, der dem Kapitalismus die Chancen des Fortbestehens gewährleistet; solange er nicht einem Weltreich Platz macht, wird also auch

»Wie die Italiener und nach ihnen die Engländer die moderne kapitalistische Wirtschaftsorganisation, so haben die Byzantiner, nach ihnen die Italiener, dann die Territorialstaaten des absolutistischen Zeitalters, die französische revolutionäre Zentralisation und schließlich, alle anderen übertreffend, die Deutschen die rationale, arbeitsteilige, fachmäßige bürokratische Organisation aller menschlichen Herrschaftsverbände, von der Fabrik bis zum Heer und Staat, virtuosenhaft entwickelt ... Der jetzige Weltkrieg aber bedeutet vor allem den Siegeszug dieser Lebensform über die ganze Welt.«

Max Weber: *Gesammelte politische Schriften* (Parlament und Regierung), S. 329f.

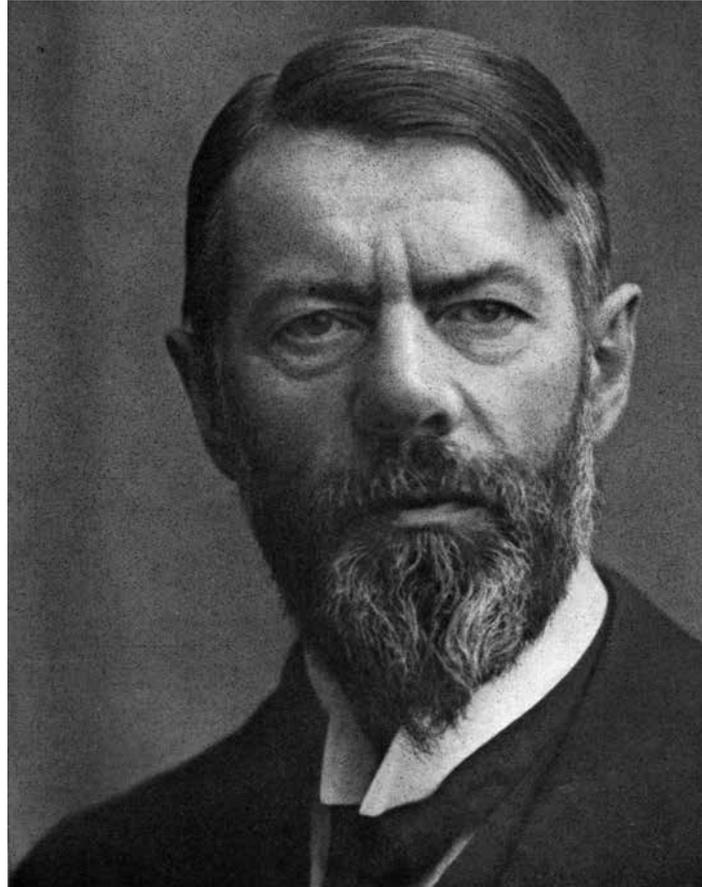
der Kapitalismus dauern.« Der Konkurrenzgedanke ist hier fest an den Gedanken des Schutzes geknüpft, woraus folgt, daß der Staat »seine« Unternehmer schützt, weil er von ihnen profitiert.

Im Hinblick auf das Verhältnis von Staat und Wirtschaft ist interessant, daß Weber drauf hinweist, daß die Zersetzung der ökonomischen Grundlagen der alten Stände des Absolutismus zum Übergang zur freien Repräsentation führte, so daß bald gewählte Vertreter in den Parlamenten Politik machten. Diese »freie« Repräsentation, das ungebundene politische Mandat gab es nur im Okzident. Die Folgen: Das Bedürfnis nach Berechenbarkeit und Funktionieren der Rechtsordnung bzw. deren Verlässlichkeit für das Bürgertum sichert dieses jetzt selbst, indem es sich an der politischen Repräsentation beteiligt. Auf diesem Wege konnte auch die Rationalisierung einfacher erreicht werden, da der Einfluß auf die Parteien, in denen sich die Repräsentation niederschlug, einfacher zu erlangen war als auf die alten Stände. Das gleiche Wahlrecht und das, was Weber als das Wirken der Demagogen bezeichnet, sind eine weitere Folge, die allerdings durch eine Grundtendenz des rationalen Staates eingeeht wird: die Bürokratie. Das bedeutet die Herrschaft des Büros. Egal auf welcher Ebene, die Entscheidungen fallen am Schreibtisch.

Für Weber ist die Macht der Bürokratie gar nicht zu überschätzen, wenn er konstatiert: »Es ist kein geschichtliches Beispiel dafür bekannt, daß sie da, wo sie einmal zur völligen Alleinherrschaft gelangt war – in China, Ägypten, in nicht so konsequenter Form im spätrömischen Reich und in Byzanz – wieder verschwunden wäre, außer mit dem völligen Untergang der ganzen Kultur, die sie trug.« Die Bürokratisierung ist die Grundtendenz des rationalen Zeitalters, in dem sie, im Unterschied zu den genannten Beispielen, universal geworden ist. Sie gibt die Spielregeln vor, an die sich alle politischen Bestrebungen halten, auch wenn sie das Gegenteil behaupten.

Worauf beruht die Macht der Bürokratie? Der fachlich geschulte Beamte gewährleistet die Sicherheit und die Versorgung, ohne ihn würde das System, zumal in einem Sozialstaat, nicht funktionieren. Weber sieht den einzigen Freiheitsspielraum, den die Bürokratie einem läßt, in dem Nebeneinander und der Konkurrenz von staatlicher und privatkapitalistischer Bürokratie. Dementsprechend verurteilt er alle Gedankenexperimente und auch realen Experimente, die darauf hinauslaufen, die privatwirtschaftliche Bürokratie auszuschalten, indem man zum Mittel der Verstaatlichung greift. Denn hier, so Weber, verschwinde der letzte Rest an Freiheit für diejenigen, die im Rädchen der Bürokratie leben müssen, weil es dann nur noch eine Kraft gibt, die an einem Strang zieht. Der einzelne Mensch hat nicht einmal mehr die theoretische Möglichkeit, sich einen Freiraum zu erkämpfen, weil er keinen Verbündeten gegen die Übermacht findet.

Das Verhängnis liegt im Erfolg der rationalen Beamtenverwaltung und -versorgung, der zu einer freiwilligen Unterwerfung führt. Sie muß keinen Zwang anwenden, die Menschen gliedern sich freiwillig ein. Die »Fabrik« ist bei Weber die leblose Maschine und die bürokratische Organisation die lebendige Maschine. Beide zusammen bilden das »Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft«. Daher stellt sich die Frage, wie sich angesichts der Bürokratisierung die individualistische Bewegungsfreiheit erhalten und die Macht der Bürokratie kontrollieren läßt. Webers lakonische Antwort: Freiheit ist nur dort tatsächlich vorhanden, »wo dauernd der entschlossene Wille einer Nation, sich nicht wie eine Schafherde regieren zu lassen, dahinter steht«. Die wichtigste Frage aber sei,



Max Weber

»... im amerikanischen ›benevolent feudalism‹, in den deutschen sogenannten ›Wohlfahrtseinrichtungen‹, in der russischen Fabrikverfassung, – überall ist das Gehäuse für die neue Hörigkeit fertig, es wartet nur darauf, daß die Verlangsamung im Tempo des technisch-ökonomischen ›Fortschritts‹ und der Sieg der ›Rente‹ über den ›Gewinn‹ in Verbindung mit der Erschöpfung des noch ›freien‹ Bodens und der noch ›freien‹ Märkte die Massen ›gefügt‹ macht, es endgültig zu beziehen.«

Max Weber: *Gesammelte politische Schriften* (Zur Lage der bürgerlichen Demokratie), S. 63.

»Niemand weiß noch, wer künftig in jenem Gehäuse wohnen wird und ob am Ende dieser ungeheuren Entwicklung ganz neue Propheten oder eine mächtige Wiedergeburt alter Gedanken und Ideale stehen werden, oder aber – wenn keins von beiden – mechanisierte Versteinerung, mit einer Art von krampfhaftem Sich-wichtig-Nehmen verbrämt. Dann allerdings könnte für die ›letzten Menschen‹ dieser Kultur-entwicklung das Wort zur Wahrheit werden: ›Fachmenschen ohne Geist, Genußmenschen ohne Herz: dies Nichts bildet sich ein, eine nie vorher erreichte Stufe des Menschentums erstiegen zu haben.«

Max Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Band 1, S. 203.

was die Bürokratie nicht leisten könne. Dem Beamten fehlt der leitende Geist, er steht außerhalb des Kampfes um die eigene Macht. Das aber gerade zeichne den »leitenden Mann« aus, daß er um die eigene Macht kämpft und damit für die Sache, die er vertritt, auch die Verantwortung trägt.

Den Ursprung des »stählernen Gehäuse der modernen gewerblichen Arbeit« sieht Weber allerdings ganz am Anfang des okzidental Sonderwegs: »Nur wie ›ein dünner Mantel, den man jederzeit abwerfen könnte‹, sollte nach Baxters Ansicht [Richard Baxter, ein puritanischer Pfarrer im 17. Jahrhundert, E. L.] die Sorge um die äußeren Güter um die Schultern seiner Heiligen liegen. Aber aus dem Mantel ließ das Verhängnis ein stahlhartes Gehäuse werden. Indem die Askese die Welt umzubauen und in der Welt sich auszuwirken unternahm, gewannen die äußeren Güter dieser Welt zunehmende und schließlich unentrinnbare Macht über den Menschen, wie niemals zuvor in der Geschichte.«

Gehäuse sind Begrenzungen, die Halt geben. Es kann sich dabei um Dogmen, Traditionen, Werte oder Gewohnheiten handeln, die immer ein fixiertes Bild der Welt und des Menschen beinhalten. Wenn Weber das Gehäuse als Resultat des okzidental Sonderwegs betrachtet, darf nicht übersehen werden, daß es Gehäuse in allen Kulturen gibt. Sie stellen in mehrfacher Hinsicht das Schicksal der meisten Menschen in den meisten Kulturen dar, das sich durch Unentrinnbarkeit, aber eben auch durch Akzeptanz auszeichnet, so daß die Unterwerfung meist freiwillig erfolgt. Das Gehäuse umgreift die Lebensordnungen und Wertordnungen, in denen der einzelne Mensch leben muß. Die »Sorge um die äußeren Güter« ist damit die Ursache einer Unfreiheit, die oftmals gar nicht überwunden werden will und für viele auch nicht schwer wiegt.

Wenn Weber vom Verhängnis spricht, meint er, daß sich das Resultat des asketischen Protestantismus von seiner Ursache gelöst hat. Die Beziehung, die ursprünglich zwischen Gewinnstreben und religiösem Glauben bestand, existiert nicht mehr. Das Gewinnstreben ist völlig losgelöst von der höheren Kultursphäre, dem es einmal diente. Damit hat der Erfolg keinen außer sich liegenden Zweck mehr. Bei Weber wird das Erwerbssstreben in diesem Fall zum »Sport«, in dem es um letztlich sinnfreie Leistungsvergleiche geht. Das bedeutet, daß nacktes Gewinnstreben zwar nicht mehr auf den Segen Gottes verweist, ganz ohne ihn aber unmoralisch wirkt. Kompensiert wird das durch die zunehmende Tendenz, den Gewinn im Sinne des Allgemeinwohls einzusetzen. Eine Sinnggebung braucht es.

Nicht selten ist in diesem Zusammenhang der Verweis eben auf jene zu hören, denen als Kapitalisten eben jene Abhängigkeit von den äußeren Gütern und damit die Schuld an diesem Zusammenhang zugeschrieben wird, ohne dabei zu bedenken, daß diese Abhängigkeit auf allen Ebenen existiert. Diese Unfreiheit hat nichts mit der Größe der äußeren Güter zu tun, die für jemanden erreichbar sind, sondern mit der grundlegenden Einstellung zu ihnen überhaupt. Wer den äußeren Gütern über das Lebensnotwendige hinaus Macht über sein Leben gibt, ist unfrei. Die an solchen Gütern, zu denen nicht nur materielle Güter, sondern auch andere Äußerlichkeiten gehören, Uninteressierten lassen sich nur schwer steuern, weil sie nicht korrumpierbar sind; von ihnen hängt die Zukunft ab.

Vor dem Hintergrund der Bürokratisierung und Rationalisierung konstatierte Weber eine weitere Antinomie, die zu einer neuen Innerlichkeit führt: »Es ist das Schicksal unserer Zeit, mit der ihr eigenen Rationalisierung und Intellektualisierung, vor allem: Entzauberung der Welt, daß gerade die letzten und sublimsten Werte zurückgetreten sind aus der Öffentlichkeit, entweder in das hinterweltliche Reich mystischen Lebens oder in die Brüderlichkeit unmittelbarer Beziehungen der Einzelnen zueinander.« Das bedeutet zunächst einmal, daß der Glauben zur Privatangelegenheit geworden ist. Was für den Zusammenhalt einer heterogenen Bevölkerung durchaus von Vorteil sein kann, wird dann zum Problem, wenn der öffentliche und damit der politische Raum eben von jenen Werten entleert ist. Dieser Rückzug in die Innerlichkeit gefährdet mittelbar auch die bürokratische Maschine, da nichts bestehen kann, was sich nicht einer gewissen Zustimmung sicher sein kann. Der Weg nach Innen ist gleichzeitig die Entfremdung von dem, was als die Sache aller zu gelten hat.

Dieser Rückzug in die Innerlichkeit mag bei vielen unbewußt stattfinden, wenn sie sich in die Nischen zurückziehen, die ihnen die Möglichkeit geben, sich dem Zugriff der Maschine für einige Zeit zu entziehen. Allerdings muß der verlorene, gemeinsame Sinn ersetzt werden, weil der Mensch in der Regel eines Sinns bedarf, um sein Leben zu führen. Als Sinnproduzenten treten dann Intellektuelle auf, die diese Aufgabe stellvertretend übernehmen, um die Orientierung zu bieten, die früher der Glaube bot. »Je mehr der Intellektualismus den Glauben an die Magie zurückdrängt, und so die Vorgänge der Welt ›entzaubert‹ werden, ihren magischen Sinngehalt verlieren, nur noch ›sind‹ und ›geschehen‹, aber nichts mehr ›bedeuten‹, desto dringlicher erwächst die Forderung an die Welt und ›Lebensführung‹ je als Ganzes, daß sie bedeutungshaft und ›sinnvoll‹ geordnet seien.« Das bedeutet eben auch, daß die Welt des Sinns, der am Beginn der Rationalisierung ein jenseitiger war, zu einem diesseitigen geworden ist. Der Sinn wird aus den Dingen selbst abgeleitet, was die Sorge um die äußeren Güter erklärt.

Was fehlt ist die Letztorientierung, die der Rationalismus nicht bieten kann: »Mit jeder Zunahme des Rationalismus der empirischen Wissenschaft wird dadurch die Religion zunehmend aus dem Reich des Rationalen ins Irrationale verdrängt und nun erst: die irrationale oder antirationale überpersönliche Macht schlechthin.« Eine solche Macht kann keine Orientierung bieten, weil die Lücke zwischen der rationalen Lebensordnung und dem irrationalen Glauben nicht mehr zu füllen ist. Wenn die Lücke zu groß wird, muß man sich für eine Seite entscheiden. Aber Intellektuelle zeichnen sich dadurch aus, daß sie nicht handeln, so daß es ihnen leichtfallen dürfte, den okzidentalen Weg zu verlassen und sich den »stillen hinterweltlichen Gefilde indischer unformbarer Mystik« oder dem »konfuziansches Vornehmheitsideal« anzunähern.

Der Weg des okzidentalen Rationalismus besteht dagegen darin, »durch schlichtes Handeln gemäß der ›Forderung des Tages‹ jene Beziehung zur realen Welt zu gewinnen, welche allem spezifisch occidentalen Sinn von ›Persönlichkeit‹ zugrunde liegt« und »die Welt praktisch durch Aufdecken ihrer eigenen unpersönlichen Gesetzmäßigkeiten zu meistern«. Die von Weber oft verwendete, auf ein Goethe-Zitat zurückgehende Formel von der »Forderung des Tages« kann durchaus mit vielem in Konflikt geraten, an dem wir uns sonst orientieren, und ist daher nicht einfach in eine Maxime zu bringen. Sie beinhaltet nicht nur einen wechselnden Inhalt, da jeder Tag eine neue Forderung mit sich bringen kann, so daß die Pflicht jedes Mal in etwas anderem bestehen kann.

Es bedeutet vor allem auch, daß es selbst unter der Maßgabe des okzidentalen Rationalismus, mit seiner Bürokratie und dem stählernen Gehäuse, geboten ist, zumindest für jemanden, der einen Anspruch an sich selbst hat, eben jenes Gehäuse aufzubrechen. Laut Weber hat diese Forderung nichts mit Schwärmerei und Erlebnishunger zu tun, sondern damit, dem »Schicksal der Zeit in sein ernstes Antlitz« zu blicken. Daß uns diese Fähigkeit abhanden gekommen ist, macht Weber an der Vermischung der Sphären, vor allem der politischen mit der ethischen, fest, die sich vor allem darin niederschlägt, daß man sich zu lange an der christlichen Ethik der Bergpredigt orientiert habe. Der Humanitarismus, den Weber hier antizipiert und den er durchaus im Gegensatz zur Manneswürde gesehen hat, steht im Gegensatz zu den Interessen der Nation, die bei aller Gemeinsamkeit des okzidentalen Rationalismus für Weber das Maß aller Dinge waren.

Die »Forderung des Tages« verlangt von demjenigen, der sie sich zu Herzen nimmt, alles: Die Forderung zu erkennen und nach ihr zu handeln, ohne dabei die Bedingungen des Handelns aus den Augen zu verlieren und in die Maßlosigkeit abzugleiten. Die Forderung, die Welt handelnd zu bewältigen, ist vielleicht das Moment des okzidentalen Rationalismus, das diese Welt vor dem Untergang oder der Versteinerung bewahren kann. Es ist Weber klar, daß Handeln bedeutet, sich mit Schuld zu beladen: »Denn alles, was an den Gütern des Machtstaates teilnimmt, ist verstrickt in die Gesetzmäßigkeit des ›Macht-Pragmas‹, das alle politische Geschichte beherrscht.« Es ist zu erwarten, daß sich jemand findet, der dem Handelnden diese Schuld vorwirft. Das fällt dann ebenso unter das »Macht-Pragma« wie jede andere politische Handlung, und verliert mit dieser Erkenntnis jeden erpresserischen Charakter. ■

#### Literaturhinweise:

- Karl Jaspers: *Max Weber. Gesammelte Schriften*, mit einer Einführung von Dieter Henrich, München 1988;
- Christoph Steding: *Politik und Wissenschaft bei Max Weber*, Breslau 1932;
- Alfred Weber: *Abschied von der bisherigen Geschichte. Überwindung des Nihilismus?*, Hamburg 1946;
- Marianne Weber: *Max Weber. Ein Lebensbild*, Tübingen 1926;
- Max Weber: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen <sup>6</sup>1985;
- Ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*. Band 1–3, Tübingen <sup>8</sup>1986;
- Ders.: *Gesammelte politische Schriften*. Hrsg. von Johannes Winckelmann. Tübingen <sup>5</sup>1988;
- Ders.: *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Besorgt von Johannes Winckelmann. Studienausgabe, Tübingen <sup>5</sup>1980.

# Rechtsstaat, Sozialstaat und Ordnungsstaat

von Dimitrios Kisoudis

Ordnung, nicht Differenz, ist der Grundbegriff rechten Denkens. Unterschiede setzt die Ordnung zwar voraus. Entscheidend ist aber, daß unterschiedliche Dinge nicht nur getrennt, sondern ihrer Eigenart entsprechend zueinander in Beziehung gesetzt werden.

»Ordnung ist die Anordnung« (*dispositio*), sagt Augustinus von Hippo, »die gleiche und ungleiche Dinge an ihren jeweiligen Ort verteilt.« Auf der berühmten Pax-Tafel im *Gottesstaat* (Buch 19, Kapitel 13) geht es um den Frieden im himmlischen Staat. Im irdischen Staat ist der Friede gestört. Weil die Menschen aber von einem Verlangen nach Frieden angetrieben sind, stellen sie die Ordnung in der »geordneten Eintracht der Bürger im Befehlen und Gehorchen« wieder her und bewahren sie.

»Dispositio« ist ein wichtiger Begriff der antiken Rhetorik. Er bezeichnet die funktionale und ganzheitliche Anordnung von Argumenten im Planungsstadium einer Rede. Die politische Geschichte des Begriffsfelds erstreckt sich bis in die poststrukturalistische Soziologie. Michel Foucault bezeichnet als »Dispositiv« eine Herrschaftspraxis – die Vernetzung von verbalen, administrativen oder institutionellen Elementen, die die Gesellschaft gliedern und ordnen. Wie so oft bei den Poststrukturalisten wird hier eine an sich gute Sache mit negativem Unterton analysiert und zur Demontage freigegeben. Gesellschaft ist nämlich Trennung.

Nach dem Mythos der Hindus entstanden aus den Körperteilen des göttlichen Riesen Purusha die Kasten der indischen Gesellschaft: aus dem Mund die geistlichen Brahmanen, aus den Armen die kriegerischen Kshatryia, aus den Beinen und Füßen die Bürger, Bauern und Vorläufer der Proletarier. Der französische Religionswissenschaftler Georges Dumézil, ein rechter Mentor und Lehrer Foucaults, untersuchte die Mythen der indoeuropäischen Völker von den Indern über die Griechen bis zu den Germanen und deckte eine Dreierstruktur am Götterhimmel auf, die er »trifunktionale Ideologie« nannte. Ein bedeutender Gott stand für die Funktion des Rechts und der Lehre, ein anderer Gott für die Funktion der Herrschaft und Gewalt, ein dritter Gott für die Funktion der Fruchtbarkeit. Diese Struktur der sozialen Trennung verband die Religion des Hinduismus mit dem Kastenwesen. In Strukturgleichheit (Isomorphie) galt dies für Mythos und Gesellschaft der übrigen untersuchten Völker. Die Historiker der marxistisch inspirierten Annales-Schule ergänzten Dumézils Befunde: Im Mittelalter bot das Christentum, dessen dogmatischer Kern in der Trinität von Vater, Sohn und Heiligem Geist besteht, die Vorlage für die dreigliedrige Ständegesellschaft aus Klerus (Lehrstand), Aristokratie (Wehrstand) und Nährstand.

Unnötig zu erwähnen, daß Dumézil für seine Untersuchungen von Konkurrenten unter Faschismusverdacht gestellt wurde. Dabei stand seine Theorie durchaus der strukturalistischen Ethnologie eines Claude Lévi-Strauss nahe, der eine Strukturgleichheit von Totemismus (Identifikation

»Pax omnium rerum, tranquillitas ordinis. Ordo est parium dispariumque rerum sua cuique loca tribuens dispositio.« Der Friede aller Dinge besteht in der Ruhe der Ordnung. Ordnung ist die Anordnung, die gleiche und ungleiche Dinge an ihren jeweiligen Ort verteilt.«

Augustinus von Hippo:  
*Civitas Dei*.

von Totemtier und Mensch), Sprache und Wirklichkeit als »wilde Denken« bei den sogenannten Naturvölkern ausmachte. Der Unterschied zwischen Dumézil und seinen linken Geistesverwandten: Die Linken führen Wirklichkeit auf Sprache zurück, der Rechte spricht der Mythostruktur ein Eigenleben zu, das sich weitgehend unabhängig von Zeit und Raum bei verwandten Völkern aktualisiert oder überliefert.

Selbst nach dem Tod der Götter erweisen sich die drei Funktionen als beharrlich. Je nachdem, welche Funktion im Zentrum steht, wandelt der moderne Staat sein Wesen. Drei Staaten haben sich in der Moderne paradigmatisch abgelöst: der Obrigkeitsstaat, der Rechtsstaat und der Sozialstaat.

Der Obrigkeitsstaat ist der Staat der Aristokratie, des zweiten Standes. Die Rückbindung legitimer Herrschaft an den ersten Stand, den Klerus, wie sie im Gottesgnadentum des Mittelalters noch unabdingbar war, geht verloren. Staatliche Legitimität gründet sich auf die wirksame Handhabung des Gewaltmonopols durch einen Herrscher, der wohlgemerkt immer noch dem Kriegerstand angehört. Der Rechtsstaat markiert im 19. Jahrhundert den Kompromiß zwischen zweitem und drittem Stand, Soldat und Bürger, Gewalt und Gesetz. Staatliche Legitimität liegt in der Vorstellung der Rechtsstaatsvertreter nicht in der Autorität der Obrigkeit begründet, sondern in der Gewährleistung und im Schutz bürgerlicher Freiheitsrechte. Dazu gehört, daß der Staat Hindernisse beseitigt, die den Bürger an der Verwirklichung seiner Freiheit hindern.

Anders als der heutige Sprachgebrauch vermuten läßt, steht der Rechtsstaat nicht im Gegensatz zur Monarchie, sondern bezeichnet die Einbindung des Bürgertums in die preußische Monarchie – zuerst im Königreich, dann im Deutschen Kaiserreich. Der Rechtsstaatsdiskurs spiegelt den Blick des Bürgers auf dieses Zwitterwesen aus bürgerlichem Rechtsstaat und aristokratischem Soldatenstaat. Das Kaiserreich ist zwar Rechtsstaat, aber nicht nur. Das Heer bleibt ein »Staat im Staate«, beherrscht von der Aristokratie. Die Wehrverfassung steht jenseits der geschriebenen Verfassung. Der Kaiser trägt die Kommandogewalt und ist bei Anordnungen in Kommandosachen vom Minister unabhängig. Der Generalstabschef ist für die strategische Kriegsvorbereitung verantwortlich und dem Kriegsminister übergeordnet.

Wie Carl Schmitt ausgeführt hat, stehen die zentralen Figuren Soldat und Bürger im Zweiten Reich durchaus in einem Spannungsverhältnis, präfiguriert im Verfassungskonflikt zwischen 1862 und 1866: In Vorbereitung der Einigungskriege will Bismarck eine Heeresreform durchführen, aber das Parlament verweigert ihm das Budget. Da regiert Bismarck vier Jahre gegen das Parlament, bittet nach dem Sieg von Königgrätz rückwirkend um Straffreiheit (Indemnität) und läßt sich nachträglich das Budget genehmigen. Bismarck schafft Fakten und findet eine Theorie. Nach der »Lückentheorie« entscheidet in einem Streit zwischen Parlament und König, für den die Verfassung keine Lösung vorsieht, das sogenannte monarchische Prinzip – eine Erfindung des konservativen Staatstheoretikers Friedrich Julius Stahl.

Hier wird die Nahtstelle zwischen Obrigkeitsstaat und Rechtsstaat sichtbar. Denn Paul Laband, Begründer des staatsrechtlichen Positivismus, pflichtet Bismarck letztlich bei, indem er die Unterscheidung zwischen formellem und materiellem Gesetz entwickelt. Formelles Gesetz sei jeder vom Parlament verabschiedete Akt, das materielle Gesetz dagegen grenze durch Rechtssatz zwei Willenssphären von Rechtssubjekten – nämlich des Monarchen und des Parlaments – voneinander ab. Weil das Haushaltsgesetz nur formell sei, habe dessen Mißachtung »nicht notwendig den Charakter der Rechtswidrigkeit«.

Auch dank dieser opportunen Konstruktion schwingt sich der Rechtspositivist Laband zum führenden Staatsrechtler des Kaiserreichs auf. Er überträgt die Methode der formal-logischen Untersuchung von Gesetzen aus dem Zivilrecht ins Staatsrecht. Recht ist Gesetz. Die Technik des Subsumierens verschiedener Fälle unter eine Norm kommt ohne Naturrecht oder Ethik aus, aber nicht ohne den Staat. Aus der schützenden Schale der Monarchie löst sich der Rechtspositivismus erst in der Weimarer Republik. Hans Kelsen reduziert ihn zur reinen Rechtslehre, einem selbstreferentiellen System, in dem politische Fragen ohne Antwort bleiben. Nun ist kein König mehr da, der die Lücken in der Verfassung füllen kann.

»Auf der einen Seite nämlich ist die Freiheit des Bürgers die Grundlage des ganzen Rechtsstaates; er darf und soll sich nach allen Richtungen, in welchen er einen vernünftigen Zweck verfolgt und auf kein Recht eines Dritten stößt, frei bewegen. Der ganze Staat mit allen Einrichtungen ist nur dazu bestimmt, diese Freiheit zu schützen und möglichst zu machen.«

Robert von Mohl: *Die deutsche Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaats*, Tübingen 1832, S. 14.

Kelsen fordert dafür die Verfassungsgerichtsbarkeit, während Carl Schmitt an der Autorität des Reichspräsidenten festhält. Der Reichspräsident wird zum Lückenbüsser für den Monarchen, vermag mit seiner reinen Amtsautorität aber nicht die Löcher zu stopfen, die Parteien mit weltanschaulichem Totalitätsanspruch in die Verfassung reißen. Begleitend zum politischen Streit kommt es in Weimar zum Methodenstreit der Staatsrechtslehrer. Gegen Kelsen argumentieren Carl Schmitt und Rudolf Smend entschieden politisch. Der Kulturprotestant Smend führt den Begriff der Integration in die Staatstheorie ein und erblickt den »Sinn der Verfassung« darin, durch elastische Rechtsauslegung die Gesellschaft in den Staat zu integrieren. Der katholische Etatist Schmitt trennt zwischen einem politischen und einem unpolitisch-bürgerlichen Teil der Verfassung und bestimmt das Politische als Unterscheidung zwischen Freund und Feind.

Der Methodenstreit übersteht das Weimarer Intermezzo und kehrt in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik wieder. Dort bestimmen seine Fronten die wichtigste staatsrechtliche Debatte der bundesrepublikanischen Geschichte: die Forsthoff-Abendroth-Kontroverse, ob die Bundesrepublik ein Rechtsstaat oder ein Sozialstaat sein soll.



Augustinus: *De civitate dei*, Holzschnitt 1515 – die offene Gottesstadt Zion steht der geschlossenen Weltstadt Babylon feindselig gegenüber.

Die Bundesrepublik tilgt zu Beginn die autoritären Elemente des Obrigkeitsstaats aus der Staatsideologie. Gustav Radbruch, in Weimar SPD-Abgeordneter und Reichsjustizminister, macht die Formeln »Befehl ist Befehl« und »Gesetz ist Gesetz« für den blinden Gehorsam verantwortlich, der angeblich die Machtdurchsetzung der Nationalsozialisten ermöglicht habe. Damit reißt er die beiden Grundlagen des Zweiten Reichs – soldatisches und juristisches Ethos – ein, um mit seiner Forderung nach einem neuen Naturrecht den Weg für eine Zivilreligion der Verfassung zu ebnen. Diese Religion wird sich um den Begriff des Sozialen ranken. Im Kaiserreich waren Soldat und Bürger die prägenden Gestalten, in der Bundesrepublik werden es der Bürger und der Sozialarbeiter oder Soziologe sein.

Der Sozialstaat ist der Staat der dritten Funktion, er rückt die Fruchtbarkeit und die Wirtschaft ins Zentrum. In der Weimarer Republik war Sozialstaatlichkeit noch kein Gegenstand prominenter Debatten. Sie machte sich nur ansatzweise in der Einrichtung eines Reichswirtschaftsrats bemerkbar, in dem Vertreter des Wirtschaftslebens eine Repräsentanz neben dem Parlament bilden sollten. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich die Lage verändert. Die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen richtet sich 1948 mit der Forderung nach Diskriminierungsschutz nicht nur an die Staaten, sondern an »alle Organe der Gesellschaft«. Die bürgerlichen Freiheitsrechte, eigentlich Abwehrrechte gegen den Staat, werden durch Teilhabe- und Anspruchsrechte ergänzt und abgelöst. Sozial ist an diesen Rechten, daß sie gegenüber dem Mitbürger im Privatrechtsverkehr geltend gemacht werden können. Diese Eigenschaft der Grundrechte wird fortan »Drittwirkung« genannt.

Und genau darum dreht sich die Forsthoff-Abendroth-Kontroverse. Soll die Bundesrepublik ein Rechtsstaat sein, in dem Grundrechte nur Normen sind, die bürgerliche Freiheiten vor Eingriffen des Staates schützen? Oder soll sie ein Sozialstaat sein, in dem Grundrechte als Werte die Umgestaltung der sozialen Verhältnisse und der Güterverteilung gestatten?

Ernst Forsthoff, ein bedeutender Schüler Carl Schmitts, stellt lapidar fest: »Das Grundgesetz hat keinen spezifischen sozialen Gehalt.« Stattdessen ordnet er die Sozialfunktion der Verwaltung zu. Sie habe durch Daseinsvorsorge darauf zu achten, daß die Zuteilung von Wirtschaftsgütern wie Wasser, Elektrizität oder Verkehrsmitteln den Erfordernissen der Wohlfahrt gerecht werde. Daseinsvorsorge ist damals also Gegenbegriff zum Sozialstaat.

Wolfgang Abendroth, früherer kommunistischer Abenteurer, nach dem Krieg Jura-Professor an verschiedenen Universitäten, hält dagegen: Das Grundgesetz kennt ein Sozialstaatsprinzip, begründet in Artikel 20 und Artikel 28, wo die Bundesrepublik einmal als »sozialer Bundesstaat«, einmal als »sozialer Rechtsstaat« definiert ist. Dieser Sozialstaat erkennt »die existente (nämlich faktisch die liberal-kapitalistische) Sozialordnung nicht mehr als im Prinzip gerecht« an, sondern mache sie sich »zum Gegenstand der Gestaltung«. Als Vorbild nennt er ausdrücklich die UN-Menschenrechtserklärung.

Zum Namensgeber der Kontroverse wird Abendroth nicht ganz zu Recht. Für den wahren Gegner hält Forsthoff offenbar Rudolf Smend und dessen Rechtsschule. Nach Smend integrieren sich die Subjekte mithilfe von Kulturwerten, die in den Grundrechten festgeschrieben seien, in den Staat. Integration hebt die Dialektik zwischen Einzelnem und Ganzem auf und macht aus der liberalen Gesellschaft eine »Wertgemeinschaft«. Die Verfassung, so Smend, sei »auf die Totalität des Staates und die Totalität seines Integrationsprozesses« gerichtet und müsse daher elastisch ausgelegt werden.

Dieser Jargon klingt für heutige Ohren unauffällig, weil wir ihn täglich von Politikern und Journalisten hören. Forsthoff aber wittert in der schulbildenden Wertetheorie der Verfassung einen Rückfall in den totalen Staat, der die staatliche Sphäre nicht von der Gesellschaft abgrenzt und dem einzelnen eine Staatsgesinnung aufzwingt. Mit ähnlichen Worten hatte Forsthoff in Anlehnung an Carl Schmitt 1933 selbst den totalen Staat skizziert und gefordert. In den fünfziger Jahren korrigiert er durch Kritik am Sozialstaat seine Verfehlungen und verteidigt den bürgerlichen Rechtsstaat gegen totalitäre Tendenzen der Sozialstaatlichkeit.

Wer Grundrechte zu Werten verklärt, so Forsthoff, dehne ihre Geltung auf immer weitere Bereiche aus. Im Privatrechtsverkehr gilt aber Vertragsfreiheit. Gegen die Smend-Schule nimmt Forsthoff den Rechtspositivismus in Schutz. Statt die klassische Methode der Subsumtion anzuwenden, argumentierten Verfassungsrichter mit einem »Menschenbild« der Verfassung und brächten eine hermeneutische Verfassungsauslegung in Anschlag. Dadurch fließe die »Standesideologie« der Richter in die Urteile ein. Wenn sich Verfassungsauslegung so weit vom Wortlaut der Verfassung entfernt, sagt Forsthoff, wird die Verfassung »zum Repositorium der gängigen Werte« und zum Schlachtfeld »für soziale Umwälzungen«.

Die Warnung hat sich bewahrheitet. Nur eines konnte Forsthoff nicht erkennen: woher die entscheidenden Umwerter und Umwälzer kommen würden, die mit dem Sozialstaats-Dispositiv die Anordnung der Gesellschaft manipulierten. Spätestens nach der Studentenrevolte waren es nicht mehr die proletarischen Ideologen, sondern die Feministen, Minderheitenvertreter, Gender-Ideologen und Antirassisten, die Werte setzten und Unwerte vernichteten. Forsthoff mahnte, der Ernstfall des Sozialstaats trete ein, wenn das Sozialprodukt absinke. Der Ernstfall des Sozialstaats droht aber, wenn die Armutsmigration, die er durch Teilhabegarantien für Fremde selbst herbeigerufen hat, zum Anstieg der Gewalt im Innern führt. Die ethnische Frage verneint den Sozialstaat. Was nun?

Die Ausschreitungen auf der Kölner Domplatte an Silvester 2015 waren das Fanal. Die Unruhen in Stuttgart, Frankfurt und anderen Städten lassen keinen Zweifel mehr: Der Gewaltpegel in Deutschland ist durch die Migration drastisch angestiegen. Zuwanderer, also Asylbewerber, Flüchtlinge und illegale Migranten, sind unter Tatverdächtigen bei

»Ein Staat, der sich der sozialen Bedürftigkeit seiner Untertanen zur Steigerung seiner Herrschaftsgewalt bedient, erfüllt die Merkmale eines nun wirklich totalen Staates – der nicht einmal der nationalsozialistische Staat war. Die in Herrschaft konvertierte soziale Funktion stellt die Perfektive aller unter heutigen Voraussetzungen denkbaren Herrschaft dar.«

Ernst Forsthoff: »Verfassungsprobleme des Sozialstaats«, in: *Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays*, Darmstadt 1968, S. 150.

»Die Förderung der Massenimmigration führt nicht zu einer amorphen Individualisierung und Atomisierung der europäischen Völker, sondern zu einer neuen multitribalen Strukturierung. Dies geschieht innerhalb der ehemaligen Nationalstaaten, deren ursprüngliches ›Volk‹ sich nun als Stamm unter Stämmen konstituieren muss, wobei auch die Zuwanderer sich als tribale Einheiten mit eigener Führung und eigenen Regeln ausprägen werden.«

Rolf Peter Sieferle: *Das Migrationsproblem. Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung*, Waltrip/Berlin 2017, S. 103.

Rohheitsdelikten um ein Vielfaches überrepräsentiert. In Clankriminalität und islamistischem Terror kristallisiert sich das Gewaltpotential der Zuwanderung. Sozialarbeiter sollen das Problem bewirtschaften, die Polizei wird mit Rassismus-Debatten an die kurze Leine gelegt.

In der multiethnischen Gesellschaft, in der die Deutschen zur Minderheit unter vielen werden, zerstiebt die Illusion, Staatlichkeit lasse sich in Recht und Soziales auflösen. Der Rechtsstaat lebte davon, daß die Staatsbürger die Rechtsordnung internalisiert hatten. So kam er mit minimalem Gewalteinsatz aus. Die Migranten haben unsere Rechtsordnung nicht verinnerlicht. Weil sie unseren Staat als weichlich empfinden, fordern sie ihn immer aggressiver heraus. Der Kern des Staates, das Gewaltmonopol, wird durch die neuen Konflikte offengelegt. Und wir sehen, daß dieser Kern ausgehöhlt ist.

Je stärker sich Unruhen ausbreiten, desto größer wird der Wunsch nach Ruhe und Ordnung, wie sie im obrigkeitlichen Polizeistaat herrschen. In dieser Situation wird der Ordnungsstaat denkbar und möglich, klafft in der postmodernen Subversionsstrategie eine Einbruchstelle für Ordnungsdenken. Der Friede aller Dinge, sagt Augustinus, besteht in der Anordnung der Dinge an den ihnen zukommenden Ort. Die Antidiskriminierung hingegen weist den sozialen Gruppen einen Ort in der Gesellschaft zu, den sie in einer natürlichen Ordnung niemals einnehmen würden. Antidiskriminierung ist Antiordnung.

Der Ordnungsstaat ist der Selbstverteidigungsmodus des Rechtsstaats. Er stoppt die soziale Umwälzung der Verfassungsschamanen und begreift die Verfassung wieder als rechtsstaatliches Staatsorganisationsstatut und nicht als zivilreligiöse Offenbarungsschrift. Der Ordnungsstaat besinnt sich auf die staatliche Kernaufgabe, durch Polizei und Ordnungsrecht die öffentliche Ordnung zu sichern. Er setzt das urstaatliche Verhältnis von Schutz und Gehorsam wieder ins Recht und verteidigt die Ordnung vor Angriffen des Feindes.

In die Wirtschaft greift der Ordnungsstaat in erster Linie ein, wo Politisches berührt wird: Droht die Übernahme eines Konzerns von strategischer Bedeutung durch Investoren aus einem böswilligen Staat? Verhindern. Steht ein einheimischer Industriezweig – wie die Automobilindustrie – unter Beschuß aus dem Ausland? Verteidigen. Nehmen Gruppen, die die öffentliche Ordnung unterminieren wollen, Einfluß auf die corporate ideology von Firmen, um dort ihre weltanschauliche Vorstellungen durchzusetzen? Beobachten.

Der Ordnungsstaat ist ein schlanker und starker Staat. Er zieht sich aus der Gesellschaft zurück. Wen ein Unternehmer beschäftigt, an wen er verkauft, das ist im Ordnungsstaat nicht länger Gegenstand staatlicher Umgestaltung. So können dort ständische Glieder im wirtschaftlichen Freiraum entstehen. Unter den Gegebenheiten der Multiminoritätengesellschaft läßt der Ordnungsstaat Platz für Selbstorganisation sozialer Gruppen, weil diesen nicht durch Antidiskriminierung und Umverteilung künstliche Plätze im Sozialgefüge angewiesen werden. Ethnische Polen betätigen sich gern im Gartenbau? Es steht ihnen frei, weitere Polen zu beschäftigen. Ethnische Deutsche stechen im Management hervor? Dann gibt es keinen Grund, andere Ethnien per Antidiskriminierung zu bevorzugen.

Der Ordnungsstaat gestaltet die soziale Ordnung nicht um, er erkennt die Selbstorganisation der Gruppen höchstens an. So fährt er die distributive Funktion der Leistungsverwaltung zurück, die als Umverteilung aus gemeinsamen Töpfen immer zu Lasten der autochthonen Bevölkerung geht. Stattdessen befriedet er Konflikte, indem er sich auf die »dispositive« Rolle konzentriert, Ungleiches ungleich und Gleiches gleich zu behandeln, wie es ja auch der Gleichheitsgrundsatz fordert. Disposition statt Distribution.

Im deutschen Sozialstaat hat der Soziologe dem Juristen als Funktöner den Rang abgelassen. Ein Paradigmenwechsel in der Staatsideologie macht es nötig, den Soziologen durch eine neue Figur abzulösen. Wer ist heute dazu in der Lage, zu begreifen, was das Gewaltmonopol bedeutet? Wer kann den Staat vom Ernstfall her denken?

Der Staat ist dazu da, den Frieden zu sichern und die Ordnung zu bewahren. Mit Recht und Sozialem allein ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Aber Ordnung muß sein. ■

#### Literaturhinweise:

Giorgio Agamben: *Was ist ein Dispositiv?* Zürich/Berlin 2008;

Georges Duby: *Les trois ordres ou l'imaginaire du féodalisme*, Paris 1978, dt.: *Die drei Ordnungen. Das Weltbild des Feudalismus*, Frankfurt 1981;

Georges Dumézil: *Mythe et Épopée: L'Idéologie des trois fonctions dans les épopées des peuples indo-européens*, Paris 1968, dt.: *Mythos und Epos. Die Ideologie der drei Funktionen in den Epen der indoeuropäischen Völker*, Frankfurt a. M. 1989;

Ernst Forsthoff: *Der totale Staat*, Hamburg 1933.

Ders. (Hrsg.): *Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit. Aufsätze und Essays*, Darmstadt 1968;

Ders.: *Rechtsstaat im Wandel. Verfassungsrechtliche Abhandlungen 1954–1973*, München 1976;

Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band III: Bismarck und das Reich*, Stuttgart u. a. 1988;

Dimitrios Kisoudis: *Was nun? Vom Sozialstaat zum Ordnungsstaat*, Waltrop/Berlin 2017;

Carl Schmitt: *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reichs. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten*. Hrsg. v. Günter Maschke, Berlin 2011.

# reihe kaplaken – 24. Staffel



Sophie Liebnitz

## **Antordnung**

*reihe kaplaken, Band 70*

96 S., 8,50 €



António de Oliveira Salazar

## **Nationale Revolution und autoritärer Staat**

*reihe kaplaken, Band 71*

96 S., 8,50 €



Günter Scholdt

## **»Die Maßnahme« und die AfD**

*reihe kaplaken, Band 72*

96 S., 8,50 €

Verlag  Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: [vertrieb@antaios.de](mailto:vertrieb@antaios.de)

[www.antaios.de](http://www.antaios.de)

# Solidarität und Identität oder Die Dialektik des Staates

von Benedikt Kaiser

Die Parameter Familie, Volk und Heimat sind als die unumstößlichen Grundpfeiler einer organischen Ordnung anzusehen, als Grundpfeiler für das wichtigste Bezugspaar im frühen 21. Jahrhundert – Solidarität und Identität. Hinzu tritt der Staat als Idee. Er wirkt in vorliegendem Themenfeld nicht nur als eine »kluge Veranstaltung zum Schutz der Individuen gegeneinander« (Friedrich Nietzsche), und er geht über den Zweck einer »rational organisierten Selbsterhaltung« (Arnold Gehlen) eines Volkes hinaus. Der Staat in diesem Kontext ist – besser: er sollte es sein – der vitale Garant einer Gemeinschaftsordnung, die auf Identität und Solidarität zu fußen hat, wenn sie in den kommenden entsicherten Jahrzehnten Bestand haben will.

»Solidarität« und »Identität« werden als gefällige Termini redundant verwendet. In Politikerreden wird unaufhörlich eingefordert, Solidarität mit diesem und jenem zu üben. Solidarität erscheint als moralpolitische Verantwortung, als einseitige Pflicht – Solidarität degeneriert zur Floskel. Auch um das Wort Identität steht es nicht besser. Die zeitgenössische Linke und ihre liberalen Anverwandten verzetteln sich publikumswirksam und folgenswer in sogenannter Identitätspolitik – man denke an die popkulturalisierte Transgender-Industrie, People-of-Color-Propaganda im Zuge von »Black Lives Matter« und vergleichbare Abirrungen. Diese Kreise, die längst nicht nur in Twitter-Filterblasen reüssieren, sondern auch bei den öffentlich-rechtlichen wie privaten Leitmedien in Lohn und Brot stehen oder unsere Schulbücher schreiben, werten vor einem Millionenpublikum die Begrifflichkeit ab. Gleichwohl ist eine ideenverbundene Politik, die sich auf Identität als politischen Anhaltspunkt des Wir-Gedanken bezieht, nicht gleichzusetzen mit pseudowissenschaftlichen Zumutungen postmoderner Linksliberaler, bei denen Identität zum Fetisch eines pervertierten Ich-Prinzips einzelner Individuen und Subkulturen degradiert wird. Auch deshalb muß das Gelände neu vermessen und Ordnung in die Dinge gebracht werden: Was macht Identität und Solidarität aus, wieso gehören diese beiden Axiome einer volksorientierten Politik untrennbar zusammen? Überdies: Inwiefern ist der Staat der potentielle Garant dieser Säulen?

Die Frage, was Identität ausmacht, ist zweifelsfrei eine moderne Frage. Identität sah sich in traditionellen und ständischen Gesellschaften determiniert durch die soziale Stellung, die aufgrund der Abstammung oder einer Gruppenzugehörigkeit feststand. In der Moderne änderte sich dies. Der Individualismus trat – im Gefolge von René Descartes und anderen – in Erscheinung. Gesellschaftliche Bindungen wurden lockerer, Koordinatensysteme verschoben sich oder lösten sich auf. Die Ideologie des Fortschritts brachte die Vorstellung der Ungebundenheit des Menschen mit sich. Tradition barg für viele keine Macht mehr, die Zukunft würde unbedingt besser, der einzelne Mensch erschien fortan als Maß aller Dinge,

unabhängig von der Beteiligung am Leben irgendeines – etwa eines volklichen oder nationalen – Kollektivs. Freilich gab es bereits im 18. Jahrhundert Gegenbewegungen. »Man wird nicht als Mensch geboren, als wäre Menschlichkeit eine mit der Geburt erworbene Eigenschaft«, formulierte Johann Gottfried Herder das identitäre Prinzip, »man wird zum Menschen durch Verwurzelung in einer kulturellen oder nationalen Tradition.« Für Herder waren es die« jeweils unterschiedlichen Besonderheiten, die das Menschsein ausmachen«. Ohne eine historische Ideologiediskussion zur Identitätsfrage zu bieten, kann festgestellt werden, daß dieser Standpunkt bis heute die zentrale Achse eines realistischen Menschenbildes ausmacht. Man ist nicht Mensch *abstrakt*, sondern Mensch *konkret*, verwurzelt in einem Zusammenhang des Schon-Vorhandenen. Es gibt einen identitären Hintergrund, »der den Rahmen bildet für die Konstruktion des Selbst« (Alain de Benoist). Man unterscheidet sich von anderen Kollektiven, und die Anerkennung des eigenen identitären Selbst mit seinen Besonderheiten ist Voraussetzung der Anerkennung des Anderen mit seinen Besonderheiten. Man kann die bestehenden identitären Bindungen anderer nicht aufrichtig und authentisch verstehen und respektieren, wenn man die eigenen Bindungen nicht versteht und respektiert. Daraus ist zu folgern: Wenn ich mein eigenes Selbst, meine eigene Identität, also die Vorstellung dessen, was mich und uns ausmacht, nicht kenne, wenn ich dem Selbst entfremdet bin, kann ich auch kein Selbst-Bewußtsein im Wortsinne entwickeln, sondern allenfalls Substitute respektive Ersatzkonstrukte bilden.

Eine eigene identitäre Bindung zu leugnen, ist über einen bestimmten Zeitraum möglich, aber insofern belanglos, als daß der Rahmen des Schon-Vorhandenen zwar zahlreiche Optionen auf eigene Lebensgestaltungen offen läßt. Aber Grundsätzliches, Ethnokulturelles mithin, kann man nicht ohne weiteres ablegen. Das aber meint der Individualismus als übergeordnetes Prinzip. Dieses begreift das Verhältnis des Ichs zu anderen Personen primär in Bezug auf eventuellen Nutzen für das losgetrennte Individuum. Gemeinschaftsorientierte Vorstellungen hingegen sehen soziale Beziehungen konstitutiv für das Selbst. Man ist, so sehr man sich auf seinem eigenen Wege entwickelt, verortet in einem kulturellen, ethnischen Rahmen, der die Entwicklungsschritte beeinflusst, wo nicht vorgibt. Die historischen, biographischen unfreiwilligen Bindungen sind damit der unvermeidliche Hintergrund für das Leben – sie unterdrücken nicht die Fähigkeit, sich aus ihnen zu lösen und ein eigenes, freies, womöglich »nicht-identitäres« Leben zu führen, aber sie beschränken sie. Identität ist damit nicht schwarz-weiß, nicht deterministisch, aber eben auch nicht *nicht-deterministisch*. Im Klartext: Der freie Wille eines Individuums zur Bildung des eigenen Selbst, der eigenen Geschichte, existiert. Aber der freie Wille, seinen eigenen Weg zu gehen, kennt Grenzen, die organisch gesetzt sind: Subjektive und objektive Identitäten agieren miteinander und bedingen einander.

Subjektive Identität, so definiert es Alain de Benoist, ist diejenige, die ein Subjekt, sei es ein Individuum oder eine Gruppe, sich aus *seiner eigenen Sicht* zuschreibt. Objektive Identität meint die diesem Subjekt aufgrund seines geographischen und geschichtlichen Zugehörigkeitsumfelds *zugeschriebene* Identität. Objektive Identität ist also überliefert (Familie, Volk, Ethnie, Nation); subjektive Identität ist das, was man selbst gestaltet, selbst wählt. Das bedeutet, ich fühle mich intellektuell, emotional etc. etwas Bestimmtem nahestehend. Man kann beispielshalber leugnen, subjektiv Deutscher zu sein, ist es aber objektiv nichtsdestoweniger. Identität der Identität hingegen, also Übereinstimmung der Identität, wäre gleichbedeutend mit der Selbstwahrnehmung, die sich exakt mit den gegebenen Verhältnissen identifiziert. Leugnung und vollständige Identität mit der Identität sind Sonderfälle. Das tatsächliche Aushandeln, das Bewußtsein von Identität, findet im Regelfall in den Zwischenräumen statt. Überlieferte, nicht-freiwillige, also objektive Identität und selbst gewählte, also subjektive, freiwillige Identität pendeln sich aus. Die Gretchenfrage ist, welchem Anteil man den Primat einräumt oder ob man einen Teil verleugnet – so wie es etwa das objektive ethnokulturelle Identitäten negierende Denken des Gegenwartsmainstreams praktiziert. Der vorgegebene Rahmen, die ethnokulturelle (objektive) Identität, wird zu einer Identität unter vielen weiteren denkbaren (subjektiven) Identitäten herabgestuft.

»Was meine Identität am meisten bedroht, ist nicht die Identität der anderen, sondern das, was sowohl meine als auch ihre Identität gleichermaßen gefährdet.«

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen*, S. 128.

»Die Marktgesellschaft hat eine offensichtlich anthropologische Tragweite. Sie verändert das Imaginäre, sie will einen neuen Menschen erschaffen, den einzig und allein seine materiellen Interessen definieren. Entfremdetes Sein, entfremdete Begierden, entfremdete Bedürfnisse: Die Marktgesellschaft bietet nur eine Karikatur des gesellschaftlichen Zusammenhalts an, denn sie propagiert die Trennung vom Anderen als einzig wahre Daseinsform. (...) Nach Auffassung der kapitalistischen Ideologie sind die Menschen nichts anderes als Dinge, nämlich Produktions- und Konsumfaktoren.«

Alain de Benoist: *Wir und die anderen*, S. 116.

»Das einzige allgemeine Merkmal der Verrücktheit ist der Verlust des Gemeinsinnes (sensus communis) und der dagegen eintretende logische Eigensinn (sensus privatus).«

Immanuel Kant: *Anthropologie in pragmatischer Hinsicht*, 1798.

Demgegenüber gilt es, keinen der beiden Identitätspole zu negieren, sondern sie als wechselseitige Beziehung zu fördern. Auf das Politische gemünzt heißt das: Wir sollten Identität als Grundvoraussetzung begreifen. Gibt es keine Erzählung, die den Rahmen des Eigenen bewahrt und fortschreibt, in dem der einzelne sich wiederfinden und eben: identifizieren kann, verliert ein Volk sukzessive seine Identität. Geschieht just dies, wird man zum Objekt anderer, die ihre eigene Geschichte, ihre eigene Erzählung oktroyieren, um das entstandene Vakuum zu füllen. Man wird fremdbestimmt, sich selbst entfremdet, entfremdet als Volk. Henning Eichberg verschmähte dieses Szenario als eigentlichen Sündenfall der Geschichte. Für ihn war die Identität eines Volkes und die selbst oder extern verursachte Entfremdung von ihr das eigentliche Ende selbstbestimmter, und das heißt: souveräner, Politik. »Das Volkliche ist ein Basisphänomen«, so der Mitbegründer der Neuen Rechten in Deutschland: »Letztlich sind es weder Ideen, die die Geschichte bestimmen, noch Interessen am Markt (...). Bestimmend sind die realen, alltäglichen Erfahrungen von Identität und Entfremdung.« Alles weitere leite sich davon ab: Ohne gesunde Identität keine intakte Staatlichkeit, Wirtschaft, Gesellschaft, und selbstverständlich auch keine Solidarität unter den entfremdeten Menschen mit postnationaler, postethnokultureller Identitätsstörung. Keine beständige Solidarität, so kann mit Eichberg geschlossen werden, ist denkbar, wo keine kräftigende Identität zugrunde liegt.

Was ist aber nun Solidarität, die ohne ihre Voraussetzung, einen annähernd intaktes Verhältnis objektiver und subjektiver Identität, nicht möglich ist? Solidarität kann als »Einbezogenheit in ein soziales Geschehen« (Heinz Bude) begriffen werden, für das man als Teil der Gemeinschaft, die den einzelnen umgibt, Verantwortung trägt. Dieses Konzept hat seine Wurzeln im Römischen Recht. *Obligatio in solidum* entsprach einer Form der Haftung, wonach jedes Mitglied einer Gemeinschaft für die bestehenden Schulden aufzukommen hatte. Umgekehrt galt daselbe Prinzip für die Gemeinschaft. Sie mußte für den einzelnen einstehen. Heute ist das Verständnis im eigentlichen Sinne nicht groß verändert: Man kann von einer wechselseitigen Verpflichtung ausgehen zwischen einer Person und einer Gemeinschaft. Für den Soziologen Émile Durkheim erweist sich Solidarität demnach als jener Zement, der eine Gesellschaft zusammenhält und zu einer Einheit macht.

Bereits hier kommt wieder die Identität zu tragen. Denn Menschen verstanden und verstehen sich meist nicht als isolierte einzelne, wie es individualistische Ideologien und sogenannte Anti-Kollektivistinnen vorgeben. Die meisten Menschen verstehen sich im Regelfall intuitiv als Teil von Gemeinschaften. Ganz in diesem Geiste definierte Nikolai Hartmann Solidarität als »Bindung«, als »ein Zusammenstehen, ein Einstehen und Mitverantwortlichkeit der Person für Personen«. Hier deutet sich bereits an: Der Solidarität sind zwangsläufig Grenzen gesetzt. Solidarität ist exklusiven Charakters. Kurt Bayertz hat dies auf den Punkt gebracht, als er definierte, daß »wir unter ›Solidarität‹ ein wechselseitiges Einstehen von Personen füreinander (verstehen), die durch *spezifische* Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind. Man ist ›solidarisch‹ mit Menschen, deren Geschichte, deren Überzeugungen oder Interessen man teilt – im Unterschied zu den Menschen, deren Geschichte, Überzeugungen oder Interessen man *nicht* teilt«. »Wir benutzen«, so der Münsteraner Philosoph weiter in unserem Sinne, »den Begriff der Solidarität daher in einem partikularen und exklusiven Sinne.« Denn es sei eine Tatsache, daß positive Hilfeleistungen, also Handlungen praktischer Solidarität, nicht immer, aber doch meistens durch partikulare, besondere Bindungen motiviert sind. Es gibt verschiedene Ebenen dieser speziellen Bindungen, und Bayertz hebt die nationale Ebene hervor. Solidarität wäre auf dieser Handlungsebene der »Inbegriff jener inneren Bindemittel der gemeinsamen Herkunft, der gemeinsamen Geschichte, der gemeinsamen Kultur, der gemeinsamen Lebensform, der gemeinsamen Ideale und Ziele«. All dies halte die Nation zusammen, all dies wird benötigt für realexistierende Solidarität.

Bayertz definiert dies freilich nicht im luftleeren Raum. Neben der realistischen Ethik und Anthropologie, die seinen diesbezüglichen Forschungen zugrunde liegen, führt er philosophische Instanzen aus dem 19. Jahrhundert an: Ernest Renan und Henri Bergson. Für Renan war



© Matthias Ripp, CC BY-SA 2.0

eine Nation die Solidargemeinschaft per se, die *grande solidarité*, »getragen von dem Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer, die man noch zu bringen gewillt ist«. Das Plädoyer für den Zusammenhang zwischen sozialer Kohäsion und Nation, zwischen solidarischem Streben und identitärem Selbstbehauptungswillen, mündet in der Formel von der Nation als täglichem Plebiszit. Wenn der Historiker Otto Vossler die an Renan erinnernde Gleichung aufmacht, daß eine Nation *sei*, was eine Nation sein *will*, dann ist es evident, daß die tägliche Volksabstimmung in der liberalen BRD und das in ihr faßbare Willensprinzip zuungunsten der Nation ausfällt – und damit Solidarität untergräbt, wo nicht zerstört (weshalb ironischerweise auch ein Daniel Cohn-Bendit Recht behält, der die liberale, multikulturelle Gesellschaft für »wenig solidarisch« erklärte).

Dem kommunitaristischen Vordenker Alisdair MacIntyre ist beizupflichten, wenn er von einer »Konversion« spricht, mit der der vielschichtige Liberalismus zu überwinden sei, weil seine Derivate, individualistische Ideologeme, die Bande der authentischen Gemeinschaften zerstören – und somit die Grundlage für Solidarität unter Gleichen entziehen. Bei Henri Bergson wiederum ist in diesem Kontext entscheidend, daß er davon ausgeht, daß Solidarität in den Menschen – in ihrer Natur und in den Instinkten – angelegt ist. Das heißt: Solidarität erscheint nicht als Ergebnis logischer Reflexion, sondern ist gesetzmäßig in uns allen angelegt: als Solidarität zu unseren Nächsten.

Solidarität trägt damit einen Doppelcharakter. Sie ist organisch *und* exklusiv; dadurch bedarf sie der Verortung in einer gegenständlichen Gemeinschaft und liegt zugleich in ihr begründet. Solidarität ohne Gemeinschaft hingegen bleibt Abstraktion, eine bloße Absichtserklärung, die abhängig von Stimmungen ist – keine Konstante, keine Realität des »biologischen Imperativs«, dessen »psychologische Mechanismen«, so der Gießener Naturwissenschaftler Eckart Voland, »Solidarität steuern«. Solidarität ist folglich ursächlich ein organischer Wir-Begriff – keineswegs aber eine linke Eingebung oder eine von der Realität losgetrennte politische Floskel. Es ist ein Terminus, der sich, mit dem US-Bioethiker Georges Khushf gesprochen, »auf ein kollektives Interesse bezieht, das unmittelbar verwirklicht werden« kann, wobei »individuelle Interessen mittelbar befriedigt werden«. Das Solidaritätsprinzip ist auf diese Weise genuin

illiberal. Denn es setzt eine »Umkehrung der Marktmechanismen« voraus. Bei diesen vorherrschenden Tendenzen der westlichen Gesellschaften wird das individuelle Interesse unmittelbar und das Gemeinwohl mittelbar befriedigt. Bei der Solidarität ist es andersherum der Fall.

Gemeinschaft als Prinzip ist *Voraussetzung*, Identitätsbewußtsein die *Grundlage*, Solidarität die *Folge*, wenn man sie aus der bestimmten Identität eines Kollektivs ableitet. »Die Verwendung von Solidarität als eines ethischen oder politischen Prinzips«, legt Khusfh entsprechend dar, »enthält implizit die Behauptung, daß die Menschen ihre Identität im Kontext der Gemeinschaft gewinnen«. Wer oder was jemand sei, »und welche Möglichkeiten und Fähigkeiten er hat, das schuldet er einer bestimmten Gemeinschaft«. Khusfh konkludiert: »Es besteht somit eine Verpflichtung zur *Reziprozität*, die nach einer ausdrücklichen Identifikation mit jener Gemeinschaft verlangt, von der das Individuum seine Identität erhielt.«

Doch heute wird diese Form organischer Wir-Solidarität – konkrete, reelle, praktische Solidarität gegenseitiger Hilfe des Nächsten – untergraben. David Engels hat darauf bezugnehmend in seiner Schrift *Was tun?* zusammengefaßt, daß der (links)liberale Hegemon, diese massive Kraft der Vereinzelung und der Umwertung aller Werte, die »traditionellen Garanten der Solidarität auflösen« möchte. Und er nennt »Familie, Religion, Völker, Staaten und Kulturen« als diese in den Fokus genommenen Garanten. Der Hegemon – ein Komplex aus Politik, Wirtschaft, Massenmedien und Zivilgesellschaft – profitiert von der Abtragung dieser Pfeiler, weil Widerstand gegen seine gesellschaftlichen und individualistischen Experimente ohne effektive Solidaritätsstrukturen beinahe unmöglich würde. Engels fragt daher mit Recht, wie viele echte »Abendländer« (so nennt er die verbliebenen Europäer mit solidarischem Widerstandswillen) überhaupt noch leben und aktiv sind, »für welche Solidarität nicht nur ein Wahlversprechen ist, sondern ein eingeborener Bestandteil ihrer Lebensweise, und für welche die Werte unserer Geschichte keine toten Formen, sondern lebende Wurzeln sind«.

In einem Punkt ist von Engels abzuweichen: Anders als er, der impliziert, man könne die westeuropäischen Staaten abschreiben, während demgegenüber in Polen, Ungarn und Co. weiter staatspolitisch gedacht werden soll, darf man die Idee des Staates zum jetzigen Zeitpunkt *noch* nicht opfern. Gewiß: Der Staat in seiner jetzigen Beschaffenheit bietet wenig Anlaß zur Zuneigung, und das liegt offensichtlich an heutigen Mißständen. Diese kommen zu den ohnehin bereits geballt auftretenden identitären Entfremdungsprozessen innerhalb der Gesellschaft hinzu: Damit sinkt auch die Bereitschaft, seinen solidarischen Beitrag für das Gemeinwesen zu leisten. Plötzlich werden die Institutionen per se abgelehnt, obwohl es falsche Entscheidungen bestimmter Politiker und Verantwortungsträger sind, welche die Mißstände hervorrufen und verschärfen. Die Solidarinstitutionen an sich funktionieren prinzipiell, sie sind in Deutschland tragfähig. Sie verdienen eine Neubesinnung auf ein solidarisch-patriotisches Staatspostulat, das die »landsmännische Parteilichkeit« (David Miller) einbezieht. Dieses Postulat enthält den Willen zur Differenzierung, ja es beinhaltet die Frage, wer zur Gemeinschaft zählt, also eine Identität teilt, aus der man Solidarität ableitet und wer damit in den Genuß der staatlich gewährten Solidarprinzipien zu kommen hat. Unstrittig ist für eine dezidiert (neu-)rechte Positionierung die grundsätzlich positive Wahrnehmung des Staates als Organisationsform eines Volkes. Als solcher ist der Staat vor allem für die Sicherheit – soziale wie innere – seiner Staatsangehörigen verantwortlich, und eben nicht nur für beispielshalber jene, die es sich leisten können. »Sicherheit«, so verhiess Carl Schmitt, »gibt es nur im Staat. Extra civitatem nulla securitas. Außerhalb seiner ist alles »Naturzustand«.« Naturzustand ist im 21. Jahrhundert unter den Bedingungen einer Massengesellschaft aber allenfalls für ökonomistische Sozialdarwinisten und andere Marktliberale attraktiv, die sich von den Risiken eines solchen Zustands qua eigener Möglichkeiten »freikaufen« können und aufgrund ihres optimistischen wie individualistischen Menschenbildes davon ausgehen, daß es die »richtigen« kleinen Teile eines Volkes bzw. einer Bevölkerung schon schaffen werden. Der Staat ist indes die Sache *aller*, er schafft souverän und konsequent den Frieden nach innen, vor allem aber garantiert er ihn durch gezielte Ent-

»Der Geist solidarischer Zusammenarbeit ist also auch hier abgelöst worden von einem grenzenlosen Wettbewerbsdenken, und das Pflichtgefühl verdrängt durch eine Einstellung, welche nur die Außenwirkung, nicht aber die Intensität oder Qualität der jeweiligen Anstrengung berücksichtigt.«

David Engels: *Was tun?*, S. 144f.

»Durch seine Autorität, sein Versprechen von Gerechtigkeit und seine Daseinsvorsorge gibt der Staat der Schicksalsgemeinschaft eines Volkes die Form, in der sich jedes Mitglied wiederfindet.«

Erik Lehnert: »Die Idee des Staates«.

scheidungen. An Schmitt geschult, definiert Erik Lehnert den Staat folgerichtig als »Gemeinschaft, die nach innen für Frieden unter ihren Mitgliedern sorgt (auch den sozialen Frieden) und nach außen diesen inneren Frieden verteidigt«.

Gewiß liegt diese Staatsidee derzeit in weiter Ferne: Der Staat erscheint heute denaturiert, wurde als Werkzeug neoliberaler Funktionsebenen einerseits seiner Bestimmung entfremdet und andererseits zur Beute antifaschistischer und multikulturalistischer Ideologen gemacht, die untereinander keine unüberbrückbaren Probleme haben, solange die gemeinsame Generallinie – das diffuse Ziel einer »offenen Gesellschaft« – standhält und sich jeder in seinen Metiers frei vertun kann. Diese Komplizenschaft gilt es zu kritisieren und samt ihrer elementaren Bedeutung für soziale und identitäre Fragen bewußtzumachen, aber der Staat an sich steht nicht zur Disposition. Denn insbesondere der handlungsautonome souveräne Staat, den wir – bei aller derzeitigen Machtlosigkeit – anstreben sollten, kann die Identität seines Staatsvolkes und Solidarität unter den Volksangehörigen sichern. Eben dies macht die Dialektik des Staates aus. Er muß die wesentlichen Identitätsmarker seiner Staatsbürger sichern, schützen, verteidigen, bewahren, pflegen, und gleichzeitig sein Volk auf Basis gemeinsam gefühlter und gelebter Identität dafür gewinnen, die »politische Ressource« (Kurt Bayertz) namens Solidarität sinnvoll und konstruktiv für seinesgleichen einzusetzen. Da aber jede Ressource naturgemäß beschränkt ist und nicht beliebig vermehrt werden kann, ergibt sich auch hier wiederum die Notwendigkeit, mit ihr so hauszuhalten, daß ihre Existenz organisch bleibt und Resultate zeitigt, die real greifbar sind, und nicht abstrakte, wohlfeile, moralpolitisch triumphierende Absichtserklärungen bleiben.

Heruntergebrochen kann zum Verhältnis von Identität, Solidarität und Staat resümiert werden: Identität ist zugleich Basis und Voraussetzung jeder organischen Solidarität. Anspruch auf diese Solidarität haben bestimmte Staatsbürger, die ein konkretes Wir verkörpern. Der Staat hat diese Abfolge zu garantieren und gegenüber internen wie externen Bedrohungen zu verteidigen. Denn die wirkenden und sich noch weiter verstärkenden Fliehkräfte der westlichen Moderne – wir denken u. a. an Multikulturalisierung, Individualisierung, Digitalisierung – prägen die fragmentierte Gesellschaft, das reale existierende Gegenbild einer organischen Ordnung. Mit dieser im falschen Sinne pluralisierten Gesellschaft ist langfristig weder ein identitäres Bewußtsein noch eine solidarische Gemeinschaft noch ein Staat zu haben bzw. zu machen.

Der Staat, so läßt sich diesbezüglich mit Peter Hacks eingestehen, ist kein Selbstzweck, kein anzuheimelnder Fetisch, und der Staat, auch unser idealisierter Staat, macht zweifellos Fehler. Doch das, ironisiert Hacks, sei der Vorzug des Staates gegenüber der modernen Gesellschaft: »Die Gesellschaft macht keine Fehler, sie ist der Fehler.« Dieser Befund ist speziell in unserem Metier von Bedeutung: Wir erleben, daß die hegemonialen Kräfte der Gesellschaft Identität und Solidarität universalisieren, loslösen von konkreten Identitätsmarkern und reellen Handlungs- und Ordnungsräumen. Indem die liberale Gesellschaft allen Menschen, die hier leben, gleichberechtigte Ansprüche zuweist – das »Volk« sei jeder, der in dieser Gesellschaft lebe, so Angela Merkel in der Rede zu ihrer erneuten Kanzlerkandidatur im Februar 2017 – und nicht in ein Wir und die Anderen scheidet, unterminiert sie das Grundprinzip eines jeden Staates, nämlich die Trennung in Staatsbürger und Nichtstaatsbürger. Philip Manow hat auf diese dem Vergessen anheimfallende Banalität hingewiesen, indem er betont, daß ein jeder Staatsbürger letztlich nur als »Bürger eines spezifischen Staates« denkbar ist. »An dieser Beziehung«, so fährt der Bremer Politikwissenschaftler fort, »ist nichts universal, sondern alles besonders«.

Dieses partikularistisch-identitäre Verständnis von Staat und Staatsbürgerschaft muß wiedererlangt werden. Dessen Leitlinien sind evident: Identität ist die Voraussetzung für Solidarität; Solidarität unter Gleichen ist der Garant einer stabilen Ordnung; die stabile Ordnung kann nur gesichert werden durch einen handlungsfähigen, organische Prinzipien bewahrenden (nicht: beseitigenden) Staat.

Die Weltanschauung aber, die diese Maximen zu ihrem Wesenskern macht, ist der Solidarische Patriotismus. ■

»Der Staat, so wurde und wird immer wieder entgegnet, solle doch besser nicht jede Einzelheit regeln. Aber was der Staat nicht regelt, regeln andere. Der Irrtum der Staatsängstlichen besteht in der Annahme, daß, wo der Staat nicht ist, Freiheit sein müsse. In Wirklichkeit sind dort die Böcke, die dort die Gärtner sind.«

Peter Hacks: *Ascher gegen Jahn*, S. 321–448, hier 338.

#### Literaturhinweise:

Kurt Bayertz: »Begriff und Problem der Solidarität«, in: ders. (Hrsg.): *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt/Main 2019, S. 11–53;

Alain de Benoist: *Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2003;

Alain de Benoist: *Wir und die anderen*, Berlin 2008;

Heinz Bude: *Solidarität. Die Zukunft einer großen Idee*, München 2019;

Henning Eichberg: *Die Geschichte macht Sprünge. Fragen und Fragmente*, Koblenz 1996;

David Engels: *Was tun? Leben mit dem Niedergang Europas*, Bad Schmiedeburg 2020;

Peter Hacks: »Ascher gegen Jahn. Ein Freiheitskrieg«, in: ders.: *Werke*, Bd. 14, Berlin 2003, S. 321–448;

Georges Khushf: »Solidarität als moralischer und politischer Begriff«, in: Bayertz (Hrsg.): *Solidarität*, S. 111–145;

Erik Lehnert: »Die Idee des Staates«, unter: [sezession.de](http://sezession.de) vom 28. April 2015;

Philip Manow: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay*, Berlin 2020;

David Miller: *Fremde in unserer Mitte. Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin 2017;

Carl Schmitt: *Der Leviathan* (1938), Stuttgart 2012;

Eckart Voland: »Die Natur der Solidarität«, in: Bayertz (Hrsg.): *Solidarität*, S. 297–318.

# Ioan Culianu, Jacques Ellul und die moderne Propaganda

von Till Kinzel

Wenn wir verstehen wollen, womit wir es bei dem um uns herum zu beobachtenden Moralisierungssog, der fast wie eine Naturgewalt wirkt, zu tun haben, müssen wir das Verhältnis des modernen Staates und der in ihm wirkenden Mediensysteme zur Propaganda in den Blick nehmen. Denn die Wirksamkeit dieser Propaganda sollte man nicht geringschätzen, selbst wenn es gute Gründe für die Annahme geben mag, daß es dieser Propaganda, vor allem der Moralisierungspropaganda, nicht gelingt, jeden von den jeweils propagierten »Werten« zu überzeugen. Das dürfte auch keineswegs der Zweck der Übung sein. Denn für die Zwecke des (hyper)moralisierenden Staates, der sich nicht mehr an die mit seinem Begriff idealerweise verbundenen Gebote der Neutralität und der Sachlichkeit hält und wohl auch nicht halten will, reicht es völlig aus, mittels einer teils an Außenstellen delegierten Propaganda das Spiel der Verunsicherung seiner Bürger zu betreiben und somit Kritik zu neutralisieren.

Wenn es keine klaren Kriterien mehr dafür gibt, was eine Pandemie ist; was im »Kampf gegen rechts« eigentlich bekämpft werden soll; was ein tatsächlicher Flüchtling und was ein Wirtschaftsmigrant ist; was Umwelt- und Naturschutz im Unterschied zu »Klimaschutz« ist; was überhaupt die Maßstäbe geistiger Bildung sind; was als Kunst und Kultur zu gelten hat; wie die Grundrechte auszulegen sind (sie gelten ja in Corona-Zeiten laut Bundesverfassungsrichter Harbarth weiterhin, nur eben anders); wie sich freie Meinungsäußerungen von »Haß und Hetze« unterscheiden – wenn alles dies verunklart ist, feiert die Willkür Urstände und die Kosten für die Beteiligung der Bürger an ihrem Gemeinwesen werden in die Höhe getrieben.

Die Prämie auf Demagogie und Denunziation, die vom Staat und seinen vorgelagerten »zivilgesellschaftlichen« Organisationen gezahlt wird, schreckt ab, weil die Bedrohung durch Dämonisierung und Verteufelung sich mit rasender Geschwindigkeit aktualisieren kann: Potentiell liegt das Arsenal der Propaganda griffbereit da, das sich dem modernen Magier-Staat verdankt, wie ihn der rumänische Kulturhistoriker Ioan Petru Culianu genannt hat. Culianu betont im Anschluß an Giordano Bruno und im Kontrast zu Machiavelli die Rolle der *psychologischen* Manipulation: Der Magier sei der Schlüssel zum Verständnis der postmodernen Gegenwart, denn er sei der »Prototyp der unpersönlichen Massenmedien, der indirekten Zensur, der globalen Manipulation und der Brain Trusts, die ihren geheimen Einfluß auf die Massen des Abendlandes ausüben.« Der Manipulator-Magier benötige für seine Herrschaft detaillierte Kenntnisse über das Subjekt und seine Wünsche, um dieses zu »fesseln«. Die Fesseln, die für die Massen gebraucht werden, sind allgemeiner Art; bei einem einzelnen muß erst genauer analysiert werden, wie man an ihn speziell herankommt. Der einzelne ist jedoch nicht schon deswegen vor Manipulation sicher, weil er sich absondert. Er ist allein auf sich gestellt

ebenso gefährdet, weil er der Abstützung durch private Institutionen bedarf (Familie, Freundeskreise, Vereine) – um dem Manipulationsstreben zu entgehen.

Culianu zufolge ist die Magie in unserer Gesellschaft trotz aller Aufklärung keineswegs verschwunden: »Der Magier beschäftigt sich heute vielmehr mit Public Relations, Propaganda, Marktforschung, Meinungsumfragen, Werbung, Information, Gegeninformation, Desinformation, Zensur, Techniken der Spionage und sogar der Kryptographie, einer Wissenschaft, die im 16. Jahrhundert einer der Zweige der Magie gewesen ist«. Heute sei die moderne Technologie gleichsam eine demokratische Magie, die jedem ermöglicht, was dereinst nur dem Magier zugeschrieben wurde. Der Staat, so Culianu, habe die Funktion eines »integralen Magiers« übernommen, der mittels eines ideologischen Instrumentariums daran arbeite, »eine gleichförmige Gesellschaft zu schaffen«. Zwar sei der Magier-Staat dem entgegengesetzten Extrem, dem Polizeistaat, bei weitem vorzuziehen. Aber ein »geschmeidiger« Staat könne höchst filigrane Methoden der Massenlenkung institutionalisieren – man denke an den Mainstream-Journalismus und seine »Recherche-Netzwerke«. Argumentative Kritik muß nahezu folgenlos bleiben, solange die Bannkräfte des Magierstaates ihre Wirkung behalten.

Die Institutionalisierung von Manipulation und Propaganda als Form moderner Magie läßt sich noch besser begreifen, wenn wir auf die scharfsinnigen Analysen des französischen Gesellschaftsanalytikers Jacques Ellul (1912–1994) zurückgreifen. Sein grundlegendes Buch über Propaganda ist bezeichnenderweise nicht einmal ins Deutsche übersetzt worden, gehört aber zu den wichtigsten Studien, die überhaupt zu diesem Problemkreis vorgelegt wurden. Der französische Rechtswissenschaftler, Philosoph und Theologe wurde durch seine Analyse der technologischen Gesellschaft bekannt, als deren Teil auch die Propaganda verstanden werden muß. Der kanadische Philosoph George Grant (1918–1988), als »roter Tory« und Modernitätskritiker im Geiste von Heidegger, Leo Strauss und Simone Weil ein Geheimtip des konservativen Denkens, hat nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die beiden Bücher Elluls *The Technological Society* (1954) und *Propaganda* (1962) die wichtigsten aller Pflichtlektüren für all jene seien, die verstehen möchten, was in den »fortgeschrittenen« Gesellschaften unserer Zeit geschehe. Grants Urteil über das erste dieser Bücher gilt auch für das zweite: Wer das Buch nicht gelesen habe, entscheide sich, in bezug auf die Gesellschaft kurzsichtig zu bleiben, obwohl man ihm kostenlos die richtige Brille angeboten habe.

*Propaganda* verdient eine sorgfältige Lektüre, weil es durch seinen analytischen Zugriff geeignet ist, verschiedene Mißverständnisse und Irrtümer zu korrigieren, die in bezug auf Propaganda bestehen. Auch das heutige Mediensystem mit seinen quasi-staatlichen Kanälen wird dadurch begreifbarer. Und wenn man Elluls Diagnose einer allumfassenden Propaganda das Gewicht beimißt, das man ihr meines Erachtens beimessen muß, wird man zu ernüchternden Ergebnissen kommen – was aber ganz im Sinne einer realistischen Lageanalyse ist.

Elluls Buch trägt im französischen Original den Titel *Propagandes*, betont also schon durch diese Formulierung, daß es nicht *eine* Propaganda gibt, sondern eine Vielzahl von Propagandaarten. Durch die Lektüre Elluls wird man von der Illusion kuriert, mehr oder bessere Bildung würde *prima facie* etwas helfen, denn diese ist gerade – das ist die zentrale These – die Voraussetzung dafür, daß die moderne Propaganda so erfolgreich ist. Bildung ist daher in einer modernen Massengesellschaft, vor allem einer Massendemokratie im Sinne von Panajotis Kondylis, keine Vorbeugung gegen Propaganda, wie manche weismachen wollen oder auch glauben, sondern sozusagen selbst schon Prä-Propaganda, wie Ellul sagt: Der Geist wird mit großen Mengen inkohärenter Information beschossen, die als »Fakten« oder »Bildung« (man denke hier vor allem auch an den gesamten Komplex der »politischen Bildung«) ausgegeben werden. Und daher sind nach Ellul ausgerechnet die Intellektuellen diejenigen, die für Propaganda am anfälligsten sind. Denn sie nähmen die größte Menge an Informationen aus zweiter Hand auf, die sich nicht verifizieren ließen, und sie hätten den Drang, zu allem und jedem eine Meinung zu haben und schließlich dächten sie auch von sich selbst, sie seien in der Lage, alles selbst zu beurteilen. Daher aber *brauchen* sie die Propaganda.

Neben einem hohen Lebensstandard müssen also nach Ellul die Menschen ein Mindestmaß an Bildung besitzen, wenn sie erfolgreich propagandistisch bearbeitet werden sollen. Propaganda könne dort nicht erfolgreich sein, wo es keine Spur westlicher Kultur gebe. Denn ein Mensch, der nicht lesen könne, entgehe den meisten Formen von Propaganda, was auch für denjenigen zutrefte, der nicht lesen wolle. Ellul setzt daher hinter der gewöhnlichen Auffassung ein Fragezeichen, wonach Lesenlernen ein Zeichen menschlichen Fortschritts sei, denn das Wichtige sei nicht die Fähigkeit zu lesen an sich, sondern das, was man lese, zu verstehen, darüber nachzudenken und es zu beurteilen. Wenn diese Fähigkeiten nicht vorhanden seien, habe das Lesen keine Bedeutung und zerstöre sogar die Fähigkeit zur Erinnerung und zur Beobachtung.

Ellul stellt ernüchternde Betrachtungen darüber an, weshalb die Leute nicht in einen Zustand jenseits der Propaganda gelangten. Er weist die Auffassung als illusionär zurück, man müsse den Leuten nur »gute Sachen zu lesen« geben oder man müsse ihnen eine bessere Bildung verschaffen. Das alles hält Ellul für unrealistisch, denn bevor man die zweite Stufe der Bildung erreiche, sei man bereits auf der ersten Stufe der Propaganda ausgesetzt gewesen, und so finde man sich in einer Welt der Propaganda wieder, in die man eingepaßt wurde. Man könne eine höhere Bildungsstufe erreichen, ohne aufzuhören, ein Opfer der Propaganda zu sein, wenn man schon vor der Entwicklung des kritischen Denkens einer entsprechenden Propaganda ausgesetzt war. Ellul konstatiert daher nüchtern: »Das offenkundigste Ergebnis der Grundschulerausbildung im 19. und 20. Jahrhundert war es, den einzelnen für die Superpropaganda empfänglich zu machen.«



*Jacques Ellul in seinem Haus in Pessac, Frankreich.*

Zwar bezieht sich auch Ellul immer wieder auf die prototypischen Beispiele für Propaganda aus dem Bereich des Totalitarismus (Lenin, Stalin, Mao, Hitler/Goebbels), aber die abendländische Demokratie selbst ist der Ursprungsort der modernen Propaganda, und sie macht von denselben Techniken Gebrauch, jedoch mit einer nicht zu unterschätzenden Subtilität. Wenn Propaganda nicht mehr so genannt wird, sondern »Faktencheck« oder »seriöse Medien«, oder wenn die finanziellen Kontributionen, die den Objekten der Propaganda abgepreßt werden, als »Demokratieabgabe« verbrämt werden, dann ändert sie ihren grundlegenden Charakter zwar nicht, aber sie wird durch die bloße Übermacht des Framings unangreifbarer, weil die kritische Außerkraftsetzung der offiziellen Terminologie eine doppelte Anstrengung erfordert: die logische wie moralische Destruktion der Geltungsmacht dieser Begriffe und zugleich die Etablierung neuer Begriffe, mit denen die Begriffsinhalte vor der Vereinnahmung durch die »politischen Wahrheitssysteme« bewahrt werden können.

Propaganda wird nach Ellul erkennbar als eine Form der Massenlenkung, die auf Dauer gestellt ist. Zwar mag es immer wieder mal Kampagnen geben, aber diese sind leicht als Propaganda erkennbar und daher der allseitigen Entwicklung der Propaganda unterlegen, die sich über das ganze Mediensystem verteilt und dabei gleichsam osmotisch die »nötigen« Veränderungen auch in den Begriffen und Wörtern vornimmt, um

sozusagen den steten Stein zu höhlen. Dabei ist auch keine zentrale Organisation mehr nötig, wie sie noch in den kommunistischen und nationalsozialistischen Diktaturen vorhanden war. Die Steuerung des Sprachgebrauchs funktioniert heute rein osmotisch – und sie ist auch deswegen so effizient, weil sie klare Begriffsbestimmungen scheut wie der Teufel das Weihwasser. Nur dadurch gelingt es, bei jedem denkbaren Anlaß wieder gegen »rechts« zu agitieren, als gäbe es irgendeine Objektkonstanz, die damit verbunden ist. Ebenso typisch ist das absichtsvolle Changieren von Begriffen, etwa wenn – als *pars pro toto* – im DLF die Nachrichten erst von Migranten, dann von Flüchtlingen und dann wieder von Migranten reden. Absichtsvoll ist dies, weil dadurch genaue Begriffsbestimmungen verwischt werden.



Gerade solch ein unscheinbar wirkendes Beispiel ist hoch signifikant. Denn die Propaganda muß nach Ellul »Quasi-Einmütigkeit erzeugen, und die oppositionelle Gruppierung muß vernachlässigbar werden, oder jedenfalls aufhören, eine hörbare Stimme zu sein.« Indem nun solche Begriffsverwirrungen auf täglicher und stündlicher Basis immer wieder auf neue in die Welt gesetzt werden, wird es denjenigen, die dagegen andeuten wollen, immer schwerer gemacht: »Propaganda fährt ohne Unterlaß mit ihren Attacken fort, der Widerstand des einzelnen ist fragmentarisch und sporadisch.« Propaganda zielt auch nicht in erster Linie auf Gesinnung, sondern auf Handlung im Sinne von Partizipation. Diese aber muß keineswegs »aktiv« sein; sie kann auch »passiv« sein und doch eine Handlung darstellen, indem eine Aktion psychologisch unterstützt wird, etwa die Überführung weiterer Migranten nach Deutschland. Während traditionell Propaganda auf *Orthodoxie* zielte (auch religiös), ziele die wahre moderne Propaganda auf *Orthopraxie*, also ein Handeln im Sinne der Propagandisten.

Die Stärke der Propaganda, so Ellul, enthülle einen der gefährlichsten Mängel der Demokratie. Man solle sich keine Illusionen über die Ko-Existenz von wahrer Demokratie und Propaganda machen: »Nichts ist in gefährvollen Zeiten schlimmer als in einer Traumwelt zu leben. Ein politisches System vor der Gefahr, die es bedroht, zu warnen, bedeutet keinen Angriff auf es, sondern ist der größte Dienst, den man ihm erweisen kann.« Die Meinung, »daß die Presse in der Demokratie einen breiten Fächer verschiedener Richtungen bietet, also nicht nur eine Strömung vertritt«, kommentiert Ellul in *Verrat am Abendland* entsprechend lapidar: »Das trifft für verhältnismäßig unbedeutende Angelegenheiten zu.«

Der Staat ist zur Beute von Moralisierungsbereitschaften geworden, die auch gegen die Bürger und auf Kosten des Gemeinwohls ihre Prämie auf ihre angeblich höhere Moral einstreichen wollen. Der von ihnen erzeugte Sog der Moralisierung ist ein Indikator für die mangelnde Ambiguitätstoleranz derjenigen, die ihre Narrative der »Buntheit«, »Weltoffenheit«, »Demokratie« etc. für alternativlos halten und propagandistisch allgegenwärtig machen: Wer moralisiert, hält es schlicht nicht aus, daß der Andere legitimerweise auch andere Wertpräferenzen hat und für diese selbstverständlich Freiheit einfordert.

Gegen den wirkungsmächtigen Moralisierungsdrang unserer Zeit, der auf allen Ebenen das mehr denn je nötige Prinzip der Sachlichkeit und der Versachlichung verdrängt, gibt es für den einzelnen Wege der Selbsterhaltung und Selbstbehauptung, die aus der reichhaltigen Tradition der europäischen Moralistik entnommen werden können. Das ist zwar politisch nicht ausreichend, aber ohne die Wiederaneignung dieser Tradition von Gracián über Schopenhauer bis Gómez Dávila wird sich die Bewahrung von Substanz nicht gegen das aktuell zu konstatierende Crescendo der Moralisierungspropaganda durchhalten lassen. ■

#### Literaturhinweise:

Ioan Petru Culianu: *Eros und Magie in der Renaissance*, Frankfurt a. M. 2001;

Jacques Ellul: *The Technological Society*, New York 1964;

Ders.: *Propaganda. The Formation of Men's Attitudes*, New York 1973;

Ders.: *Von der Revolution zur Revolte*, Hamburg 1974;

Ders.: *Verrat am Abendland. Geist und Ungeist im Widerstreif*, Stuttgart 1978;

George Grant: *Collected Works. Volume 3: 1960–1969*. Toronto 2005;

Helena M. Jerónimo, José Luís García, Carl Mitcham (Hrsg.): *Jacques Ellul and the Technological Society in the 21st Century*, Dordrecht 2013;

Panajotis Kondylis: *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, Berlin 1991;

Willem H. Vanderburg (Hrsg.): *Perspectives on Our Age. Jacques Ellul Speaks on His Life and Work*, Toronto 2004.

# Gefühlsordnungen: Wenn es sich nicht gut anfühlt

von Ellen Kositzka

Wenn sich etwas nicht gut anfühlt, besteht heute Grund zur Klage. Motto: Man wird sich ja noch wohlfühlen wollen dürfen! An dieser Haltung ist mancherlei neu.

Erstens der fokussierte Blick auf die *ganz persönliche* Gefühlslage. Ihn gab es die längste Zeit der Menschheitsgeschichte nicht. Lassen wir dabei die elitäre Gestimmtheit der »Empfindsamkeit« (frühes 18. Jahrhundert) und der gesamten späteren Romantik beiseite. Nichts daran war ernsthaft im Volkstum verwurzelt. Ja, es gab – sogar überbordende – kollektive, politisch befeuerte Gefühlslagen. Der leidenschaftliche Nationalismus oder die Arbeiterkämpfe wären prominente Beispiele. Dabei ging es aber nie um das ganz individuelle Behagen. Heute ist das »persönliche Gefühl« hingegen Grundschullehrstoff: Angeleitet wird der Blick ins eigene, bisher meist kindlich-phantastisch verdunkelte Innere. Es geht um die Entdeckung des subjektiven Empfindens und das Wissen um die Geltung desselben. Aufgabe (meist in »Sachkunde«, oft in ein »Projekt« ausgelagert): »Du sollst der Tante lieb die Hand geben. Du magst die Tante überhaupt nicht. Wie geht es Dir damit? Was tust Du? Was könntest Du tun?« Der Appell an die »eigenen Gefühle« und folglich die Ableitung eines Verhaltensmaßstabs daraus wird zeitig laut. Und es *ist* ein Appell, eine scharfgestellte Alarmglocke, ein überwachtes, nahezu allergisches Immunsystem.

Zweitens: Das speziell moderne *Making of* von Gefühlen. Es wird heute paradigmatisch anders inszeniert als zuvor. Gefühle werden und wurden gemacht. Wir kennen viel- und zugleich einfältige Gefühlsnormen. Es gibt gewissermaßen (kulturell unterschiedliche) Gefühlspflichten. Wir wissen meist von Kindesbeinen an, was uns *eigentlich* aufregen, freuen oder ärgern oder zum Trauern bringen sollte. Es wird uns eingetrichtert und unter die Haut geschoben. Der Prozeß heißt: Sozialisation. Gefühle waren selten archaisch determiniert. Wie wir fühlen, ist größtenteils sozial erlernt und kulturell tradiert. Diese Feststellung und diese Praxis sind also nicht neu. Neu sind allerdings die Steuerungsinstanzen (nämlich, geschichtlich gesehen, brandneu: eine innerweltliche Instanz, nicht mehr Gott und seine Gebote), und zweitens die Multimedialität der Gefühlserzeugung. Denken wir bloß an die emotionale Potenz von Filmmusik, an die Wirksamkeit von Werbung (*feel the taste, feel the beat, feel the message* etc.), an Emotionskaskaden, die sich über soziale Netzwerke verbreiten – etwa an Gefühlsmitreißer wie anno 2014 die »Ice Bucket Challenge«. Erinnern wir uns noch? Wer sich einen Kübel Eiswasser über den Kopf stülpte und drei Mitmacher animierte, dasselbe zu tun, kam mit einer (freiwilligen) Spende von zehn Dollar an eine Stiftung zur Erforschung der Nervenkrankheit »Amyotrophe Lateralsklerose« davon. Wer sich nicht traute, sollte 100 Dollar spenden. Aus lauter Rührungsenthusiasmus kamen binnen weniger Wochen Dutzende

»Noch einen Augenblick! Sie sagten noch nichts von dem Meisterstücke dieser Schwarzkünstler, welche Weiss, Milch und Unschuld aus jedem Schwarz herstellen: – haben Sie nicht bemerkt, was ihre Vollendung im Raffinement ist, ihr kühnster, geistreichster, lügenreichster Artisten-Griff? Diese Kellerthiere voller Rache und Hass! (...) Schlechte Luft! Schlechte Luft! Diese Werkstätte, wo man Ideale fabriziert – mich dünkt, sie stinkt vor lauter Lügen.«

Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*, Erste Abhandlung § 14, 1887.

Millionen zusammen. Geschickt eingefädelt ist es einfach, Tränendrüsen oder Portemonnaies zu öffnen.

Drittens: Neben der Gefühlserweckung (durch Appell und Suggestion von Kindesbeinen an) und der Gefühlsbewirtschaftung (vor allem durch Massenmedien) verfügen wir nun über ganz phantastische Gefühlsstabilisatoren. Das sind betonierte Anker für den Gefühlsstrom des Alltags. Spätestens seit den 1980er Jahren (Stichwort: »Männergruppen«) sprechen wir vom *Emotional Turn*. Wer je mit dem Modethema »Gewaltfreie Kommunikation« (GfK) konfrontiert war, weiß, wovon die Rede ist. Kanalisierte Gefühle (oft sogar anti-instinktiv) sind längst ein wesentlicher politischer Faktor. Es gibt felsenfeste Gefühlsnormen. Wer abweicht, ist verdächtig.

Diese drei Thesen zur modernen Gefühlsideologie sind in ihrem Zusammenklängen paradigmatisch für unsere Gegenwart. Entscheidend ist die übergeordnete Stellung des Individuums. Gefühlspolitik wurde hingegen seit langem betrieben. Bereits Gustave le Bon hatte in seiner *Psychologie der Massen* (1895) das »Weibische«, Hysterisierbare an kollektiven Aufständen markiert. Auch Hitler stellte in *Mein Kampf* (1925) fest, daß die Masse der Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit so feminin veranlagt und eingestellt« sei, »daß weniger nüchterne Überlegung als vielmehr gefühlsmäßige Empfindung sein Denken und Handeln bestimmt.«

Die Soziologen Max Weber und Norbert Elias gingen hingegen vor etwa hundert Jahren mit guten Gründen noch davon aus, daß die Menschen im Zuge der Modernisierung ihre bis dato ungeordnet hausierenden Gefühle kontrollieren und ihr Handeln der Rationalität unterwerfen müßten und würden – ein preußisches (und womöglich fragwürdiges) Relikt, das nicht lange vorhielt. Oder?

Gehorchen wir heute (und fraglos gehorchen wir!) der Ratio oder dem Gefühl? Das ist eine komplexe Frage: Zählt heute wirklich das neuromodische, egoman wirkende, tatsächlich aber kollektiv manipulierte »Bauchgefühl«? Gemäß zahlreichen Gefühlsexperten gilt doch heute, im »Neoliberalismus«, allein das Zählbare, die möglichst exakte Zumessung, die umfassende Polung auf das erfolgreiche Funktionieren.

Was nun, Bauch oder Zahl? Tatsächlich dürften wir es in der heutigen Zurichtung mit einer perfiden Kopf-Bauch-Mischung zu tun haben. Nolens volens sehen wir uns mit klammheimlichen, doch rigiden Gefühlsanordnungen konfrontiert. Wir müssen gar nicht mehr selbst fühlen: Ein numinoses »Es« »fühlt sich« heutzutage an. Das klingt so allgemeingültig wie ungefähr. So soll es auch sein. Unsere Gefühlsspäne sind dressiert genug, sich artig auszurichten. Ein nahezu diktatorischer Affekt: Fühlt mal! Fühlt mal richtig rein! Fühlt mal tiefer! Kanalisierte Gefühle sind längst ein wesentlicher politischer Faktor. Emotionsbewußtsein ist heute ein Querschnittsphänomen. Wir sind geradezu süchtig nach großen, überwältigenden Gefühlen; und zwar nach kollektiven Ausbrüchen ebenso wie nach individuellen. Die Zeitalter der Disziplin und Selbstbeherrschung sind längst vorbei. »Let it flow!«, laß es raus – nur führte gerade diese Devise eben nicht zu geistiger Gesundheit. Gängige (das heißt: seit wenigen Jahrzehnten enorm verstärkt auftretende) Phänomene wie Depressionen, Angststörungen, Manien oder posttraumatische Belastungsstörungen sind ernste Krankheiten. Und sie sind Modeerscheinungen. Was heute massenhaft unter diesen medizinischen Klassifikationskriterien abgelegt wird, zeigt an, daß es um den Gefühlshaushalt unserer Gesellschaft schlecht bestellt ist.

Wer gewieft genug ist (wo es aus welchen Gründen auch immer darum geht, den Opferstatus hochzuschrauben), weiß unbewußt, welche Gefühlslagen heute als besonders betäuschenswert gelten. Das persönliche Psychodrama (also: zu einer Opfergruppe zu gehören, traumatisiert oder aus je aktuell ermittelten Fiesheitsgründen zukurzgekommen zu sein) ist mittlerweile ein Statusanzeiger und direkt geldwert. Das Rationalitäts-, das Nachvollziehbarkeitsgebot hat sich verflüssigt. Rational ist, was Du als rational empfindest, nachvollziehbar ist es, weil Du es spürst, und Punkt. Gefühlsmoden lassen sich komponieren, lenken, instrumentalisieren. Als Deutsche kennen wir das geschichtlich bedingt bekanntermaßen besonders gut. Unsereins hat das eloquente Switchen zwischen Gefühlszuständen perfektioniert.

»Das, was durch die Strafe im Grossen erreicht werden kann, bei Mensch und Thier, ist die Vermehrung der Furcht, die Verschärfung der Klugheit, die Bemeisterung der Begierden: damit zähmt die Strafe den Menschen, aber sie macht ihn nicht »besser« – man dürfte mit mehr Recht noch das Gegenteil behaupten. (»Schaden macht klug«, sagt das Volk: so weit er klug macht, macht er auch schlecht. Glücklicherweise macht er oft gerade dumm.)«

Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*, zweite Abhandlung, § 15.

Um das an einem prägnanten Beispiel zu illustrieren: Meine Freundin Lydia, vom Mann vor Jahren mit zwei Kindern sitzengelassen, besuchte neulich eine halbstaatliche Sozialberatung (es ging um kindlichen Förderbedarf). Amtsfrau: »Sie sind also alleinerziehend?« Lydia: »Naja, ich bin nun seit zwei Jahren wieder in einer festen Beziehung, und natürlich kümmert er sich auch ...« – »Das ist egal. Es kommt allein auf Ihre Definition an. Es steht uns nicht an, die zu überprüfen. Die Frage ist bloß: Fühlen Sie sich alleinerziehend?«

»Man hat die Deutschen entweder an der Gurgel oder zu Füßen.«

Winston Churchill.

In den Leitmedien nun geht seit langem die Rede und Klage vom »postfaktischen Zeitalter«. Es heißt dort, daß »gefühlte Wahrheiten« die Oberhand gewonnen hätten. Wutbürger und – intellektueller betrachtet – Typen auf der Suche nach einer verlorengegangenen »Thymosspannung« (Peter Sloterdijk/ Marc Jongen) trieben heute ihr Unwesen und damit die Politik vor sich her. Diesen Leuten ginge es schimpflicher Weise darum, »mit Gefühlen Politik« zu machen, wo doch »Fakten« zählten.

Das wäre nun die Frage: Leiden wir »Rechten« an einem Zuviel an Gefühl (im Slang sozialer Netzwerke: das weinerliche »mimimi« oder, andererseits, das Superpathos) oder, im Gegenteil, an zu wenig? Das heißt: Ist unsere Hornhaut einfach zu wenig trainiert? Sind wir zu empfindlich? Oder: Sind wir (Rechten) unseren Instinkten entfremdet? Braucht es rechtes »Achtsamkeitstraining«? Ich neige zu letzterem. Die Rechte hat ein Plus im Denken und ein Minus im Fühlen. Das eine wurde an-, das andere abtrainiert.

Wir leben jedenfalls in einer therapeutisch begleiteten Gesellschaft. Es gibt eine Norm des Sichgutfühlers, die zum psychohygienischen Standard geworden ist. »Schlechte Gefühle« werden nicht nur privat behandelt (etwa im Rahmen einer Psychotherapie), sondern auch gesellschaftlich, also öffentlich verhandelt und instrumentalisiert. Die Therapie der Wahl ist allemal linkslastig – so sind die Zeiten. Es gibt kaum rechte Seelenpflege. Wäre dergleichen überhaupt denkbar? In Zeiten, wo selbst milde »Konversionstherapien« (Versuche, bei Homosexuellen per Redekur heterosexuelle Potentiale zu entwickeln) vor den Kadi kommen und hingegen sogar medikamentisierte Geschlechtswechsel gesamtgesellschaftlich befördert werden: gewiß nein.

Der »spirituelle Beistand«, der sich etwa während der jüngsten »Anti-Corona-Demonstrationen« per Mantra-Meditation und dergleichen zeigte, erweist, daß es ein immenses therapeutisches, seelenwiegendes Bedürfnis gibt. Der therapeutische Nutzen kommt allerdings nur – das ist wichtig – jenen zugute, die sich zu artikulieren wissen oder die über entsprechende Mittelsleute/Lautsprecher verfügen. Was wissen wir als Nutzer der Leitmedien beispielsweise über die Gefühlslage von Scheidungskindern? Über den emotionalen Haushalt von Frauen, die nach einer Abtreibung leiden? Über die seelische Gesundheit von Kindern, die fertiggemacht werden, weil sich ihre Eltern in der AfD engagieren? Rein gar nichts. Hingegen wissen wir eigentlich alles über die psychische Gestimmtheit von Migranten der dritten Generation oder über Menschen, die sich aufgrund ihres Transgendertums diskriminiert sehen. Es gibt eine Hierarchie der Gefühle. Der Rechte hat hier definitiv den Schwarzen Peter gezogen. Sich fremd im eigenen Land zu fühlen zählt nicht zu den abrechenbaren Ängsten. Das fällt raus.

Der vorherrschende Affekt in unserer Gesellschaft scheint heute zu sein, sich beleidigt bzw. gekränkt zu fühlen – und, möglichst öffentlich, auf Satisfaktion zu schießen. In alten Zeiten gab es etwa folgende Möglichkeiten, sein Gegenüber zu beleidigen: Verbal (als »Armluchter«, »Vollidiot« uvm.), mittels diverser Gesten oder durch üble Nachrede. Zahlreiche solcher Schmähungen finden sich in den »sozialen Netzwerken«, Anonymität und Virtualität fördern die Enthemmung. Das Strafbuch ahndet sie. Meistens jedenfalls. »Faschist« wird man sachbegrundungslos stets sagen dürfen.

Die heute modischen Kränkungsgründe sind hingegen oft nicht klar, wenigstens nicht durchs Strafbuch erfaßt. Es braucht einen gewissen Erklärungsaufwand, um Menschen (außerhalb der verletzungsauffälligen Blase) das jeweilige Kränkungsgefühl zu erläutern. Die gängigen üblen Gefühlszustände sollten möglichst komplex, auch kompliziert sein und am besten eine »Geschichte« (meist: die langen Unterdrückungsjahrhunderte zu Lasten der Frauen, Farbigen, Gehandicapten, Kinder, Schwangeren, Gebärenden, Kranken, Alten, Drogennutzer, Andersliebenden etc.) aufweisen, damit sie ernstgenommen werden können und als schwerwiegend erscheinen.

Die heute üblichen Kränker gehen – nach Ansicht der Gekränkten – subtil vor. Sie beleidigen nicht zwangsläufig verbal: Sie gucken unfreundlich. Sie gucken weg. Sie gucken hin. Sie schauen durch einen durch. Sie lachen. Sie atmen durch. Sie tun nur freundlich. Sie ziehen die Augenbrauen hoch. Kränkung ist, was sich »für mich so anfühlt.«

»Was liegt am Mitleiden derer, welche leiden! Oder derer, welche gar Mitleiden predigen! Es giebt heute fast überall in Europa eine krankhafte Empfindlichkeit und Reizbarkeit für Schmerz, insgeleichen eine widrige Unenthaltbarkeit in der Klage, eine Verzärtlichkeit, welche sich mit philosophischem Krimskrams zu etwas höherem aufputzen möchte, es giebt einen förmlichen Cultus des Leidens. Die Unmännlichkeit dessen, was in solchen Schwärmerkreisen »Mitleid« getauft wird, springt, wie ich meine, zuerst in die Augen.«

Friedrich Nietzsche: *Jenseits von Gut und Böse*, § 293, 1886.

»Die querulantische Internationale dringt nach vorn. Man liest, ein türkischer Verein aus Berlin, der mit Sarrazins Sticheleien vom Oktober 2009 noch nicht fertig ist, soll soeben vor einer UNO-Instanz mit seiner Rassismus-Klage erfolgreich gewesen sein – wobei sich die Vorwürfe gegen einen einzelnen Autor zu einer Anklage gegen ein Land ausweiten. Der Vorgang ist bezeichnend für die Freisetzung von Aggressivität, die durch die fortschreitende Verrechtlichung der Moral ausgelöst wird – man spräche besser von einer Professionalisierung des Beleidigtseins. [...] Wie unvollständig man sich fühlt, wenn man vorübergehend niemanden hat, dem man Vorwürfe machen darf.«

Peter Sloterdijk: *Neue Zeiten und Tage, Notizen 2011–2013*, S. 458f.

Schlimmstenfalls kleiden die Kränker ihre Kränkungsabsicht in gemeine Fragen. »Woher stammst Du eigentlich?«, gegenüber einer farbigen Person geäußert, dürfte der Renner sein. Empfindsame Leute (wer nicht hypersensitiv ist, zählt ohnehin zu den Barbaren) sehen darin keine freundlich-interessierte Frage, sondern (hundertfach belegt in den Leitmedien, eine Art *running gag* seit etwa 15 Jahren) folgende Unterstellung: »Du bist ja offenkundig fremd hier in Deutschland. Du gehörst nicht hierher. Was machst Du hier eigentlich? Wohin könnten wir Dich deportieren?«

Unter sämtlichen »Mikroaggressionen« (der Begriff tauchte 1970 erstmals im sozialwissenschaftlichen Diskurs in den USA auf und ließe sich gut mit einem »fiesen, kleinen, subkutanen Stich« übersetzen) die es zu beklagen gibt, sind jene am weitesten verbreitet, die man im anglophonen Sprachraum als »racial« einordnet. Die Übersetzung ins Deutsche ist schwierig: »Rassisch« verbietet sich (als ob es Rassen gäbe!), auch »ethnisch« ist zweifelhaft, da hier ein mittlerweile ominös geltender Volksbegriff zur Sprache käme. Merke: Wo immer wir uns bewegen: dünnes Eis, schwieriges Terrain!

All die grassierenden Mikroaggressionen lassen sich gemäß einer bis heute vielzitierten Studie (»Racial microaggressions in everyday life: Implications for clinical practice« hrsg. von Derald Wing Sue u. a., in: *American Psychologist*, Vol 62 (4), 2007) in dreierlei Vergehen aufteilen: erstens den *microassault*, den Mikroangriff; zweitens den *microinsult*, die Mikrobeleidigung, drittens die *microinvalidation*, die Mikroherabsetzung. Das Dezimalpräfix »micro« ist mathematisch wirklich winzig klein. Es rangiert noch unterhalb von »centi« und »milli« und kennzeichnet: ein Millionstel. Falls wir im Bilde bleiben wollen: Ein Schlag ins Gesicht wäre »tera«. Ein Anrempeln »giga«, ein Ausruf »hekto«. Eine Milliaggression wäre die ruhige, aber bestimmte Ansage: »Laß es einfach.« Mikroaggressionen hingegen geschehen absichtslos. Und schlimmer noch, sie unterlaufen gerade diejenigen, die sich eigentlich Mühe geben! Am bekanntesten dürfte diese Definition sein: Wer (als weiße Person) behauptet, kein/e Rassist/in zu sein, ist es wohl erst recht, denn dann kann er/sie sich nicht ausreichend reflektiert haben – und leugnet dies zudem. Diese Behauptung ist mittlerweile hundertfach perpetuiert worden.

Einige Aussagen und Ansinnen, die bei Derald Wing Sue et al beispielhaft zu finden sind und die als mikroaggressive Rassismen zu werten sind, wenn sie gegenüber nichtweißen Leuten ausgesprochen werden, lauten: »Du bist total wortgewandt!« (Heißt nämlich angeblich eigentlich: normalerweise sind Farbige weniger intelligent als Weiße.) Oder: »Ich denke, daß die am besten qualifizierte Person den Job bekommen sollte.« (Heißt eigentlich: Sprecher kapiert nicht, daß Farbige sein automatisch ein anzurechnendes Minus ist.) Oder: »In unserer Gesellschaft kann jeder erfolgreich sein, der bereit ist, hart zu arbeiten.« (Eigentlich: Menschen mit Farbe sind nur zu faul.) Oder, besonders fies: »Warum regst Du Dich so auf? Beruhig Dich mal!« (Gemeint: Gleiche Dich sofort der herrschenden Kultur an!) Mikroaggressiv sei es demnach auch, eine asiatische Person um Hilfe bei einer mathematischen oder naturwissenschaftlichen Aufgabe zu bitten. Gemeiner Subtext: Diese Asiaten können »doch eh nur sowas.«

Wer nun denkt, er wäre fein raus, weil er behauptet, keine Rassen zu kennen außer der ubiquitären »human race«, hat sich geschnitten: Er leugnet ja blindlings wie frech die ganz individuelle rassistische Bedingtheit. Wir, die wir das sogenannte N-Wort vor Jahren aus unserem Sprachgebrauch getilgt haben, werden heute zu extremer Vorsicht ermahnt. Jede Bemerkung gegenüber PoC, den People of Colour (»Echt: tolles Abi!« oder, extrem unfair: »Warst Du eigentlich je in Afrika?«) könnte »retraumatisieren«. Psychologen und Psychiater haben zwar einen deutlich engeren Definitionsrahmen von »Trauma«. Aber – will man beckmessern, wo es um Gefühle geht?

Was bedeutet das heute für uns? Herz oder Kopf? Was »fühlt sich richtig an«? Ist es zu pathetisch, den Wahlspruch der eisernen Patriotin Sophie Scholl zu bemühen, die (mehrfach) Jacques Maritain zitierte: *Il faut avoir l'esprit dur et le cœur tendre*: Man muss einen harten Geist und ein weiches Herz haben. Ja! ■

»Worauf ich allein aufmerksam mache, ist der Umstand, daß es der Geist des Ressentiments selbst ist, aus dem diese neue Nuance wissenschaftlicher Billigkeit (zu Gunsten von Hass, Neid, Mißgunst, Argwohn, Rancune, Rache) herauswächst.«

Friedrich Nietzsche: *Zur Genealogie der Moral*, zweite Abhandlung, § 11.

Literaturhinweise:

Rob Boddice: *Die Geschichte der Gefühle*, Darmstadt 2020;

Ute Frevert: *Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht*, Frankfurt a.M. 2017;

Dieselbe: *Gefühlswissen: Eine lexikalische Spurensuche in der Moderne*, Frankfurt a.M. 2011;

Dagmar Geisler: *Mein erstes Buch der Gefühle – Von Wut, Streit und Gummibärchen*, Bindlach 2019;

Doris Rübel: *Ängstlich, fröhlich, wütend sein*, Ravensburg 2010.

# Staat und Recht und Isländersaga

von Günter Scholdt

Die geistige Stickluft im gegenwärtigen Deutschland fördert zuweilen die Neigung, sich per Lektüre in andere Zeiten zu versenken. In diesem Sinne musterte ich kürzlich aus meiner länger unbeachteten Thule-Sammlung mit wachsendem Interesse einige Bände Isländersagas. Der erste Zugang zu den Geschichten von Gisli, Egil, Grettir, dem weisen Njál oder den Leuten aus dem Lachstal erfolgte im Rahmen meines Studiums. Seinerzeit lagen nordistische Ausflüge ja nahe, was der Masse heutiger »Studierender« eines zunehmend verkommenen Fachs, das merkwürdigerweise immer noch »Germanistik« heißt, eher als Wissensballast gelten dürfte.

Wer beim Lesen nicht nur Gewohntes zur Bestätigung sucht, kommt bei diesen Schilderungen vom Existenzkampf auf einer kargen Insel, von trotzigem Wikingern, Totschlägern, Rächern und ihren selbstbewußten, kaum weniger streitsüchtigen Frauen voll auf seine Kosten. Die Handlungen spielen meist zwischen 900 und 1050 und wurden nach 1200 zu glaubhaften historischen Erzählungen verschriftlicht. Man begegnet dabei einer fremden, teils befremdenden Welt, die mich aktuell besonders anzog. Denn die erneute Lektüre konfrontierte mich mit unserer heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung respektive jenem Bereich, der ihr Zentrum ausmacht: dem Recht.

Die Haltung damaliger Isländer seit der Landnahme im späten 9. Jahrhundert zur staatlichen Gerechtigkeit erweist sich als seltsame Mixtur aus Desinteresse, Pragmatismus und Formalismus, was sich mit unserer totalen Justifizierung des sozialen Lebens kaum vereinbaren läßt. Es fehlte nicht an Gesetzen, und sie widmeten der Rechtsmaterie durchaus Aufmerksamkeit. Gesetzeskundige Goden oder Gerichtssprecher besaßen sogar hohes Ansehen und erheblichen Nutzen für die jeweiligen Streitparteien. Allerdings gestanden die freiheitsbewußten Herrenbauern, die weder Könige noch Fürsten duldeten, keiner Instanz das Gewaltmonopol zu. Schließlich hatten sie Norwegen verlassen und hier gesiedelt, weil der dortige Monarch sie ihrer Souveränität berauben wollte.

Insofern regelten sie ihre Rechtshändel zunächst allein durch Fehde oder Vergleich innerhalb rivalisierender Sippenverbände. Ihr 930 etabliertes Allthing, das man später zum ersten Parlament Europas stilisierte, institutionalisierte die Streitschlichtung und beschloß im Jahr 1000 sogar die Einführung des Christentums. Aber es besaß über Gesetzgebung und Rechtsprechung hinaus keine administrative oder gar exekutive Kompetenz. Der Gerichtshof bestimmte den Verlauf der Verhandlung nicht im einzelnen oder kümmerte sich eingehend um die Vernehmung der Angeklagten und Zeugen. Auch unterlag die Gerichtspraxis vielfach anderen Einflüssen. Bestechung kam vor; Schützenhilfe durch einflußreiche Goden basierte häufig auf materiellen Zuwendungen. Zuweilen hinderte eine Streitpartei die gegnerische sogar mit Waffengewalt am Betreten der

Thingstätte. Es gab keine Gleichheit vor dem Gesetz oder ernsthaftes Bemühen des Gerichts um objektive Aufklärung.

Die Frage nach Schuld und Verursachern spielte eine Nebenrolle. Auch entsprachen die Strafen nach unserem Empfinden nur selten der Schwere der Tat. Bei identischen Tötungsdelikten wurde bald strenge, bald milde Acht verhängt. Eine Abschlichtung in Überzahl wurde nicht zwingend höher bestraft als wenn ein Tod im ehrlichen Kampf Mann gegen Mann erfolgte. »In Island«, schrieb Paul Herrmann, konnte »ein und dieselbe Missetat Rache hervorrufen oder Vergleich oder gerichtliche Verfolgung. Es gab keine Taten, die ein für allemal ›Waldgangsfälle‹ oder ›Verbannungsfälle‹ oder ›Bußfälle‹ waren; das hing von der Macht der beiden Parteien ab, von dem Willen des Verletzten ... Das Recht war nur für den da, der es zu erobern mußte; auch ein Unschuldiger konnte verurteilt werden, wenn keiner zur Antwort da war. Der altisländische Prozeß war eben eine Fehde.« Konsequenterweise oblag die Durchsetzung des Urteils der obsiegenden Partei.

Es herrschte eine den Starken begünstigende Mentalität, charakterisiert durch periodische Wikingerraubzüge oder den erst spät begrenzten »Holmgang«, in dem man sich etwa Landbesitz im Zweikampf erstritt. Das hätte in Gewaltorgien regionaler Potentaten münden können, wie es ohnehin nicht wenige ungesühnte Totschläge erlaubte. Doch verhinderten starke Sippenbindungen, Ehrvorstellungen oder Bündnisse, daß der einzelne der Willkür von Stärkeren gänzlich ausgeliefert war. Selbst bei großer Überlegenheit mußte ein Täter damit rechnen, daß sein brutales Handeln ihn selbst gefährdete, also etwa in endlose Blutrache-Fehden mündete, zu denen die gegnerische Familie moralisch verpflichtet war. Das hat manches verhindert oder Deeskalationen durch Ausgleich ermöglicht. Zudem konnten Bauern, die sich von ihrem Goden nicht angemessen behandelt und geschützt fühlten, den Rechtssprengel wechseln.

Als gesellschaftliche Idylle darf man sich das damalige Island jedoch gewiß nicht vorstellen, auch wo die klassischen Sagas den Eindruck vermitteln, daß erst die Sturlungen-Epoche mit permanenten sittenverrohenden Rechtsfriedensbrüchen eine »goldene Ära« beendete. Schon früher zog eine durch übersteigerte Ehrbegriffe, Habgier oder Machtlust geförderte Streitsucht per Sippenkrieg, Raub und Brand zuweilen ganze Landstriche in Mitleidenschaft und bereitete den politischen Boden vor für den 1262 erfolgten Untergang des Freistaats. Schließlich hatten die Einführung des Christentums und die Übernahme der Herrschaft durch die norwegische Krone für die kleinen Leute, die zuvor allzu oft Spielball großbäuerlicher Ränke gewesen waren, eine pazifizierende Wirkung.

Mit diesen Schlaglichtern auf wenige Ordnungsprinzipien eines vor-modernen Staatsgebildes habe es sein Bewenden, wobei nähere Details sich bei Konrad Maurer ausführlich studieren lassen. Hier geht es nur um einen signifikanten und fundamentalen Kontrast zu heute. Schließlich charakterisieren Gewaltmonopol wie Exekutivmacht unser Staatsverständnis zentral. Aktuelle Urteile ergehen im Namen des Volkes, weil die Ahndung einer Straftat exemplarisch und normanwendend erfolgt. Unsere Gerichte ermitteln von sich aus Tatbestände und -motive, woraus Schuld und Strafbarkeit im festgelegten Rahmen hervorgehen. Daß für Gewalttaten (gar nach Ansehen und Stand gestaffelt) mal lediglich »Wergeld« fällig wird, widerspricht heutigem Rechtsgefühl. Die Notwendigkeit, sein Recht selbst in die Hand zu nehmen, weil Verbrechen sonst ungesühnt blieben, kennt das Strafrecht nur ansatz- und ausnahmsweise bei der Verfolgung minder schwerer Vergehen wie Beleidigung in Form von Antragsdelikten oder der Zulassung von Nebenklägern.

Das Bewußtsein gänzlicher Verschiedenheit zu den Saga-Verhältnissen verstärkt sich noch dadurch, daß wir uns Staat und Gerichtswesen meist als interesselos, neutral und unparteiisch vorstellen, was besonders im Staats-, Verfassungs- und Strafrecht immer weniger zutrifft. Vielmehr wird die Gewaltenteilung durch massive Regierungs- und Parteeinflüsse zunehmend beschädigt. Es gibt zwar unter Richtern und Staatsanwälten nach wie vor charaktervolle Persönlichkeiten, die etwa den für Deutschlands politische Klasse so willkommenen »Kampf gegen rechts« nicht über unsere Rechtsordnung stellen. Verfassungsgerichte in Sachsen oder Thüringen verhüteten Schlimmstes und verwarfen etwa die skandalöse Kandidatenreduzierung der AfD und die von der Landesregierung

»Ein großer Mordbrand in Norwegen, in den Grettir wider seinen Willen verwickelt wird, steigert seine ... Lage zu verzweifelter Hoffnungslosigkeit. Wegen seiner angeblichen Hauptschuld an jener Brenna wird er auf dem Allthing zum Waldgang verurteilt. Von jetzt an wählt er, in wilдем Trotz gegen den allmächtigen Spruch des Gerichtes und voller Liebe doch gegen das Vaterland, das ihn ausstieß, gerade Island zum Schauplatz seiner verzweifelten Taten, die ihn in immer neue Konflikte bringen. Dabei ist im letzten Grunde die Sympathie jedes, der seine Saga liest, immer bei dem unglücklichen Mann ... Keinen größeren Mann, so urteilt noch im dreizehnten Jahrhundert der Gesetzessprecher Sturla... habe es gegeben als Grettir den Starken. Dieses Urteil zeigt die Achtung und Anerkennung des Helden Grettir selbst dort, wo das Interesse des Staates sprechen müßte.«

Felix Niedner: *Islands Kultur*, S. 92 f.

gewollte geschlechtliche Quotenregelung. Doch werden die Standhaften immer weniger, und gelegentliche Prozeß-Erfolge gegen illegale Verstöße nehmen sich angesichts des Generalkurses, der oft unerwünschte Meinungen schlicht verbietet, mehr und mehr wie ein rechtsstaatlicher Lendenschurz aus.

Politische Außenseiter sehen sich somit – trotz einer nicht selten aberwitzigen Verrechtlichung nahezu sämtlicher Lebensbereiche – vielfach den gleichen Kungeleien ausgesetzt wie vor tausend Jahren in Þingvellir oder regionalen Godentümern, wo überwiegend die Interessen der Mächtigsten dominierten. Und die Auslegungsrabulismen mancher straf- und verfassungsgerichtlichen Urteile von heute stehen den damaligen kaum nach. Totschlag oder Landesverweisung als Sanktionen gieren aktuell zwar außer Mode. Aber auch unser System verfügt (jenseits von Geld- und Haftstrafen) über einschneidende soziale Diskriminierungen als zeitgemäße Verbannung zum »Waldgang«. Exemplarisch



Zwei Titel der »Sammlung Thule«, die in zwei Reihen mit 24 Bänden von Felix Niedner im Eugen Diederichs Verlag Jena unter dem Titel Thule – Altnordische Dichtung und Prosa herausgegeben wurde.



zeigt der Fall Martin Sellners, wie sich Ächtung heute vollzieht: mit irrwitzigen Anklagen, Hausdurchsuchungen, die Privatsphäre verletzender »Verfassungsschutz«-Behelligung, zu Dutzenden gekündigten Bankkonten, per Zensur verhinderten Internet-Auftritten, medialen »Steckbriefen« und nicht selten purer »zivilgesellschaftlicher« Gewalt. Die martialisches Intensität der Sanktion ist nicht vergleichbar, die gesellschaftliche Wirkung aber schon.

Solche Übergriffe sind deshalb so effektiv, weil wir uns, geborgen in der Illusion umfassender Rechtsstaatlichkeit, die Vorstellung von Selbsthilfe gänzlich aus dem Kopf geschlagen haben und der Staat alles tut, diese als besonders verwerflich zu brandmarken. Wer sich etwa von der »falschen« Seite aus auf die Notstandsgesetze beruft, landet umgehend im Extremistenkeller, wenn nicht in Haft. Bereits der Wunsch vieler Bürger, sich zur Selbstverteidigung eine Waffe zuzulegen, gilt vielen als Überschreitung der Radikalismus-Grenze, was fatalerweise mit dem Anstieg migrantischer Gewalt korreliert.

Andererseits herrscht selbst bei schamlos offenen staatlichen oder richterlichen Fehlgriffen in der Durchschnittsbevölkerung Naivität vor, die in der hilflos-entrüsteten Frage gipfelt: »Ja dürfen die denn das?« Natürlich darf oder dürfte ein demokratischer Staat eigentlich vieles nicht, was er gegenwärtig (etwa per »Verfassungsschutz«) exekutiert oder zulässt. Natürlich dürfte ein Andreas Geisel, der von der SED über die Berliner SPD ausgerechnet zum Innensenator promovierte und jüngst die Querdenker-Demos verbieten lassen wollte, etliches nicht. Das weiß er vermutlich, aber zur Schädigung der Opposition setzt er es dennoch in Gang. Er tut es, weil ihn – anders als zu 68er Zeiten – noch viel zu wenige daran hindern. Und der Staat verbittet sich sogar Reflexionen über die Illegitimität eines so »vereinfachten« Regierens und nennt sie in bemerkenswerter Bigotterie »extremistisch«. Eine Herrschaft aber, die auf

»Der Waldgang folgte auf die Ächtung; durch ihn bekundete der Mann den Willen zur Behauptung aus eigener Kraft. Das galt als ehrenhaft und ist es heute noch, trotz aller Gemeinplätze. Der Ächtung war meist der Totschlag vorausgegangen, während sie heute automatisch ... den Menschen trifft. Niemand weiß, ob er nicht schon morgen zu einer Gruppe gezählt wird, die außer dem Gesetze steht.«

Ernst Jünger: *Der Waldgang*.

Dauer energischer Kontrolle durch wahre Volksvertreter entbehrt, neigt zum Exzeß. Zudem gilt Wolfgang Staudtes Diktum: »Feigheit macht jede Staatsform zur Diktatur.«

Solche Bilanz empfiehlt keine Selbstjustiz, zumal bereits ziviler Ungehorsam (wie der jüngst erfreulicherweise durch Corona-Querdenker praktizierte) oder Quittungen in der Wahlkabine vieles besserten. Auch figurieren Sagahelden in ihrer häufig überbordenden juvenilen Gewaltverliebtheit gewiß nicht als Vorbilder. Dergleichen haben wir, einwanderungsbedingt, per Import von Clans und Straßengangs im hiesigen Deutschland schon viel zu viel. Dazu bezeichnenderweise auch wieder diverse im Milieu funktionierende (den Isländern verwandte) private Schlichtungen einer Paralleljustiz.

Allerdings wußten die zu Recht berühmten Helden vieler Sagas, jenseits von testosterongepägtem Draufgängertum, noch, daß Freiheit und Recht nahezu täglich vom einzelnen verteidigt werden müssen, während wir Heutigen diese Aufgabe allzu bequem und selbstzufrieden einer Institution übertragen haben. Diese Delegation an die Exekutive ist zweifellos ein zivilisatorischer Fortschritt. Doch er fördert zugleich die Illusion vom Staat als stets objektivem Sachwalter unserer Anliegen. Dabei ist seine postdemokratische Entartung mittlerweile kaum noch zu übersehen, dergleichen seine Unterwanderung durch Parteien, Interessenverbände oder (internationale) NGOs, die ihre höchst riskanten Globalagenden betreiben. Das schmälert für alle, die nicht ins Herrschaftssyndikat eingebunden sind, dramatisch die Chance, Recht zu finden. Beispielhaft zeigt sich dies in der Art, wie der Staat (in Wirklichkeit ein »koscheres« Parteienkartell, das die Justizämter exklusiv besetzt) gegen mißliebige Konkurrenz wie die AfD vorgeht. Auch Corona-Demonstranten bekommen dies zu spüren.

Macht geht über Recht oder schafft es sich, lehren zahlreiche Sagas. Zugleich aber auch, daß Mutige das Recht bewahren. Solches noch Michael Kohlhaas beseelende Bewußtsein persönlicher Verantwortung für unsere Sozialordnung ist nahezu ausgestorben. Ehre spielt hierzulande keine nennenswerte Rolle mehr, wo stattdessen globale PR-Büros die jeweils genehme öffentliche Moral produzieren und implantieren. Sippenbindungen zählen, teils zum Nachteil der Einheimischen, nur mehr bei ethnisch-religiösen (Noch-)Minderheiten. Alternative Schutzbündnisse wurden systematisch politkriminalisiert. Und im Mainstream fehlt es an medialer Resonanz wie Sympathie, um die jeweils Geächteten darin zu bestärken, sich stellvertretend einzusetzen oder gar zu opfern.

Rechts- und Verfassungsdiskussionen vollziehen sich vielmehr im postdemokratischen Leimtopf einer klebrigen Moral, die durch eine erdrückende Mehrheit herrschaftskonformer Leitartikler, Staatsfunkmoderatoren oder Debatten-Verhinderer charakterisiert wird. In ihnen mimen Autokraten Demokraten, Grundrechtsverletzer deren Schützer – das Ganze flankiert durch eine Gesinnungsindustrie aus lammfrommen »Kulturschaffenden«, TV-Spaßmachern oder Universitätslakaien. Kunst geht nun mal nach Brot respektive nach opulent belegten Brötchen.

Als Zeitzeugen und -diagnostiker können sie den Sagaschreibern, die aus einer Tradition unkorruptierten Erzählens schöpfen, nicht das Wasser reichen. Denn die bewahren sich einen ungeschönten, veristischen Blick auf die Machtgier und Rechtshändel ihrer Zeit. Sie hielten Gegnerschaft, Zusammenprall von Leidenschaften und konsequent verfolgte Interessen für naturgegeben und vermieden einen »diskriminierenden Feindbegriff«. Auch deutelte man bei Konflikten und Schuldfragen nicht so lange herum, bis erdrückende Eindeutigkeit produziert war. Auf heutige Leser wirkt daher manches provozierend moralfrei. Immerhin schützte der kalte, emotionslose, chronikalische Saga-Stil vor den heutigen Hauptlastern gegenwartsbezogener Legitimationsliteraten.

Der große Respekt isländischer Autoren vor den Fakten hat etwas von seriösen Historikern, selbst noch dort, wo man etwa im Auftrag des Königs oder der Kirche schrieb und kleinere sippen- oder herrschaftsbedingte Konzessionen einging. Ihr weitgehend parteifreier Realismus engagierte sich nur in einem: dem Ethos zugunsten von Ehre und Mut, Freiheit und Recht. Ihre Sympathie galt daher – undenkbar für unsere heutige Lohnschreiberkaste – selbst Outlaws wie Grettir, von dem sie annahmen, daß er schuldlos seinem Schicksal erlag respektive einer Übermacht, die das Recht nur instrumentalisierte. ■

»Als Ergebnis verheißt Kohlhaas' Fehde zwar keine grundsätzliche Änderung feudaler Einflußnahme auf die Justiz, sondern allenfalls eine momentane Rückkehr zu früheren Normen und Genugtuung in einem Einzelfall. Gleichwohl birgt dieser Text aber eine deutliche Zukunftsverheißung im Sinn rebellischen Widerspruchs, der dem einzelnen die Chance einräumt, auch übermächtigen Potentaten zumindest sehr »weh« zu tun. Allein solche Aussicht könnte präventiv wirken.«

Günter Scholdt: *Literarische Musterung*, S. 276f.

Literaturhinweise:

Paul Herrmann: *Die Geschichte von dem starken Grettir, dem Geächteten*, Jena 1913 (zitierte Passage im Haupttext: S. VI);

Ernst Jünger: *Der Waldgang*, in: ders.: *Werke*, Bd. 5, Stuttgart o.J.;

Konrad Maurer: *Altisländisches Strafrecht und Gerichtswesen*, Leipzig 1910;

Felix Niedner: *Islands Kultur zur Wikingerzeit*, Jena 1913;

Günter Scholdt: »Die Zwickmühle. Heinrich von Kleist: Michael Kohlhaas«, in: ders.: *Literarische Musterung*, Schnellroda 2017.

# Christoph Stedings Kampf gegen die Neutralisierung des Reiches

von Armin Mohler

Es gibt eine bestimmte Art von eigenwilligen Autoren, an denen sich die Geister schroff scheiden: Sie werden von den einen gleich als Spinner abgetan – für die andern sind sie verdienstvolle Bahnbrecher; vermittelnde Urteile zwischen diesen beiden Extremen sind auffallend selten. Unser von Krisen geschütteltes Jahrhundert hat eine ganze Reihe solcher irritierender Denker, Redner und Schreiber hervorgebracht. Ein besonders krasser Fall ist der früh verstorbene niedersächsische Bauernsohn Christoph Steding (1903–1938).

Von dem auf Maß und Form bedachten Friedrich Georg Jünger ist ihm der Spitzname »nordischer Riesenplattfuß« verpaßt worden. Für den mit ungeduldiger Witterung gesegneten Carl Schmitt war Stedings Wälzer *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur* von großer Bedeutung – ein im November 1938, zehn Monate nach des Autors Tod, in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg erschienener Band. Schmitt bezeichnete ihn in seinem Freundeskreis als »das intelligenteste Buch aus dem Umkreis des Nationalsozialismus« (andere wollten sogar gehört haben, daß es für Schmitt das »einzige intelligente Buch« jener Herkunft gewesen sei).

Der bereits mit 35 Jahren einem Nierenleiden erlegene Steding ist ein typischer Ein-Buch-Autor. Seine 1932 bei Korn in Breslau erschienene Marburger Dissertation vom Sommer 1931, *Politik und Wissenschaft bei Max Weber*, ist noch das Produkt eines Orientierung Suchenden – sie zählt kaum neben dem Hauptwerk. Und dieses Hauptwerk selbst nennt der Steding-Bewunderer Carl Schmitt einen »genialen Torso ... das Ganze wirkt mehr wie der erste Wurf zu einem zyklischen Bau als wie eine gut durchkonstruierte Architektur.« Diese Struktur entspricht dem Zustand der Druckvorlage. Bei Stedings jähem Tod in der Nacht vom 8. zum 9. Januar 1938 lag nur die 48 Druckseiten starke Einleitung druckfertig vor, in welcher der Autor seine Thesen zusammenfaßt. Der Rest des Manuskriptes bestand aus einem ungeordneten Berg von Blättern mit ersten Niederschriften, ohne Zusammenhang untereinander und noch kaum bearbeitet. Daraus machte ein zwei Jahre jüngerer Historiker das Buch, das uns vorliegt.

Dieser Ko-Autor war Walter Frank (1905–1945), von 1935 bis Ende 1941 Leiter des von ihm geschaffenen »Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands« in Berlin, als Verfasser früh erfolgreich durch so kühn wie fundiert geschriebene zeitgeschichtliche Bücher (1928 über die Stoecker-Bewegung, 1933 über das Frankreich der Dreyfus-Affäre), ohne Mitgliedschaft in der NSDAP (politisch eher Anhänger Ludendorffs), seit 1941 in Ungnade, Jahre voller Positionskämpfe und Intrigen, nach dem Einmarsch der Amerikaner in Bayern am 9. Mai 1945 Selbstmord.

Christoph Steding und Walter Frank lernten sich Ende 1935 kennen und entdeckten ihre Geistesverwandtschaft; im Frühjahr 1936 zog Steding

Mohlers Text erschien erstmals 1990 in den von Hans-Dietrich Sander herausgegebenen *Staatsbriefen* (Nr. 6, S. 21–25). Wir drucken ihn in einer leicht gekürzten Fassung ab.

»Über die letzten geistigen ›Maginotlinien‹ eines seit Jahrhunderten gepflegten besitzbürgerlichen Sicherheitsdünkels werden nun die ›Panzer‹ einer geistigen Revolution hereinbrechen. Und Christoph Stedings Werk wird ein gewaltiger Panzerwagen an der Spitze dieses geistigen Einbruchs sein.«

Walter Frank: Vorrede zur zweiten Auflage 1940, in: Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*.

mit seiner Familie von Niedersachsen nach Berlin um. In dem damals Konturen annehmenden Ringen der Mächte um die Hegemonie war für Frank das Buch, an dem sein Freund arbeitete, mindestens ebenso wichtig wie Panzerregimenter; für ihn sollte Steding die Gallionsfigur in dem vom Reichsinstitut geführten Kampf gegen die an den Universitäten immer noch den Ton angegebende liberale Geschichtsschreibung werden. Franks Antwort auf den Tod seines Freundes, seines Idols, entsprach dem voluntaristischen Grundzug und Stil von Situation und Epoche: Er schloß sich vom Juni bis September 1938 ein, um jenen wirren Berg von losen Blättern mit Hilfe von Schere, Kleister, gliedernden Ober- und Untertiteln zu einem Buch zurechtzustutzen, das noch im Sterbejahr Stedings erscheinen konnte – mit einem langen Frankschen Text »Christoph Steding. Ein Denkmal«, der den Leser in die Lektüre einstimmen sollte.

Das Produkt beurteilt Carl Schmitt so: »Infolgedessen ist vieles fragmentarisch, unsystematisch und subjektivistisch, ja sogar impressionistisch (für Schmitt eines der schlimmsten Schimpfworte! A.M.); Abschweifungen und Wiederholungen, bloße Einfälle und Ausfälle, Wichtiges und weniger Wichtiges stehen nebeneinander ...« Und doch ist Stedings »nachgelassenes Buch« für Schmitt ein Werk, »dessen Horizont und Dimensionen, dessen Entscheidungskraft und Gedankenfülle Stauern erregen muß«.

Ebenso nachdenklich wie diese Mahnung des großen Rechtslehrers, es sich mit Steding nicht zu leicht zu machen, stimmt das Faktum, daß Stedings Wälzer, der doch von seinen Lesern einige Anstrengungen erforderte, ein ausgesprochener Publikumserfolg war: Er brachte es auf fünf Auflagen. 1942 erschien die dritte Auflage mit 3000 Stück, 1943 die vierte mit 5000 Stück, 1944 eine fünfte Auflage; parallel dazu lief in der für Feldpost-Sendungen geschaffenen Hanseaten-Bücherei noch ein Auszug aus dem Buch unter dem Titel *Das Reich und die Neutralen*.

Dabei konnten sich die beiden Veröffentlichungen keineswegs einer uneingeschränkten Förderung durch den offiziellen Propaganda-Apparat erfreuen. Stedings Zuordnung zum Nationalsozialismus durch Carl Schmitt muß von des letzteren Standort her verstanden werden. Wer zwischen Nationalsozialismus und Konservativer Revolution unterscheidet, muß Steding dem zweiten Bereich zurechnen. Die Hanseatische Verlagsanstalt war eine reine konservativrevolutionäre Domäne, und Stedings Buch geriet denn auch bald, zusammen mit Walter Frank und dessen Reichsinstitut, in den Strudel der auch im Dritten Reich üblichen Ausgrenzungen.

Was machte – entgegen den erwähnten Behinderungen – die besondere Virulenz des Stedingschen Wälzers aus? Wer dieses Buch über *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur* heute in die Hand nimmt, spürt diesen Antrieb noch immer – als ob der Fall der Mauer ihn reaktiviert habe. In einer Situation, in der Fukuyama die Weltherrschaft des Liberalismus proklamiert, liest man mit gespitzten Ohren, was ein Einzelgänger wie Steding vor einem Halbjahrhundert über die entpolitisierte und damit existenzbedrohende Wirkung eben dieses Liberalismus gesagt hat.

Zugleich merkt man, daß es sich um eine Kritik des Liberalismus von innen her handelt: Steding kann nicht verheimlichen, daß er den Liberalismus mit allen Poren aufgesogen hatte, dem Bauernburschen in der Großstadt gleich, und ihn nun in einer Gewaltkur wieder ausschwitzen möchte. Das verschafft seinem Buch, bis in den Schreibstil hinein, seine Dynamik, ja sogar eine manische Intensität.

Offensichtlich geht Stedings Buch auf ein Erweckungserlebnis zurück. Von 1922 an studierte er an verschiedenen Universitäten; seine Fächer waren Philosophie, Geschichte, Germanistik und Geographie, später kamen noch Volkskunde und sogar Indologie hinzu. Mitte der 1920er Jahre kristallisierte sich als Forschungsschwerpunkt der Versuch einer vergleichenden Kulturgeschichte Javas heraus. Gegen Ende der 1920er Jahre kam es dann zu einem Schock. Eines Tages muß Steding jäh die Einsicht befallen haben, wie grotesk es doch sei, wenn in einer Zeit, in der sich, für jeden erkennbar, existenzbedrohende Gewitter um Deutschland zusammengezogen, ein junger Deutscher sich ausgerechnet mit – Java beschäftigte. Aus heutiger Sicht ist das Erstaunliche daran, daß dieser Schock Steding nicht, wie so viele andere, in der Arme Hitlers trieb.

»Alle die, für die dieses Buch nur ›Dynamit ist, das ihre Existenz in die Luft sprengt, müssen von ihm zerrissen werden. Um des Reiches willen. Den anderen aber wird die riesenhafte Sprengung den Weg weisen in Freie, zum neuen Bau. Um des Reiches willen.«

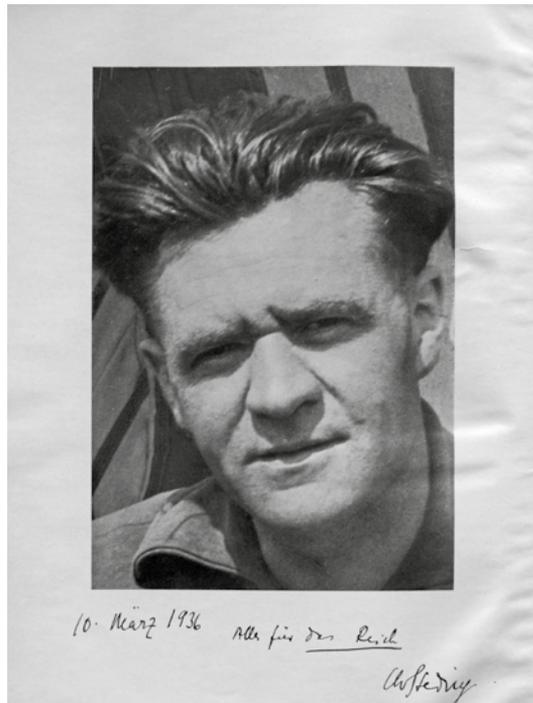
Walter Frank: Vorrede zur zweiten Auflage 1940, in: Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*.

»Denn das Reich, das zu verwirklichen und zu erhalten der Beruf der Deutschen ist, ist nicht nur eine bloße staatliche Institution neben anderen europäischen Staaten, sondern der Inbegriff der europäischen Ordnungen überhaupt, der Grund, die Quelle, die eigentliche Wirklichkeit, die Substanz unserer europäischen Welt.«

Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*, Einleitung.

Aus Gesprächen mit Steding, aus dessen hinterlassenen Papieren, kann Frank das Geschichtsbild des Freundes genau umreißen. Für Steding war seine Heimat, »das niedersächsische Bauernland«, seit dem Sturz der Hanse » ohne Stunde und ohne Zeit«, also »geschichtslos«, »unpolitisch«, »neutral«: »Die große Geschichte und die große Politik schien an dem ›verinnerlichten‹ und ›eingehausten‹ Raum Niedersachsens vorübergegangen sein. Erst mit dem Jahre 1866 drang sie wieder ein.« Das ist nicht bloß militärisch gemeint. Für Frank zeugt Steding für Preußens »alte Macht, gerade aus dem außerpreußischen Raum stärkste Geister und Seelen an sich zu ziehen und zu Herolden seines Ruhmes zu machen«.

In diesen Rahmen paßt sich Stedings Persönlichkeitsbild vorzüglich. Für ihn gab es kein »fruchtbares Chaos«; jeder Bezug auf das Chthonische lag ihm fern. Bauern sind oft viel nüchterner als sie im Roman oder im Film dargestellt werden. Insbesondere ein Bauernsohn wie Steding, dem als Ältester der alte Hof zugeordnet war, der aber als erster in langer Generationslinie ausbrach und sich zu einer Intellektuellenexistenz entschied (und dabei seine Familie offensichtlich hinter sich hatte).



Hegel und Bismarck sind für Steding »die bedeutendsten Deutschen des 19. Jahrhunderts.« Mit diesen beiden Namen will er sagen, »welche Möglichkeiten dieses wunderbare Volk in sich birgt, wenn sich schweifend, ausschweifender Geist, der Geist Hölderlins, durch die eisernen Klammern eines Staates zusammengehalten wird.« Diese Vision ist derjenigen des Nationalsozialismus recht fern, dessen Dynamik ja der Dichotomie von Volk und Staat (respektive Bewegung und Staat) entspringt. Die Hitler-Bewegung entstand im Volkstums-Kampf von Südost-Europa; die Frontstellung gegen den Vielvölkerstaat der Habsburger ließ in ihr kein unbefangenes Verhältnis zum Staat aufkommen (auch wenn Hitler sich dann der Reste des preußischen Staatsapparates durchaus zu bedienen wußte). Dem Niedersachsen Steding hingegen mußten völkische Überlegungen fremd sein.

Walter Frank verteidigte diese Abstinenz seines Schützlings im Kontext von 1938 ausführlich: »In jenem bäuerlichen Raum Niedersachsens dagegen, der in ganz Deutschland den stärksten Prozentsatz germanisch-nordischen Blutes besitzt«, sei die völkische Substanz nicht unmittelbar bedroht. Die eigentliche Gefahr für diesen Stamm sei nicht die Überfremdung, sondern die Neutralität, die definiert wird als »die Flucht aus der Weltgeschichte in die allzu enge Sippengebundenheit«.

Damit sind wir bei der Frage, die der eigentliche Antrieb zu Stedings Buch war: Wie konnte es zur Ablösung der »germanischen Randstaaten« vom Reich kommen, und weshalb entwickelten sie sich zu ausgesprochenen »Reichsfeinden«? Christoph Steding wollte es genau wissen. Mitten

in der Weltwirtschaftskrise machte er sich – mit Beihilfe eines glücklich ergatterten Stipendiums der Rockefeller-Stiftung – auf zu einer Studienreise, die sich, mit kleineren Unterbrechungen, über zweieinhalb Jahre hinzog. Objekte dieser »Feldforschung« waren die um das Reich gelagerten neutralen Staaten germanischer Prägung, und zwar auch die skandinavischen, die dem Reich nie zugehört hatten.

Die Reise begann in Basel, das in Stedings Buch zu einer Art von geheimer Gegen-Reichshauptstadt stilisiert wird. Steding hielt sich dort vom Oktober 1932 bis zum März 1933 auf. Die nächsten Stationen waren: von März bis Mai 1933 in Zürich, Bern, Genf; von Juni bis Oktober 1933 in Leiden und Den Haag. Im Winter 1933/34 setzte er sich zuhause an den Schreibtisch und schrieb weiter an seinem 1931 begonnenen Kampfbuch gegen den Liberalismus und dessen neutralisierenden Wirkungen. Im Mai 1934 bricht Steding erneut auf, diesmal nach Skandinavien; die wichtigsten Aufenthalte sind Kopenhagen, Oslo, Uppsala, Stockholm, Helsinki. Im April 1935 endgültige Rückkehr nach Deutschland. Steding arbeitet von nun an bis zu seinem Tod im Januar 1938 an seinem Opus magnum.

Durch Zufall habe ich Einblick in die Arbeitsmethode Stedings bekommen. Als ich in den ersten Nachkriegsjahren vor einem um eine Generation älteren Basler Historiker den Namen Steding fallen ließ, guckte der Herr verwundert und zog mich dann in eine Ecke. Es stellte sich heraus, daß er sich als Student mit Steding während dessen Basler Aufenthalts angefreundet hatte und ihn dann jahrelang mit Zeitungsausschnitten aus der Basler Lokalpresse belieferte. Der Historiker präziserte: »Verwunderlich war, daß sich Steding nicht bloß für die lokale Politik und die politischen Stimmungen im Lande interessierte – er bat auch ausdrücklich um Ausschnitte über kulturelle Ereignisse und die wirtschaftliche Entwicklung.«

Man sieht: Christoph Steding, der für seine Person der Kulturgeschichte abgeschworen hat und die Wiederherstellung des Primats der Großen (der politischen) Geschichte fordert, verzichtet nicht auf das Instrument der Kulturgeschichte – vielmehr setzt er es mit Lust ein bei seiner Untersuchung, weshalb die neutralen Länder rund um Deutschland herum so ausgesprochene »Reichsfeinde« geworden sind. Schon der Buchtitel *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur* ist eine Herausforderung für jeden Liberalen. Die Krankheit besteht ja für Steding gerade im Fehlen des »Reiches«. Krank ist für ihn die europäische Kultur im Zeitalter des Liberalismus insofern, als sie in dieser Reichsvergessenheit zu einer Nur-Kultur geworden ist – zu einer »bloßen Kultur«, die auf Abruf lebt bis auf höherer Ebene von anderen Instanzen entschieden worden ist, ob dieses Europa überhaupt weiterbestehen wird.

Steding verfügt über ein reiches Arsenal an Invektiven, mit denen er diese »Korruption der Instinkte« denunziert, die »Lähmung der Mitte Europas«, die seit dem Dreißigjährigen Krieg mehr und mehr der Dekadenz den Weg bahnt. Diese Dekadenz nimmt Steding vor allem die Form der Neutralisierung an: Die Tätigkeit des Menschen wird auf Belanglosigkeiten abgelenkt, um ihn am Anpacken der wirklich dringlichen Aufgaben zu hindern; die sofortige Befriedigung der privaten Wünsche, der Konsum flüchtiger Genüsse und leerer Allgemeinheiten erhalten den Vorrang vor dem Bau dauerhafter, auch Geist und Seele befriedigender Strukturen.

Kennzeichnend ist die von Steding vorgenommene Stigmatisierung jenes Norddeutschen, der in unserem Jahrhundert das Irrationale am überzeugendsten in sein Denksystem einbezogen hat: Ludwig Klages. Daß Klages schon gleich nach dem Ersten Weltkrieg in die Schweiz übersiedelte, ist für Steding eine sozusagen geographische Bestätigung der geistigen Einstufung: Für ihn ist Klages genauso ein »Reichsfeind« wie der Schweizer Karl Barth mit seiner doch recht blutfernen dialektischen Theologie.

Übrigens hätte der Hannoveraner Klages auch dann in Stedings System gepaßt, wenn er, statt an den Zürichsee bloß an den Titisee verzogen wäre. Stedings Buch erhält nämlich seine besondere Dynamik durch eine geographische Pointe. Es gibt für ihn nicht nur die Kette der neutralen Staaten von der Schweiz über Holland bis nach Skandinavien, die mit ihrer Reichsfeindlichkeit das Deutsche Reich umlagern. Das ist für Steding nur »der äußere Neutralisierungsring«. Der »innere Neutralisierungsring« zieht sich spiegelbildlich dazu innerhalb der Reichsgrenzen von 1937 entlang. Dieser innere Ring ist, im Gegensatz zu den offenen Reichsfeinden von Basel bis Kopenhagen, die Zone, in der eher verdeckte Reichsfeinde

»Die Arbeit will also mit ihrer Untersuchung der Stellung der im wesentlichen germanischen Neutralen zum deutschen Reich alle dieser Stellung entspringenden, vorwiegend negativen oder verständnislosen Äußerungen enthüllen als Ausdruck einer bestimmten Stufe im Prozeß des Verfalls und der Wiederherstellung der europäischen Ordnungen.«

Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*, Einleitung.

»Es ist hier noch einmal mit aller Deutlichkeit zu betonen, daß unter diesem Fortschreiten des von Deutschland ausgehenden Genesungsprozesses nicht europäische Grenzverschiebungen verstanden werden.«

Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*, Einleitung.

agieren. Die eigentliche Virulenzstrecke ist die der Universitätsstädte Freiburg im Breisgau–Heidelberg–Frankfurt am Main–Bonn–Köln. Was der für Städte dieser Art besonders empfindliche Steding über sie an signifikanten Details zusammenträgt, läßt fast hinter jeder bereits ein Basel in Potenz (oder allenfalls ein Zürich) aufleuchten.

Wer einmal von Stedings Buch berührt war und es nun nach etlichen Jahrzehnten wieder zur Hand nimmt, ist nicht gegen die Versuchung gefeit, beim Referieren in einen ironischen Ton zu verfallen. Aus Distanz wird deutlicher spürbar, was Steding verzerrt, was er gewaltsam zurechtbiegt. Schon in der im Dritten Reich geführten Diskussion um Stedings Buch wurde darauf hingewiesen, daß es ja nicht bei den beiden Neutralisierungsringen, dem äußeren und dem inneren, bleibe. Angesichts der langen Reihe der zum nationalen Erbe gerechneten Männer, die nun plötzlich von Steding der Reichsfeindschaft bezichtigt würden, angefangen bei Nietzsche, Langbehn, Stefan George – angesichts dieser Reihe frage es sich, ob es überhaupt eine deutsche Landschaft gebe, die nicht der Reichsfeindlichkeit bezichtigt werden könne. Ein Witzbold brachte das damals auf die Formel: Für Steding findet sich auf der Karte des Reiches bloß ein einziger kleiner Fleck, der weiß und sauber ist. Dort kann man lesen: Potsdam–Hegel ...

Läßt sich Steding eher an seinen Feinden festmachen? Auch das hilft nicht weiter. Denn wie steht es mit den beiden Personengruppen, aus denen die offiziellen Autoren des Dritten Reiches üblicherweise ihre Feinde bezogen? Die Freimaurer kommen bei Steding, wenn mich die Erinnerung nicht täuscht, überhaupt nicht vor. Die Juden treten bei ihm, negativ belegt, auf, aber sie scheinen ihm nicht wichtig zu sein; sie stoßen eben in ein Vakuum, das andere geschaffen haben. Diese Stellen bei Steding wirken so aufgesetzt, daß man sich fragt, ob da Bearbeiter Frank nicht nachgeholfen haben könnte. So abwegig ist das nicht, da Frank aus dem Text seines Freundes eine Reihe von Stellen entfernte, die für die Nationalsozialisten besonders schmerzhaft gewesen wären. Wieso sollte er da nicht auch Alibi-Stellen eingefügt haben zum Ausgleich für so viel nicht in Generallinie Passendes, was in dem Buch immer noch zu finden ist? Wo in Stedings Text Vokabeln wie »Ausmerzungen« und »Liquidierung des Widerstandes« zu finden sind, bei welchen wir heute wie Pawlowsche Hunde zusammensucken, richtet sich das eindeutig gegen germanische Rassengenossen.

Der Stedingsche Teil des Buches beginnt mit dem Satz: »Die Geschichte Europas stand seit der französischen Revolution im Zeichen eines Rückzuges der Germanen aus der Weltgeschichte.« Die Nichtgermanen kommen jedoch im Grunde bei Steding gar nicht vor, sie interessieren ihn nicht mehr, Javas Zauber hat sich verflüchtigt. Jener Rückzug ist für ihn nur eine interne Angelegenheit der germanischen Völkerfamilie. Damit sind wir bei einem Kernpunkt von Stedings System angelangt. Dessen Koordinaten sind nicht leicht nachzuziehen, weil er ein Autor ist, der nach dem Leitsatz vorgeht: »Keine Erscheinung eines Zeitalters steht für sich, sondern eine bedingt die andere und umgekehrt.« Läßt in der Mitte Europas die reichsbildende Kraft der Deutschen nach, so wenden sich andere germanische Völker oder Volksteile nach außen oder nach innen ab: »entweder sich einhausend wie z. B. die Schweiz, oder nach fremden Ländern und Meeren greifend wie die Niederlande oder England.«

Steding bewundert den »Blick, der Erdteile umfaßt«, aber erkennt auch die Gefahr des Versickerns in der Ferne. Ein puritanischer Ton läßt sich bei diesem Norddeutschen nicht überhören. Er verachtet das »den siegreichen Ideen Westeuropas zugeordnete Europa, das äußerlich im materiellen Wohlstand lebte und demgemäß an der Heiligkeit der Verträge besonders interessiert war«, jedoch in Wahrheit »im allergrößten Unbehagen« lebe. Diesen niederen Leidenschaften stellt Steding die Reichsleidenschaften der Deutschen gegenüber, die der Meinung seien, über »das eigentliche Grundgesetz, die eigentliche Verfassung Europas am besten Bescheid zu wissen«. Diesen »Anspruch der deutschen Welt« führt Steding darauf zurück, »daß sie von Gott in einer ganz besonderen Weise durch unendliches Leiden präpariert und reif gemacht worden ist, um die tiefsten Blicke in das Gefüge unserer Welt tun zu können«.

Dieser wahrhaft messianische Anspruch hat Steding wohl, trotz seiner Prädisposition, vor puritanischer Erstarrung bewahrt. Ein schönes Beispiel dafür ist, wie locker er, trotz seiner Bewunderung für Bismarck,

»Wohl aber wird durch völlige Umschaltung der Sympathien und Antipathien der Völker und Regierungen, durch Änderung in der Blickrichtung und im Bewußtsein der Völker im europäischen Staatensystems, die Lage sich innerlich vollständig wandeln.«

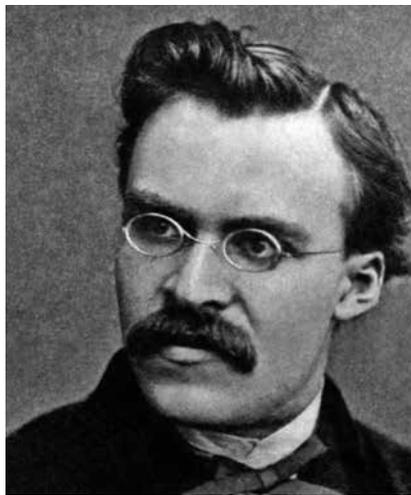
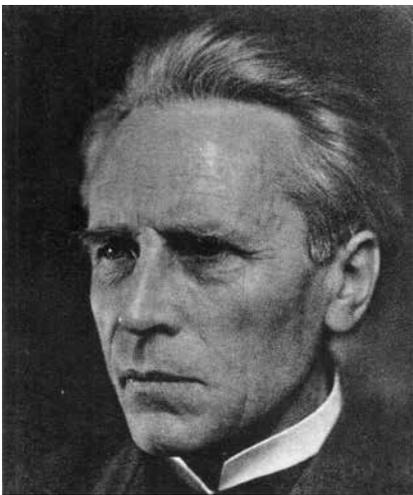
Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*, Einleitung.

»Die alte Definition des Menschen, daß er *zoon politikon* sei, enthält auch, daß der Mensch nur Mensch ist, wenn er politisch ist. Das Absinken in die Apolitizität neutralisierten Daseins zerstört somit die Menschlichkeit des Menschen selbst.«

Christoph Steding: *Das Reich und die Krankheit*, Einleitung.

mit dem Zweiten Reich umgeht. Es konnte »nur Stufe, nicht Ziel« sein: Widerstand gegen die »wilhelminische Verhärtung Deutschlands« sei nötig gewesen, um es nicht »den Händen des traditionslosen kapitalistischen Bourgeois oder des sich verhärtenden oder erweichenden, am Ende seiner Zeit stehenden Adels« zu überlassen. Und was Steding anschließend in vorsichtigen Worten über das nationalsozialistische Deutschland sagt, läßt erkennen, daß er auch im Dritten Reich »nur Stufe, kein Ziel« sehen kann.

Am nächsten kommt man Steding wohl, wenn man seine Auffassung der Krankheit als einer oft notwendigen Geißel ernst nimmt. Beim Niederschreiben seines Buches sieht er allerdings einen Punkt erreicht, wo sie nur noch Laster ist: »Wenn die Krankheit Europas, insbesondere die Krankheit der germanischen Welt, bisher Schicksal, Verhängnis, von Gott gesandte Not war, der man nicht entrinnen konnte, wenn Krankheit überhaupt gelegentlich ein Segen für ein Volk wie für den Einzelnen ist, weil sie bewahrend wirken kann und verhindert, daß Volk oder Einzelne sich voreilig in ›Geschäfte‹ hineinstürzen, die die Seele rauben können – so ist doch heute eine Stufe erreicht, wo die Lösung, Katharsis, Wendung, Strophe oder Katastrophe kommen muß. Die Krankheit Europas wird jetzt Krankheit zum Tode oder Krankheit zum Leben.« So Steding spätestens 1937.



»Reichsfeinde« – Ludwig Klages und Friedrich Nietzsche.

Der Schreibende hat ein komplexes Verhältnis zu Stedings Buch. Einerseits war das Buch für ihn als Basler schmeichelhaft, weil es, immerhin, die Vaterstadt zu einer Art Kontrapunkt zum Reich stilisiert. Andererseits trug dasselbe Buch vor vier Jahrzehnten zu meinem Entschluß bei, aus meiner Schweizer Heimat auszuwandern. Inzwischen hat mich das, wovor ich floh, in der Bundesrepublik wieder eingeholt. Die von Steding so scharf herausgeholt schweizerische Form der Neutralisierung, Selbstgerechtigkeit und Kult der Mittelmäßigkeit, ist inzwischen auch zum dominanten Lebensziel der Gesellschaft geworden, in der ich heute lebe. Und es ist bisher nicht abzusehen, ob die Ereignisse seit dem November 1989 daran etwas zu ändern vermögen.

Solche gegenläufigen Erfahrungen machen Mut, das geographische Skelett des hier besprochenen Buches nicht zu ernst zu nehmen. Vielleicht war es für seinen Verfasser nur ein Werkzeug, um in einen das Herz bedrängenden und überflutenden Stoff etwas Ordnung zu bringen. Vermutlich ist das Stück, das Steding in seinem Buch auf die Chöre verschiedener Landsmannschaften verteilte, ein Drama, das sich in Wirklichkeit seit über hundert Jahren in Geist und Seele des einzelnen Deutschen abspielt.

Stedings einfühlsamer Freund Walter Frank weist in seiner Einführung darauf hin, daß Steding selbst für den »berückenden Zauber« des sterbenden Liberalismus, für dessen »tausendfaches Sprühen der Lichter wie in der modernen Großstadt, seinem ureigensten Kinde« durchaus empfänglich war. Das war aber auch der Grund, weshalb Christoph Stedings Auseinandersetzung mit dem Liberalismus nicht bloß ein simulierter Schaukampf war, nach dem man sich zum Abschminken in die Garderobe begibt. Man spürt das seinem Buch noch heute an – es ist, trotz aller Einseitigkeiten und Erhitzungen, eine aufregende Lektüre geblieben. ■

Literaturhinweise:

Christoph Steding: *Politik und Wissenschaft bei Max Weber*, Breslau 1932;

ders.: *Das Reich und die Krankheit der europäischen Kultur*, Hamburg 1938

ders.: *Das Reich und die Neutralen*, Hamburg o. J. [1942];

Helmut Heiber: *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart 1966.

## Ordnungskampf – ein paar Begriffe

Zusammengestellt von Benedikt Kaiser (BK), Götz Kubitschek (GK), Erik Lehnert (EL) und Caroline Sommerfeld (CS)

### SETZUNG

Die Geschichte des Konzepts der »Setzung« ist eine Aufbietungsgeschichte: gegen Auflösung wird Ordnung aufgeboten. Sie beginnt mit Thomas von Aquins Gottesbeweis: Das Universum ist zweckmäßig geordnet, also muß es auch einen Setzer solcher Zwecke geben. Gerät diese Zweckmäßigkeit nun historisch am Beginn der Neuzeit in Zweifel, muß gegen den Zweifel eine neue Ordnung aufgeboten werden: das Naturrecht. Doch die Auflösung schreitet weiter fort, und mit ihr entsteht die Notwendigkeit zur nächsten Setzung: »Wenn die Natur den Handlungsmöglichkeiten und der Zerstörungsmacht des Menschen keine Grenzen mehr setzt, dann kann einzig der Mensch dies selbst noch tun – künstlich, im Kunstwerk seiner politischen Kultur. (Christian Graf v. Krockow)«. Wird nun dieses Kunstwerk seinerseits nach und nach ausgehöhlt, kann sich also der Staatsbürger nicht mehr auf den selbstgesetzten künstlichen Souverän verlassen, muß er als Individuum selber Ordnung erzeugen. Diese letzte Stufe der Geschichte der Setzung, mit Niklas Luhmann könnte man vom Endpunkt einer historischen Semantik sprechen, verlegt die Aufbietung in die Entscheidung des einzelnen: »Uns überfüllt. Wir ordnen. Es zerfällt. / Wir ordnen wieder und zerfallen selbst.« (Rainer Maria Rilke). Hier beginnt die Existenzphilosophie: in Søren Kierkegaards *Entweder – Oder* muß der moderne Typus des Ästhetikers sich in einem existenziellen »Sprung« am eigenen Schlafittchen hochreißen und hinein in die Sphäre des Ethischen hieven. Das Ethische ist weder unmittelbar gottgegeben, noch naturgegeben, noch institutionell gegeben, sondern muß in einem Akt der Entscheidung selbst – gesetzt werden. Von einem noch späteren Punkt aus können dann spornstreichs alle historischen Ordnungen als »bloße« Setzungen erledigt werden. Doch hier wie überhaupt gilt das ewige Gesetz der Entropie: Ordnung aufzulösen ist wesentlich leichter, als Ordnung gegen die Auflösung aller Dinge aufzubieten. Setzung ist Negentropie, und das bedeutet: sie ist harte Arbeit. (CS)

### DER BLICK DES KÖNIGS

Es ist ein Unterschied, ob einem jemand im Nacken sitzt oder über die Schulter schaut. Ersteres wird als Druck empfunden, dem man unwillig folgt, letzteres ist der helfende Blick, der achtgibt. Der Ursprung dieses Blicks liegt in der Religion, die ursprünglich nichts anderes bedeutet als das Beachten der Vorschriften und Vorzeichen, und damit die Rückbindung des menschlichen Handelns an das göttliche Walten. Im Römerbrief wird der Zusammenhang zwischen Staat und Religion hergestellt: »es gibt keine staatliche Gewalt, die nicht von Gott stammt; jede ist von Gott eingesetzt«. Von dieser Überzeugung, die von Luther in der Reformation noch einmal erneuert wurde, zehrte auch das preußische Königtum, obwohl die Erlangung seiner Königswürde alles andere als göttlicher Wille war. Um so höher ist die Leistung zu beurteilen, die erbracht wurde, bis dieser Ursprungsmakel ganz in den Hintergrund trat und der Blick des preußischen Königs zu einem Synonym für ein funktionierendes Gemeinwesen wurde. Dieser Blick hat zwei Jahrhunderte dafür gesorgt, daß jeder, der nicht pathologisch oder kriminell veranlagt war, wußte, was er zu tun hatte. Kein Polizist mußte neben ihm stehen, keine Manipulation war nötig. Im Gegenteil: Der Blick ruhte auf einem zunehmend gebildeten, aber auch erzogeneren Bürger, der sich durchaus seines Geistes zu bedienen wußte. Es war eine Frage der Ehre, die Basis der Spitze zu sein – nicht nur, weil das Gottesgnadentum das verlangte, sondern auch, weil Einsicht das nahe legte. Selbst Kant versuchte mit seinem kategorischen Imperativ, nach dem mein Handeln sich an der Maxime orientieren soll, die allgemeines Gesetz sein könnte, an diesen Blick anzuknüpfen. Der Unterschied lag darin, daß der Imperativ jedem die Last auferlegte, selbst der königliche Blick zu sein. Diesem Anspruch, für alle zu denken, kann nicht jeder entsprechen. Außerdem wird dabei gleichzeitig der königliche Blick hinterfragt und schließlich zu einer Belastung, die einem im Nacken sitzt und die Freiheit bindet. (EL)

## DEN VERFASSUNGSSCHUTZ IM NACKEN

Alle politischen Bewegungen, die auf nachhaltige Veränderung gesellschaftlicher Zustände abzielen, sehen sich mit dem Spannungsverhältnis von Nah- und Fernziel konfrontiert. Die einzelnen Schritte (realpolitischer Natur) in Richtung Nahziel sind bereits auf der Ebene der bestehenden Verhältnisse möglich, und die Perspektive, das Fernziel, gilt einem neuen Zustand, der bisherige Verhältnisse überwunden haben wird. Daß dies dem Regierungs- bzw. Konkurrenz- bzw. Verfassungsschutz (VS) ein Dorn im Auge ist, wirkt er doch als den Innenministerien und damit den Altparteien verpflichtetem Geheimdienst, der die bestehende Ordnung ebener Altparteien verteidigt, ist selbsterklärend. Ebenso selbsterklärend ist es, daß es sich bei dem Streben nach rechtsalternativen Nah- und Fernzielen, welche die weiten Spielraum offerierenden Regeln des Grundgesetzes und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung peinlich genau ernstnehmen, um keine »verfassungsfeindlichen« Vorhaben handelt. Dies – um ein Beispiel anzuführen – den Wählern und Sympathisanten der AfD gelegentlich zu verdeutlichen, auch durch PR-Maßnahmen, ist statthaft; sein durch Mitgliederabgaben und Spenden genährtes Budget in desolate Ergebnisse erzielende Kampagnen wie »Wir sind Grundgesetz« zu investieren, hingegen nicht. Als problematisch erweist sich, daß entsprechende Manöver keineswegs an die eigene Klientel gerichtet sind, sondern primär an den Verfassungsschutz und seine Weisungsbefugten. Die teure wie mißglückte Kampagne (bei YouTube und Co. ein brutaler Flop) erweist sich nach dem Motto aufgebaut: Seht her, wir vertreten diese und jene Eckpunkte des Grundgesetzes besonders nachdrücklich, eure (»unfaire«) Einschätzung unsererseits erweist sich damit als kritikwürdig, wo nicht rundheraus unvernünftig. Doch Vernunft ist im bundesdeutschen Parteienbusiness des Jahres 2020 keinesfalls eine Kategorie der Auseinandersetzung. Wer mit dem VS im Rücken sein Denken und Handeln entsprechend ausrichtet und bei jeder Aussage oder Tätigkeit die mögliche Reaktion des Regierungsschutzes abwägt, lähmt sich selbst, lenkt von wesentlichen Themen und Aufgaben einer authentischen Alternative ab, überschätzt die VS-Wahrnehmung im wichtigsten, Millionen Köpfe zählenden AfD-Neuwähler-Segment – den Nichtwählern – und versenkt Hunderttausende Euros aus dem notorisch klammen Etat in einem Meer aus politischer Irrelevanz und Unprofessionalität, die zu allem Übel auch noch wirkungslos bleiben *muß*. Ein Umstand, der zumindest jenen Akteuren schlagend erscheinen dürfte, die politisch-realistisch analysieren und die Logik des Gegners nicht als die eigene mißverstehen. Den VS im Rücken zu haben erfordert vielmehr, diese Logik von sich zu weisen, geistige Souveränität und Unbekümmertheit auszustrahlen und Verantwortungsbewußtsein angesichts der Stigmatisierung zu präsentieren – keinesfalls jedoch aus eigenem Antrieb zum Getriebenen eines politisch rührigen Geheimdienstes zu werden. (BK)

## KRIMINALISIERUNG

Ein Alexander Solschenizyn zugeschriebenes Zitat besagt, daß man ein marxistisches System daran erkenne, »daß es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert«. Auch im linksliberalen System der Bundesrepublik hat eine bedenkliche realexistierende Verschiebung der rechtstaatlichen Parameter stattgefunden. Während etwa außereuropäische Intensivtäter in der erdrückenden Mehrzahl der Strafprozesse moderate Urteile erhalten und linksextreme Gewaltstrukturen unbehelligt bleiben, spitzt sich die Repression gegen politisch Andersdenkende zu. Die Kriminalisierung politischer Oppositionsarbeit bedroht alle politisch regsamen Kräfte, die sich nicht an dem verordneten Konsensrahmen der tonangebenden Kreise orientieren wollen. Wer die Grenze des Sagbaren über die vom Hegemon anerkannten liberalen und linken Wahrheitssysteme hinaus zu verschieben beabsichtigt, muß in einer zunehmend antifaschistisch dominierten Ordnung der Bundesrepublik damit rechnen, daß seine Meinung, seine politische Struktur (so es eine gibt) und schließlich seine Person *hors la loi* gestellt wird. Die fortschreitende Ausweitung der Straftatbestände bei Meinungsdelikten in den letzten Jahren als juristische Komponente des allumfassenden »Kampfes gegen Rechts« sorgt für prinzipielle Rechtsunsicherheit, etabliert die »Scheren im Kopf« und unterminiert das Vertrauen in Behörden und Institutionen, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit als Grundrechte der Bürger zu schützen hätten, nachhaltig. Insbesondere die Kritik an der Preisgabe der ethnokulturellen Identität eines Staatsvolkes – mithin: des grundgesetzlich verbrieften Souveräns – sieht sich seit geraumer Zeit als Verstoß gegen die Menschenwürde auf eine Stufe mit der Aufstachelung zum Rassenhaß gestellt. Von dort ist es nicht weit zu diversen Strafverfahren oder gar zu Vereinsverboten auf Basis von ideologischen Annahmen und fragwürdigen Konstruktionen (ein lockerer ideeller Zusammenschluß reicht aus, um vereinsähnlich bewertet und verboten zu werden). Die Strategie der Kriminalisierung des rechten Lagers setzt auf den ewigen Herrschaftsfaktor »Angst« – und ist damit einstweilen erfolgreich. (BK)

## SITTE

»Sitte« wurzelt in demselben althochdeutschen Wortstamm wie »Seil« und bedeutet ursprünglich nichts anderes als »Bindung«. Ferdinand Tönnies nennt die Gesamtheit der überlieferten geltenden Normen und Werte »Sitte«, die er seinerzeit (1909) unwiederbringlich verloren sieht. Von einer echten Sitte wird ein »festes, treues Muster« wiedergegeben. Glückliche Völker, so Tönnies, verfügen über eine Sitte, in der »Gleichheit«, »Einfachheit«, »Naivität«, »Wärme«, »Herzlichkeit« und »heimatliche Grobheit« der »Zähmung« des Menschen dienen. Die Sitte erfordert Gehorsam, sie erwartet, daß der Einzelne sich dem fügt, was für alle unausweichlich ist. Hegels gesamte Philo-

sophie widmet sich der Lösung des Dilemmas, die Fülle der Autonomiebestrebungen seiner Zeit mit dem Gedanken der Wiedergewinnung jener sittlichen Gemeinschaft zu verbinden. Er rekonstruiert den Begriff einer umfassenden Ordnung, die er »Sitte« nennt, auf dem Fundament der Autonomie: denn von einem Gesetz beherrscht zu werden, das aus uns selbst entsteht, bedeutet, frei zu sein. Es geht ihm um eine »Entwicklung der Verhältnisse, die durch die Idee der Freiheit *notwendig*, und daher *wirklich* in ihrem ganzen Umfange, im Staat sind.« Der Staat, namentlich der preußische Staat, verkörpert diese Freiheit, und zwar über das Individuum hinausgreifend. Diese »sittliche Substanz, als das für sich seiende Selbstbewußtsein mit seinem Begriffe geeint enthaltend, ist der *wirkliche Geist* einer Familie und eines Volks.« Auf diese Weise schließt Hegel den Kreis zur göttlichen Ordnung wieder, der das Individuum aus Freiheit zustimmt, weil es in ihr es bereits unhinterfragt aufgehoben ist. Die »Sittlichkeit der Sitte« ist Hegels Formel dafür, daß der Mensch nur in einer ihm vorausgehenden Ordnung frei (und damit ein moralisches, »sittliches« Wesen) ist. Die Sitte bindet den Menschen und macht ihn dadurch erst frei. (CS)

#### EINBAU

Es ist evident, daß das Parteienkartell verschiedene Taktiken anwendet, um unliebsame Formationen zu bekämpfen, damit die eigene ideologisch-strukturelle Ordnung bewahrt wird. Funktioniert das klassische Ausgrenzen situativ nicht, sprich: ist ein Gegner zu stark geworden, versucht man einen kollaborationsbereiten Flügel herauszulösen oder gar eine opportunistische, »verständigungs-bereite« Clique an die Parteispitze zu hieven, um mögliche authentische Oppositionsarbeit zu unterminieren. Johannes Agnoli hob 1967 in seiner Schlüsselschrift *Die Transformation der Demokratie* hervor, daß es dem bürgerlich-liberalen Denken innewohne, den »Lockvogel der politischen ›Verantwortung‹« gegenüber noch ungezähmten widerständigen Kreisen einzusetzen, das heißt sie verhandlungsbereit zu machen, um ihnen die entscheidenden, tatsächlich alternativen Ideen für eine vermeintliche »Regierungsfähigkeit« auszutreiben. Die Vorgehensweise hierbei ist einleuchtend; Agnolis Theorie wurde hinlänglich in der Praxis bewiesen, wobei das Vorgehen bei aller Verschiedenheit Konstanten kennt: Das etablierte Kartell von Kräften aus Politik und Medien arbeitet daran, jede sich bildende Fundamentalopposition abzuschwächen und Gesprächsbereitschaft in Richtung der »gemäßigten« bzw. gesprächsbereiten Insurgenten zu signalisieren. Wenn für Teile der jeweiligen Protestpartei die Gefühle des Widerspruchs parlamentarisch (oder: koalitionsär) vertreten zu sein scheinen, wenn für Teile dieser Opposition immerhin einige Ziele durch Annäherung an die sog. Mitte – das sind im Regelfall die hegemonialen Kräfte eines Landes – durchsetzbar und schließlich einige Forderungen verhandelbar zu sein scheinen, er-

höht sich, so Agnoli, »die Bereitschaft zur Un-tätigkeit«, denn man ist scheinbar angekommen (inhaltlich, »diskursiv«, nicht zuletzt: monetär). Der etablierte Parteienblock stabilisiert seine Herrschaft, indem die Opposition beginnt, Teil des – einst aus guten Gründen befehdeten – falschen Ganzen zu werden. Die FPÖ beispielsweise hat dieses doppelte Vereinnahmungs- und Spaltungsprojekt überlebt; es hat die Partei aber um Jahre zurückgeworfen und markante Teile der Wählerschaft pulverisiert. Daraus könnte eine Alternative für Deutschland lernen und vorbeugende Konsequenzen ziehen. Derzeit scheint sie aber dem Negativvorbild aus Österreich zu folgen und sich selbst zu paralysieren. Der sukzessive Einbau respektive die Integration als systemstabilisierende Ergänzungspartei vollzieht sich. (BK)

#### STRUKTURELLE MACHT

Ich kann mich gut an einen institutionellen Streit erinnern, den ich vor Jahren erlebte. Es ging damals um die Frage, wer sich durchsetzen und im Vorstand jener Institution die Mehrheit hinter sich bringen würde. Zwischen den beiden Protagonisten des Streits gab es ein letztes, auf Vermittlung und Kompromiß angelegtes Gespräch, dem ich beiwohnen konnte. Das Gespräch scheiterte. Es gipfelte in einem bemerkenswerten Satz: »Spar Dir jedes weitere Wort. Du wirst mit mir leben müssen.« Geäußert hatte ihn derjenige, der letztlich verlor. Er schätzte seine Lage und die tatsächlichen Machtverhältnisse völlig falsch ein, weil er sich für unverzichtbar hielt und seinem Gegner weder Härte noch Kälte zutraute. Wenige Tage später erlebte er das Gegenteil: Abstimmungsniederlage, Entmachtung, Abgang mit leeren Händen.

Sobald es wirklich um etwas geht, um Geld, Posten, Mehrheiten, sind Inhalt und Richtung zweitrangig. Wirklich hart wird nur dann gekämpft, wenn es um Machtpositionen und ihren Ausbau innerhalb von Strukturen geht. Der ideelle Anteil mag zunächst groß sein, der gute Wille etliches überbrücken, der Zauber des Anfangs die Konkurrenz verschleiern, die Begeisterung den Moment beherrschen: Je länger etwas währt und je mehr es zu verteilen gibt, desto wichtiger wird die strukturelle Macht: Nur sie ist die Garantie dafür, daß man diejenigen dauerhaft versorgen kann, deren Loyalität man braucht, um selber stabil zu stehen. (GK)

#### BEFEHL UND AUFTRAG

Die Grenze zwischen Befehl und Auftrag ist fließend. Beides meint die Erledigung einer übertragenen Aufgabe. Der Unterschied liegt in der »sozialen Beziehung«, in der Befehl oder Auftrag erteilt werden. Den Auftrag gibt es in allen Lebensbereichen, den Befehl nur in Bereichen, in denen die Hierarchie auf Befehl und Gehorsam beruht und Zuwiderhandlungen entsprechend sanktioniert werden. Zum Militär gehört der Befehl, zu dem in der zweiten



Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland der Auftrag kam. Unter dem Stichwort der Auftragstaktik etablierte sich ein Verfahren der Befehlsgebung, das dem Befehlsempfänger vor allem das Ziel vorgab und ihm den Weg dorthin, die Durchführung (unter Auflagen) freistellte. Das Verfahren setzte ein hohes Maß an Vertrauen in die Fähigkeiten der untergeordneten Führer voraus und konnte daher erst etabliert werden, als die Ausbildung des Offizierskorps festen Regeln unterworfen war. Bewährt hat sich die Auftragstaktik in den Einigungskriegen, festgeschrieben wurde sie zuerst im Exerzierreglement für die Infanterie von 1888. In Reichswehr und Wehrmacht erfolgte auch die Ausbildung von Mannschaften und Unteroffizieren so, daß sie in der Lage waren, einen Auftrag mit einem selbständig gefaßten Entschluß umzusetzen. Seither ist sie deutsches Charakteristikum, das trotz der zwei verlorenen Weltkriege als das Maß aller Dinge in der Befehlsgebung gilt. Im Gemeinsinn erzogene und schulisch gebildete Soldaten sind die Voraussetzung zu ihrer Umsetzung, da nur diese zwischen Lage und Auftrag eine Beziehung herstellen können, die sie zum selbständigen Handeln befähigt. Durch die Wehrpflicht war in Deutschland (ausgenommen die NVA) fast zweihundert Jahre lang die Qualität der Soldaten sichergestellt. Mit deren Abschaffung steht auch die Auftragstaktik zur Disposition, auch wenn an ihr als »Führen mit Auftrag« weiterhin festgehalten wird, weil man in ihr den militärischen Ausdruck der »Inneren Führung« zu erkennen meint, die damit weder historisch noch strukturell irgendetwas zu tun hat. (EL)

#### TABUS/TABUBELEGTE ZONEN

Die Situation in der bundesdeutschen »Diskurs«-Ordnung ist strikt aufgeteilt: Es gibt grundlegende tabubelegte Zonen und es gibt lebendige Streitgespräche in eher abgelegenen Themenbereichen. Die grundsätzlichen Widersprüche einer Gesellschaft werden nicht ausgefochten,

sondern jeder Diskussion entzogen, als moralisch aufgeladene Tabus behandelt. Gleichzeitig wird der Popanz der »deliberativen«, offenen Gesellschaft kultiviert. Das Konsensdenken der BRD verspricht auf eine redundante Art und Weise Beratung und Austausch – aber nur in einem festgezurrtten Rahmen, jenseits der entscheidenden Lebens- und Organisationsfragen eines Volkes. Eben dies macht den Zustand der postpolitischen Ordnung im Spätmerkelismus aus: Diskurs in Ablenkzonen, Ende der weltanschaulichen Auseinandersetzung in den Kerngebieten: Wie wollen wir leben? Mit wem wollen wir leben? Wem schulden wir Solidarität? Wer ist »Wir«? usf. – von geschichtspolitischen Fragen ganz zu schweigen. Statt wesentliche Probleme auszudiskutieren herrscht ein Durchregieren falsch verstandener Eliten und dienen moralistisch verbrämte Letztbegründungen ihrem Handeln. Dieses von oben herab agierende Verhalten des herrschenden Juste Milieu vollzieht sich nicht nur in voller Übereinstimmung mit den wichtigsten Interessengruppen des bundesdeutschen Kapitals. Es vollzieht sich in selbem Maße in harmonischer Zusammenarbeit mit der vereinigten Linken. Das einende Ziel ist die offene, bunte Gesellschaft, deren wesentliche Paradigmen – Freiheit bzw. Vorrang des Individuums, des Marktes, der Migration – außerhalb der Diskussion stehen, eben als Tabu ausgewiesen sind. Wer gegen das Tabugebot verstößt, wird zivilgesellschaftlich geächtet, ökonomisch ruiniert, zum Paria. Doch es sind just diese drei Paradigmen, die man zur Disposition stellen muß, weil es Fragen der Wirtschaft und der Migration sind, die unsere Lebenswirklichkeit im Zeitalter der Auflösung aller Dinge substantiell verändern. Durch hypermoralische Setzungen wird aber diese Infragestellung herrschender Glaubenslehren erschwert; es erscheint schlichtweg als unmoralisch, als »böse«, eben als Tabu, den politisch-korrekten Konsens der offenen Gesellschaft, der Liberale und Linke in eine gemeinsame Front stellt, auch nur in Frage zu stellen. (BK)

## Tief im Westen – Eine Reise

von Wiggo Mann

Wenn der Männerbund die Keimzelle des Staates ist, dann ist eine Reisegruppe, die nur aus Männern besteht, zumindest eine Vorform davon. Es herrscht Arbeitsteilung bei der Durchführung – einer fährt, einer plant, einer fotografiert, die anderen kommen mit – und Einigkeit über das Ziel der Reise, weil man sich sonst nicht gemeinsam auf den Weg machen würde. Am Anfang stand in diesem Fall eine Vorliebe, die von allen Beteiligten geteilt wurde, auch wenn es eines Anstoßes bedurfte, sich dessen wieder bewußt zu werden.

Es ging um den Bildhauer Arno Breker, der nicht nur ein gegenständlicher Fels im Meer der Abstraktion ist, sondern durch seine Staatsnähe in *den* zwölf Jahren unserer Geschichte zu einem umrauten Geheimtip geworden ist. Das Arno-Breker-Land liegt seit 1945 nicht mehr in Berlin und Brandenburg, wo er damals wirkte, sondern tief im Westen, zwischen Düsseldorf und Köln. Dorthin hatte es den Meister verschlagen. Nun gibt es aus naheliegenden Gründen kein öffentliches Museum, das sein Schaffen zeigt. Es gibt das Atelier in Düsseldorf, das nur sporadisch zu besichtigen ist, und es gibt eine etwas wunderliche Institution, die in dem Ruf steht, Breker zu präsentieren: das Museum Europäische Kunst in Nörvenich bei Köln. Dort erwartete uns eine schöne Schloßanlage aus roten Backsteinen, deren mittlerweile begrünter Wassergraben beim Näherkommen eine disparate Auswahl verschiedenster Kunstgegenstände offenbarte.

Auf der Schloßmauer empfing uns ein Bronzeadler und am Eingang der etwa achtzigjährige Hausherr, Joe F. Bodenstein. Er schien über unsere preußisch-sächsische Reisegruppe recht erfreut und ging gleich *in medias res*. Bei seinem Vortrag konnte die Befürchtung aufkommen, daß er sich in seinen Erinnerungen verlieren würde. Aber er war hellwach und ließ keinen unaufmerksam umherschweifenden Blick unermahnt. Er berichtete von seiner Karriere als AP-Journalist im Nachkriegsdeutschland, als der er viel herumkam und zahlreiche Leute kennenlernte, darunter Breker, dessen Kunsthändler er später wurde. Auch wenn einem in Nörvenich Breker auf Schritt und Tritt begegnet, ist von der ursprünglichen Pracht nicht viel übrig ge-

blieben. Aus Gründen, die im Dunkel blieben, haben sich die Erben Brekers mit Bodenstein überworfen und ein Großteil der Arbeiten wieder abgeholt.

Zunächst bewegten sich die Schilderungen Bodensteins etwas an der Oberfläche, nachdem er aber Vertrauen gefaßt hatte, hielt er sich mit dezidierten Wertungen nicht länger zurück. Das Schloß, das erst vor einem halben Jahrhundert in den Besitz der Familie gelangt war, diente nicht nur als Ort großer Feierlichkeiten, eine Tafel erinnert an den Aufenthalt des heutigen spanischen Königs, sondern seit 1985 als Museum, in dem 1990 eine Breker-Schau zu dessen 90. Geburtstag gezeigt wurde. In seinen Ausführungen ließ Bodenstein u. a. den Hinweis fallen, daß Schloß Nörvenich 1944/45 der Wehrmacht als Lazarett diente, in dem vor allem die Verwundeten der Schlacht im Hürtgenwald, dem nächsten Ziel unserer Reise, behandelt wurden.

Der Entschluß zu diesem Ziel fiel allerdings nicht auf den kurzfristigen Wink Bodensteins hin, sondern war durch die Lektüre des Romans *Propaganda* von Steffen Kopetzky angeregt worden. An die Allerseelenschlacht konnten sich einige des poetischen Namens wegen noch erinnern. Die ganze Schlacht im Hürtgenwald, die zwischen September 1944 und Februar 1945 südwestlich von Aachen tobte, war für uns *terra incognita*. Dabei endete diese für die angreifenden Amerikaner fast mit einer Niederlage, die sie nur abwenden konnten, weil ihnen unendliche Ressourcen an Menschen und Material zur Verfügung standen. Der hohe Blutzoll war für die Amerikaner traumatisch, in Deutschland verblaßt die Schlacht vor dem Hintergrund des apokalyptischen Untergangs des Reiches im Osten zu einem Detail.

Glücklicherweise gibt es in einem der Hauptorte der Schlacht, mit dem lautmalerschen Namen Vossenack, ein vorbildliches Museum, das von einer Schar ehrenamtlicher Enthusiasten gegen viele Widerstände unterhalten wird. Bereits der Name, »Museum Hürtgenwald 1944 und im Frieden«, dient wohl der Abwehr solcher reflexartigen Verurteilungen jeglicher Erinnerung an militärische Ereignisse, in denen die Deutschen keiner Verbrechen bezichtigt werden.



- ▶ *Arno-Breker-Ausstellung in Nörvenich: Romanichel (Porträt eines Jünglings, Paris 1928).*

- ▼ *Schloß Nörvenich, Hofseite.*

Informationen zu Führungen im  
Schloß Nörvenich unter:  
[www.schloss-noervenich.de](http://www.schloss-noervenich.de)





▲ *Joe F. Bodenstein, Schloß Nörvenich.*

▼ *Berber-Löwe (1970) im Eingangsbereich.*





- ▶ *Nachgestelltes Soldatengrab im Museum »Hürtgenwald 1944 und im Frieden«.*
- ▼ *Exponat der Dauerausstellung.*

Informationen zu den Öffnungszeiten  
und Veranstaltungen des Museums:  
[www.museum-huertgenwald.de](http://www.museum-huertgenwald.de)





- ▼ Das Grab von Generalfeldmarschall Walter Model auf dem Ehrenfriedhof von Vossenack. Die Grabplatte wurde mehrfach gestohlen.
- ▼ Ochsenkopf im Hürtgenwald – an dieser Stelle wurden 2000 die sterblichen Überreste des US-Soldaten Robert Cahow gefunden.





▲ *Vogelsang, Eingangsanlagen – stark beschädigtes Relief von Willy Meller.*

▼ *Ordensburg Vogelsang – Blick über das Sportfeld und den Thingplatz zur Burg.*





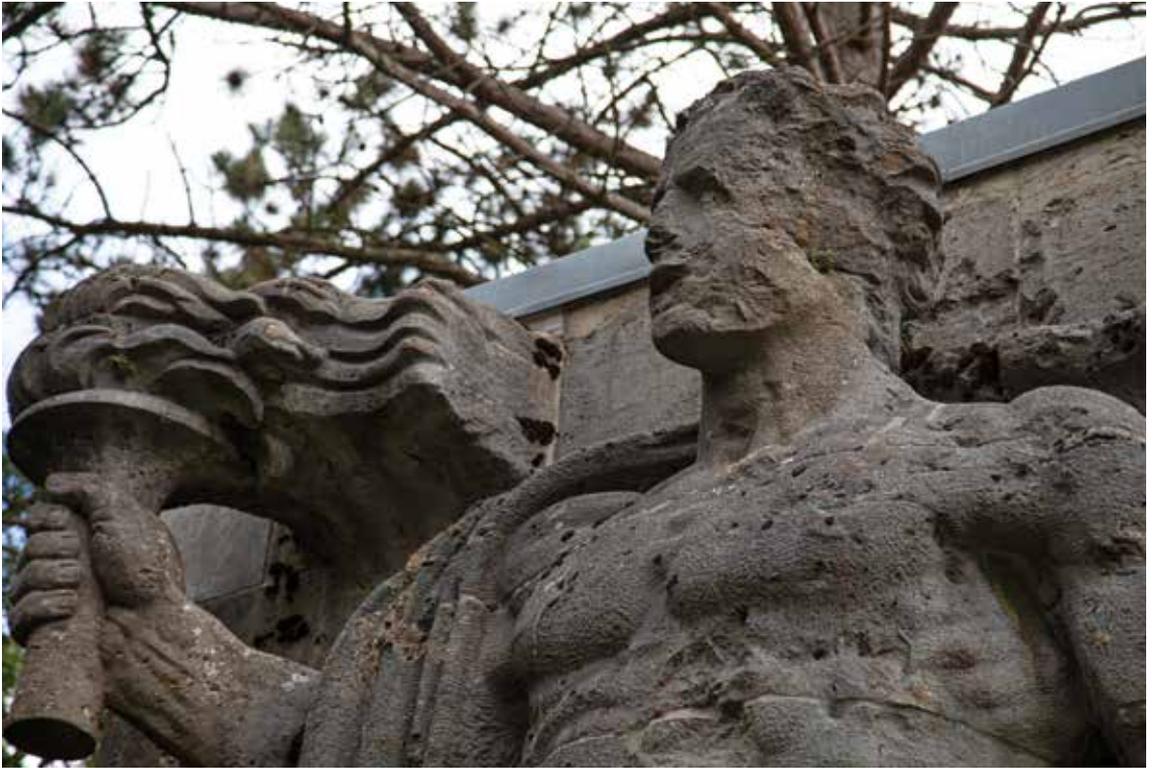
▲ *Ordensburg Vogelsang – Blick vom Turm.*

Das Museum selbst präsentiert eine stattliche Anzahl von Bodenfunden aus der Schlacht, zeigt in aufwendigen Dioramen einzelne Situationen und erklärt den unübersichtlichen Verlauf der Schlacht im Detail. Letzteres ist deswegen nicht ganz einfach, weil die Ortschaften teilweise mehrfach am Tag den Besitzer wechselten und es die Unübersichtlichkeit des Geländes auch für die Zeitzeugen fast unmöglich machte, den Überblick zu behalten. Großen Wert legt das Museum auf die Darstellung der amerikanischen Truppen, die, größtenteils kampfunerfahren, in eine Situation geführt wurden, die sie völlig überforderte. Der Unerbittlichkeit, mit der die Schlacht geführt wurde, stehen Beispiele großer Menschlichkeit zur Seite, etwa der deutsche Leutnant, der einen amerikanischen Verwundeten, dem von seinen eigenen Leuten nicht geholfen wurde, bergen wollte und dabei durch eine Mine tödliche Verwundungen erlitt.

Das Museum war der Anlaß für ein paar Abstecher ins Gelände, das allerdings mit dem von 1944/45 nicht mehr viel gemeinsam hat. Die Wege sind breiter und zahlreicher, die Bäume sind aufgeforstet und die zerstörten Orte wurden dem Zeitgeschmack entsprechend wieder aufgebaut. Was man findet, sind umfunktionierte, zerstörte und erhaltene Befestigungen und Bunkeranlagen des Westwalls. Was ebenfalls ins Auge fällt, sind kleine Gedenkstätten an Orten, an denen Jahrzehnte nach dem Krieg noch die Überreste von Gefallenen geborgen werden konnten. Die deutschen Gefallenen sind vor allem auf den Kriegsgräberfriedhöfen in Hürtgen und Vossenack zu finden.

Die Entstehung von letzterem ist einem einzelnen Mann zu verdanken, einem Pionierhauptmann, der im Krieg alles verloren hatte und aus eigenem Entschluß heraus begann, die Toten zu bergen und zu bestatten. Es blieb der späten Bundesrepublik vorbehalten, sich auf einer Erläuterungstafel des Friedhofs von den Toten zu distanzieren. Das Denkmal, das an die 116. Panzerdivision (Windhund-Division) erinnerte, eine fast schon zärtliche, keinesfalls kriegerische Darstellung der Kameradschaft, ist mittlerweile nicht mehr aufzufinden. Wie wir erfuhren, wurde es in einer Nacht- und Nebelaktion von Metalldieben entfernt, die womöglich nicht monetär, sondern politisch motiviert waren. Dazu paßt, daß dort, wo früher gekämpft wurde, riesige Windkraftanlagen den Sieg der Gegenwart über die Erinnerung illustrieren.

Zu einem ähnlichen Triumph führte die letzte Station unserer Reise, die ehemalige NS-Ordensburg Vogelsang. Zu diesem Ort zog uns weniger ein Hang zum Bösen, als das Interesse, wie die Gegenwart mit einem so imposanten Zeugnis des Willens zur Formierung einer aus den Fugen geratenen Gesellschaft umzugehen weiß. An der Ordensburg kommt man nicht einfach so vorbei, sie liegt gleichsam im Niemandsland. Ein gewisser Bezug zu den anderen Stationen unserer Reise ließ sich zudem nicht verleugnen: Auch hier waren Staatskünstler am Werk, der Architekt Clemens Klotz und der Bildhauer Willy Meller, und die Ortswahl war dem Gedanken geschuldet, die Westgrenze des Reiches durch eine Burg zu bewachen. Diese etwas aus der Zeit gefallene Idee stand zumindest im Hin-



▲ *Sonnenwend-Platz – stark beschossene Figur von Willy Meller.*

Informationen zu den Öffnungszeiten  
und Veranstaltungen des Museums:  
[www.vogelsang-ip.de](http://www.vogelsang-ip.de)

tergrund, als die NSDAP nach 1933 daran ging, Ausbildungsstätten für ihre Nachwuchskader zu schaffen. Keine alten Burgen sollten es sein, sondern neue – aber eben Burgen. Daß die Burg Vogelsang als einzige der drei errichteten öffentlich zugänglich ist, hat sie besonderen Umständen zu verdanken. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs, das die Burg schwer beschädigt überstanden hatte, übernahmen die Briten das Gelände und übergaben es wenig später den Belgiern, damit diese auch mal die Möglichkeit hatten, mit Panzern zu üben (was in ihrem kleinen Land ja nicht möglich ist). Die Belgier bauten die Anlage, deren Formensprache die NS-Ideologie aus jeder Pore tropft, weitgehend originalgetreu wieder auf und gaben sie 2005 an die Bundesrepublik zurück. Seither war unklar, was damit geschehen sollte. Denn immerhin handelte es sich um einen »Täterort«.

Mit dieser Zuschreibung eröffnete jedenfalls unser Führer den Rundgang durch die Burg. In dem Moment ahnten wir bereits, daß wir im weiteren Verlauf auf einen Höhepunkt geschichtspolitischer Bewältigung zusteuern würden. Es handelte sich bei diesem Führer um einen pensionierten Geschichtslehrer, für den Kontextualisierung ein Fremdwort war. Ahnungslos was die architektonischen und funktionalen Details betrifft, wußte er um so mehr über »Unmenschlichkeit« der Ausbildung zu berichten. Auf unsere besorgte Frage, ob denn viele Lehrgangsteilnehmer bei der Ausbildung umgekommen seien, mußte er sich etwas kor-

rigieren: Nicht die Ausbildung sei unmenschlich gewesen, sondern die Ideologie, unter der sie stattfand. Auch die rasche Fertigstellung der Anlage innerhalb von zwei Jahren sei typisch für totalitäre Regime. Ja, pflichteten wir ihm bei, in der Demokratie dauert alles etwas länger – es sei denn, Elon Musk baut ein Tesla-Werk in Brandenburg.

Merkwürdig wurde es, als wir zur Turmbesteigung aufbrachen und dabei die ehemalige Ehrenhalle passieren mußten. Photographieren war dort verboten, obwohl von diesem Raum nichts mehr an die Ehrenhalle erinnert. Offenbar traut man der Aura des Raumes auch heute noch nicht recht über den Weg. Der Ausblick vom Turm entschädigte uns dafür, zumal unser Führer nach dem Aufstieg erstmal etwas verschnauften mußte. Zum Abschluß der Führung präsentierte er uns ein verwaschenes Farbphoto, auf dem ein paar alte Männer mit ihren Frauen zu sehen waren. Die mit moralischer Entrüstung unterlegte Frage an uns, seine Schüler, lautete, um wen es sich dabei wohl handeln könnte? Es war ein Ehemaligentreffen ... Vor solchen bewahrt uns mittlerweile die Biologie des Menschen, die kaum einen älter als 110 Jahre werden läßt. Und damit sich keine nachgewachsenen Ewiggestrigen an den Hinterlassenschaften in Vogelsang erbauen können, hat man mitten in die schöne Anlage, in den ehemaligen Adlerhof, eine Art von Libeskind-Würfel geworfen, in dem sich die sicher pädagogisch wertvolle Ausstellung befindet. Wir hatten genug gesehen und machten uns auf den Weg. ■

## Ökologische Beleuchtungen (6): Schwarzes Gold

von Jonas Schick

Erdöl ist der Schmierstoff der Moderne. Alles, was wir in unseren industriellen Konsumgesellschaften für selbstverständlich halten, geschieht auf dem Rücken des über Jahrmillionen aus organischen Stoffen entstandenen, hauptsächlich aus Kohlenwasserstoffen bestehenden Rohstoffs.

Er ist verantwortlich für das »1950er-Syndrom«, die Beschleunigung eines bereits durch die Industrialisierung des 18. und 19. Jahrhunderts ausgelösten, rasenden Prozesses der Verflüssigung und Mobilisierung aller Bestände sowohl materieller als auch kultureller Natur. Die aus Erdöl gewonnenen Stoffe wurden zum entscheidenden Katalysator der Ökonomie und der Globalisierung. Vollkommen augenscheinlich treten sie uns als Treibstoffe gegenüber: Kerosin, Benzin, Diesel usw. Flugzeug, Auto, Schiff, Bagger, Traktor bewegen uns heute von A nach B oder verrichten (landwirtschaftliche) Arbeit, die früher von Tier und Mensch gestemmt werden mußte. Strecken, für die Händler und Reisende vor Jahrhunderten noch Wochen brauchten, sind mit der Hilfe des Erdöls innerhalb weniger Stunden überflogen. Der Raum ist geschrumpft, die Strecke verdampft.

Doch nicht nur für die Mobilität und als Kraftstoff ist der Rohstoff »Erdöl« systemrelevant. Während der Großteil des geförderten Erdöls in den Verkehrs- und Energiesektor wandert, werden rund 14 Prozent (13 Millionen Barrel pro Tag) des Primärbedarfs von der Petrochemie verwertet. Die International Energy Agency (IAE) prognostizierte in einer Studie aus dem Jahr 2018, daß dieser Bedarf bis zum Jahr 2050 erheblich anwachsen wird: Circa die Hälfte des angenommenen Wachstums der Ölnachfrage wird aller Voraussicht nach auf das Konto der Petrochemie gehen.

»Petrochemie« bedeutet kurz und bündig die Herstellung chemischer Produkte aus Erdöl und Erdgas. Fast jede Ware, die wir im alltäglichen Leben in den Händen halten, ist das Ergebnis des Einsatzes organischer Chemikalien, die durch die Petrochemie gewonnenen wurden: Obst, Gemüse, Medikamente, Verpackungen, Kleidung, elektronische Geräte, Solarmodule, Autoreifen, Isoliermaterialien: Alle enthalten sie eine Form von synthetischer Faser, ölbasierte Alkohole oder wurden mit Düngern gezogen,

deren Ursprungsort in Raffinerien rund um den Globus liegt. Die Palette an chemischen Verbindungen ist zwar breit und die Komplexität der chemischen Industrie gewaltig; aber dennoch bilden sieben Primärchemikalien den Kern ihrer Aktivität: Ammonium, Methanol, Ethylen, Propylen, Benzol, Toluol und verschiedene Xylole. Folgt man der Spur dieser Stoffe, gelangt man unweigerlich zu der Erkenntnis, daß es keinen einzigen Aspekt unseres modernen Lebens gibt, der nicht in Verbindung zum Erdöl steht. Unsere fossile Abhängigkeit ist allumfassend; Öl ist in jede Pore unserer Gesellschaften gedrungen und gelangt über die industriellen Verwertungsprozesse und den allgemeinen Konsum zurück in die Umwelt – entweder offensichtlich als riesige Plastikansammlungen und Ölteppiche in Gewässern oder unscheinbar als Mikroplastikpartikel in Luft und Wasser. Öl umgibt uns, klebt an uns und zirkuliert in uns.

In Anbetracht dieser Gegebenheiten treten die Defizite der »Energiewende«, wie schon so oft in dieser Artikelreihe, offenkundig zutage, da in ihren Zielsetzungen die Abhängigkeit von der Petrochemie nur unzureichend bis gar nicht fokussiert werden. Das fossile Grundfundament der chemischen Industrie stellt zweifelsohne den blinden Fleck der aktuellen regen Diskussion um die Energieverbrauchssenkung in den Konsumgesellschaften dar. Damit übersieht man – möglicherweise aufgrund kognitiven Vermeidungsverhaltens, da man sich ansonsten mit tiefgreifenderen Systemfragen konfrontiert sähe – die Allgegenwärtigkeit des Rohstoffs »Erdöl«. Ferner blendet man somit aus, daß die erneuerbaren Energien in ihrer aktuellen technischen Realisierung wiederum nur auf der Basis des fossilen Systems funktional sind. Die Baustoffe, die installierte Elektronik, die verlegten Leitungen – alles entspringt letztlich aus der Produktionskette der Petrochemie. Es ist ein folgenschwerer Selbstbetrug, der die Illusion einer nachhaltigen Entwicklung zementiert, wie sie etwa die Vereinten Nationen in einem Strategiepapier 2018 formulierten (»der Armut ein Ende bereiten, den Planeten beschützen und Wohlstand für alle sichern soll«). An der elementaren Instabilität des Systems vermag eine solche Erklärung nichts zu ändern.



Zwar ist es generell möglich, die oben genannten chemischen Stoffe auch über andere Rohstoffe als Öl oder Gas zu gewinnen, jedoch gerät ihre Produktion dadurch aufwendiger und teurer oder tritt im Fall von Biomasse in Konkurrenz mit anderen Bereichen, in denen Bio-kraftstoffe eine tragende Funktion übernehmen sollen.

Der Wechsel von der Kohle- zur Petrochemie in der Mitte des 20. Jahrhunderts verdeutlicht das ökonomische Dilemma, mit dem sich die Industrienationen auf der Suche nach Alternativen zur Petrochemie konfrontiert sehen: Bis Anfang der 1950er Jahre fußte die Chemikalienproduktion der Industrienationen vor allem auf Kohle, wobei man den fossilen Rohstoff durch Vergasung, Schwelung und Verkokung in Kohlenstoffmonoxid, Wasserstoff und Methan, Flüssigstoffe wie Leichtöl (Benzin), Mittelöl (Diesel), Phenolen und Pyridin-Verbindungen sowie zum festen Koks transformierte. Mit Rohöl als Ausgangsbasis ließen sich die chemikalischen Gewinnungsprozesse vereinfachen und die Kosten erheblich senken, weswegen die Kohlechemie in den 1970ern fast vollständig von der öl- und gasbasierten Chemie ersetzt worden war.

Nun sind etliche Industriezweige mit einem erheblichen Konsumumfang von einer billigen Chemikalienproduktion und einem entsprechend hohen Produktionsvolumen, wie sie mit der Petrochemie möglich wurden, abhängig und sind wegen dieser ihnen zuträglichen Gegebenheiten überhaupt erst emergiert – ein sich selbst verstärkender reziproker Prozeß also. Das ab der Jahrtausendwende aufgekommene Phänomen des *Fast Fashion* lebt beispielsweise von billig produziertem Polyester und Elasthan und ihrer Verfügbarkeit in rauen Mengen. Die Verteuerung der chemischen Ausgangsstoffe oder ihre Verknappung brächte diesen Konsumgenerator zum Erliegen. Eine weitere Möglichkeit neben der Kohle, die zudem preislich immer konkurrenzfähiger wird, ist die Gewinnung der organischen Verbindungen aus Biomasse. Davon verspricht man sich außerdem einen Übergang zur »nachhaltigen« und »ökologischen« Bioökonomie. Jedoch steht dieses Alternativszenario vor dem Problem der begrenzten Fläche und damit vor einer unüberwindbaren Hürde, die schon die Agrargesellschaften in ihre Schranken wies. Derzeit kann die Europäische Union

nicht einmal ihren Bedarf an Bioethanol aus der eigenen Fläche bedienen, weswegen in Indonesien der Urwald Palmölplantagen weichen muß. Rechnet man dazu noch den Elektrizitäts- sowie den Wärmesektor, in dem Biomasse eine entscheidende Rolle einnehmen soll, und berücksichtigt die Konkurrenz mit der Nahrungsmittelproduktion, versteht man schnell, warum wir am 22. August diesen Jahres den »Earth Overshoot Day« (den Tag, an dem die Menschheit alle natürlichen Ressourcen aufgebraucht hat, die die Erde innerhalb eines Jahres wiederherstellen und damit nachhaltig zur Verfügung stellen kann,) erreicht hatten. In den benötigten Mengen ist so auch die Biomasse keine geeignete ökologische Alternative zum Rohöl, sondern weist den Weg in den globalen monokulturellen Acker.

Die Abhängigkeit von der Petrochemie vergegenwärtigt den Industrie- und Konsumgesellschaften westlicher Provenienz ihre komplexe Verflechtung mit den fossilen Rohstoffen, derer sie sich freimütig bedient haben. Produktionsweisen, Technologiezweige, Wohlstandsverteilungen, Versorgungsstrukturen und Urbanisierungsprozesse sind in Bezug auf die fossilen Energieträger und entlang ihrer Bedürfnisse gewachsen. Simultan wirft diese Vergegenwärtigung die Frage auf, ob eine gänzliche Substitution abseits der ökologischen Hindernisse die Flexibilität des Gesamtsystem nicht überstrapaziert und damit seinen Zusammenbruch provoziert, oder ob die fossilen Pfadabhängigkeiten die Substitution abbremsen und einhegen, wie es im Kontext der »Energiewende« zu beobachten ist.

Außer Frage steht zumindest, daß es demjenigen, der die Umweltkrise nachhaltig zu beseitigen sucht, nicht an der »ökologischen« Substitution des derzeitigen Verbrauchsniveaus an chemikalischen Stoffen gelegen sein kann, da dies zum einen die Plastikmüllproblematik nicht löst und zum anderen auch eine Überbelastung der Fläche zufolge hätte. Grundsätzlich mag die Bioökonomie der richtige Ansatz zur Gewinnung chemikalischer Stoffe sein, indes erfüllt diese nur dann ihren angedachten Zweck, wenn sie auf einem viel geringeren Stoffdurchsatz operiert, als dies aktuell in der Petrochemie noch der Fall ist. Der Substitution muß demzufolge die Schrumpfung und das sukzessive Entflechten der industriellen Gesellschaften von ihren fossilen Pfadabhängigkeiten vorausgehen. ■

## Mein Lebensgefühl als Sozialist ist inattackabel

Susanne Kerckhoff: *Berliner Briefe. ein Briefroman*, Berlin: Verlag Das kulturelle Gedächtnis 2020. III S., 20 €

Wenn ein Buch in der renommierten SWR-Bestenliste als Erstplatzierung über 100 Punkte erhält, ist das für gewöhnlich ein Qualitätsurteil jenseits von Geschmacksfragen. Kaum ein Großfeuilleton ließ sich diesen (teil)fiktiven Briefroman entgehen. Er wurde hochgehört – durchweg. Meine erste Lektüre endete mit einem Kopfschütteln. Was war das, wenn nicht, ja: weibische Befindlichkeitsliteratur, opportun gerade für schöngestige Zeitgeistritter von heute? Eine privatistische, antifaschistische, noch dazu leicht verlogene Inventur (dazu gleich) der 1940er Jahre, verschriftlicht von einer davongekommenen Frau, die betont, es selbst beizeiten besser gewußt zu haben? Ich traute meinen Augen nicht. Ich bin skeptisch, wo offenkundig reflexartig geurteilt wird. Ich vermutete den einfältigen, typischen »Antifa«-Reflex hinter all den Lobhudeleien. Dann hinterfragte ich auch meinen eigenen Reflex. Bin ich voreingenommen gegen solcherart Widerstandslektüre? Hm. Ich mag Franz Fühmann und Brigitte Reimann, obwohl sie deutliche Avancen ans DDR-Regime machten. Ich mag sogar auf irrationale Weise Peter Hacks, Maxie Wander und Johannes R. Becher – teils. Ich las die Kerckhoff also voller Skrupel erneut. Es handelt sich um dreizehn nicht datierte Briefe, die ein deutsches Kerckhoff-Alter-Ego namens »Helene« an einen (offenkundig jüdischen und im Exil lebenden) »Hans« schreibt. 1947 hatte Susanne Kerckhoff (1918–1950, gendete durch Suizid, Halbschwester des DDR-Philosophen Wolfgang Harich) diesen Roman veröffentlicht. Die dreizehn Briefe bleiben ohne Antwort. Sie suggerieren aber einen Austausch. »Helene« tut, als antworte sie auf Hansens Briefe, indem sie Argumente, Antworten, Einwürfe von ihm aufgreift. Das ist fast nie plausibel. »Helene« nämlich erzählt und erklärt ihr Leben, als wisse »Hans« rein gar nichts von ihr – aber zugleich rekurriert sie auf gemeinsame Bekannte. »Helenes« Klagebriefen – und das sind sie – haftet daher wenig Authentizität an. Es ist ein Agendasetting und kein Dialog. »Hans« ist eine Luftnummer!

Kerckhoff/»Helene« schafft sich als unterlegene (nämlich trotz allem: deutsche) Überle-

gende Luft und Diskurshoheit. Sie vermaledit die »zynischen Phrasen« des Verlierervolks, dem sie nur widerwillig angehört. Die Masse, dieses bei weitem nicht entnazifizierte »Pack« [sic!], dieses »Giftzeug« traue sich sogar, Stalin anzuklagen und »Rußland mit Hitler-Deutschland in einen Diktaturtopf« (»Helene« wagt sich metaphorisch durchgängig weit vor) zu werfen! Kerckhoff/»Helene« deutet solche Grummelleien als Äußerungen »Unterlegener, die sich gegen die moralische Diskriminierung wehren und durch ihre Art des Wehrens sich noch schärfer ins Unrecht setzen.« Das explizit »antifaschistische« »Wir« der Briefeschreiberin bezieht sich auf die wenigen guten Sozialisten und Kommunisten. »Ideologisch sind wir an der Macht«, schreibt sie, jedoch als vom Volk ungeliebte Elite: »Es mag sich anders anhören, wenn Du Radio hörst, aber in Wahrheit sind wir eine ziemlich schwache Gruppe.« Kommt uns Radiohörern von heute das bekannt vor?

»Ehre allen Tapferen, aus welchem Lager sie immer kommen!«, feuert Kerckhoff/»Helene« an einer Stelle pathetisch. Ein Strohofer. Sie meinte es nicht so. Es geht ihr, die sich (interessanterweise zehn Jahre, bevor ihr Gegenbild Ayn Rand *Atlas shrugged* verfaßte) wiederholt als tapfere »Atlasameise« unter vielen anderen »Atlasameisen« bezeichnet, stets um ihre eigene Linie: »Die Deutschen sollten ins »Haus der offenen Türen gehen«, ins Haus der Kultur der Sowjetunion.« Kerckhoff ist 1948 in die SED eingetreten. »Helene« schreibt 1947, sie könne kein Parteimitglied werden, weil »Enttäuschungen mich dort mehr martern würden als irgendwo anders. Aber die ganze Sehnsucht meiner Jugend, die ich heute

noch bejahe, umarmt die SED mit einem sehr zärtlichen Kummer.« Am Ende des letzten Briefes schwört »Helene«, nun keine Christin mehr zu sein. »Mich bewegt allein das Golgatha meiner Mitmenschen.« Insofern antizipierte Kerckhoffs suizidaler Untergang, falls man es so hart sagen darf, den allgemeinen Verfall ihres Landes knapp vier Jahrzehnte hernach. Im ansonsten überaus kundigen Nachwort des Verlagsleiters Peter Graf, der in diesem aufschlußreichen Dokument zurecht eine spezifisch »weibliche moralische Rigorosität« anklingen sieht, merkt er außerdem an, daß Kerckhoff einem Ränkespiel »alter weißer Männer« zum Opfer gefallen sei. Vielleicht, Gott sei mit ihr, war sie einfach schwach.

ELLEN KOSITZA ■



## Me Simba One, he Simba Two

Matthias Politycki: *Das kann uns keiner nehmen. Roman*, Hamburg: Hoffmann und Campe 2020. 302 S., 22 €

Sitzen zwei Deutsche an einer Bar in Stone Town auf Sansibar und trinken Bier, *cold, super cold*, und werden immer ehrlicher zueinander. Es ist erst eine gute Woche her, daß sich die beiden auf fünftausend Metern Höhe am Kraterand des Kilimandscharo getroffen haben, aus Versehen, zwei Männer, die gegensätzlicher nicht sein könnten. Der eine, Tscharli, stammt aus der bayrischen Provinz, redet ununterbrochen und wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Er rollt mit seinem Verhalten jede Stellung auf, ist überall der King, hat nichts vor, bloß noch gründlich leben will er, denn er ist todkrank. Der andere, Hans aus Hamburg, ist ein sensibler Intellektueller, ein Schriftsteller, kühl, höflich. Er ist völlig schockiert über den »Tscharli«, mit dem er nun vom Vulkan absteigen muß und der ihn auf unwiderstehliche und faszinierende Art und Weise für die letzten Tage seines Lebens zu seinem Reise- und Partygefährten macht.

An der Bar in Stone Town auf Sansibar legt der Tscharli dem Ich-Erzähler »ganz vorsichtig« seine Hand auf den Unterarm: »Denkst drüber nach, wia ma des als Roman verbratn könnt?« Ach, antwortet der Autor, seit ein paar Jahren sei's schwierig geworden mit dem Schreiben. So viele Wörter, die man nicht mehr verwenden dürfe, so viele Themen, die einen verrückt machen würden beim Schreiben oder verbiestert ... »Die sind bei uns nicht so locker drauf wie du!«

Hans, der Erzähler (also Matthias Politycki) hätte auch »ich« sagen können. Denn er selbst war noch vor wenigen Tagen ebenfalls überhaupt nicht locker drauf, und das Eingeständnis, daß es sich in Deutschland derzeit und bis auf weiteres nicht gut schreiben lasse, hätte er sich ohne den Geburtshelfer des gesunden Menschenverstands, ohne den Tscharli, nie erlaubt. Er hätte weiterhin das hygienische Vokabular und vor allem die Wahrnehmungsvorgaben und Themenverbote für selbstverständlich gehalten, für alternativlos, er hätte weiterhin versucht, mit diesen Verhaltensregeln zu rechtzukommen und hätte den Grund für seine Schreibhemmung, seine Schreibunlust bei sich selbst gesucht und nicht in der aseptischen Atmosphäre seines moralisierenden Vaterlands.

Afrika, also: Tansania und dann vor allem Sansibar, sind nicht aseptisch. Alles ist vorläufig, dysfunktional, irgendwie aussichtslos, im Ernstfall knallhart. Wer schon einmal im Afrika südlich der Sahara war, weiß, wie wenig dort die anonymen Institutionen mit jener zuverlässigen Professionalität arbeiten, die wir aus Deutschland kennen. Diese das Leben absichernde und auffangende Hülle wird in Afrika

von einem Kranz aus Kontakten, von einer Großfamilie ersetzt.

Hans mußte ein zweites Mal nach Tansania reisen, um diese andere Form der Organisation, diese Lebensermöglichungs- und Lebenssicherungsebene unterhalb des kaputten Staatsgebildes kennenzulernen. Helfen hätte ihm diese »Ebene« aber vor zwanzig Jahren nicht können, als er mit seiner Verlobten eine wochenlange, geführte Afrikatour unternahm, durch den Bürgerkrieg in Ruanda fuhr und sich schwer infizierte. Hilflos hätte man in Afrika sein Bett umstanden, hilflos hätte man den Sterbenden in den Tod begleitet. Aber da war ja noch die andere Welt: »Am 22. Dezember landeten wir um zehn Uhr morgens in München. Zwei Sanitäter hoben mich vorsichtig von meiner Pritsche auf ihre Tragbahre, sie fragten mich: ›Tun wir ihnen weh?‹. Da kamen mir die Tränen.« In den Wochen danach kämpfte das sterile Deutschland um das Leben von Hans, der währenddessen völlig allein, nicht umringt, nicht bemutert in seinem Krankenzimmer lag.

Warm sterben in Afrika oder kühler leben in der BRD? Dutzendfach habe ich selbst die Doppelmoral aus beidem beobachtet: »Aussteiger«, im Vergleich zu den Einheimischen in Kamerun, Nigeria, Algerien die Taschen voller Geld, flohen regelrecht zurück ins »Scheiß Deutschland«, wenn der Körper sich meldete oder die Partnerin doch nicht in einem lehmigen Dreibett-Zimmer niederkommen wollte. Polityckis Hans kriegt vom Tscharli die Augen geöffnet für solche Lebenslügen, solche First-World-Entwürfe von Afrika und seiner vermeintlichen Warmherzigkeit und Lebensfülle. Auch der Tscharli hat in diesem unfassbar geschickt und prall geschriebenen Roman seine Tragödie schon erlebt und ist – wie Hans – zurückgekehrt, um etwas zu vollenden, hinter sich zu bringen, abzuleisten. Sein Gespür für Komik, falsche Hierarchie, Abschottung, dummes Moralgeschwätz, unangemessene Erwartungshaltung ist phänomenal. Am Eingangstor zu einem Ferienressort aber, in dem sich vor allem »deutsche Pauschalreisetouristen« tummeln, holt den Tscharli dann endlich auch seine ganz persönliche Afrika-Geschichte ein. Er will da rein, wird aber ganz kleinlaut. Zum Glück hat der Hans auf der dreitägigen gemeinsamen Motorrollertour quer durch Sansibar genug gelernt und trifft den Ton: »Zu meiner Überraschung hörte ich mich sagen: »Me Simba One, he Simba Two.« Was das heißen soll? Weiß keiner, aber es paßt halt in die Situation. Im Grunde ist es der reine Ausdruck einer großen Unlust: Argumentieren? Höflich nachfragen? Torwächter akzeptieren? Nein, nicht mehr, damit haben wir es lange genug probiert.

Befreiende Lektüre, großer Spaß! Und wie stets nach solchen Büchern dürfen wir sagen: »Das kann uns keiner mehr nehmen!«

GÖTZ KUBITSCHKE ■



## Machen wir's wie Israel

**Thilo Sarrazin: *Der Staat an seinen Grenzen. Über Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart*, München: LMV Verlag 2020. 480 S., 26 €**

Thilo Sarrazin hat seit seinem 2010 erschienen Bestseller *Deutschland schafft sich ab* alle zwei Jahre ein ähnlich umfangreiches Buch veröffentlicht. Auch in diesem Jahr ist er dem Rhythmus, von dem ihn auch ein erneuter Verlagswechsel nicht abhalten konnte, treu geblieben. Nach der Euro-Rettung, dem politisch-korrekten Tugendterror, der Realitätsverweigerung der Regierenden, der feindlichen Übernahme durch den Islam nun also die Einwanderungsproblematik. Bei allen Büchern handelt es sich um Variationen des einen großen Themas »Staatsversagen«, teilweise ergänzt durch Erfahrungen, die der Autor mit der Öffentlichkeit machte, als er sich 2009 erstmals richtig aus der Deckung wagte.

Wir erinnern uns: Sarrazin, der als Volkswirt auf dem SPD-Ticket in verschiedenen Ministerien Karriere machte, provozierte als Finanzsenator in Berlin erstmals mit Aussagen zu Ernährungsgewohnheiten von Hartz-4-Empfängern bevor er dann 2009 in den Vorstand der Bundesbank wechselte und im September der Kulturzeitschrift *Lettre Internationale* ein Interview gab, das riesige Wellen schlug. Sarrazin hatte darin polemisch auf die Integrationsdefizite muslimischer Einwanderer und die Gründe dafür hingewiesen. Der Sturm der Entrüstung, den diese »diskriminierenden« Äußerungen auslösten, wehte Sarrazin aus seinem Amt, machte ihn aber gleichzeitig so bekannt, daß sein Buch 2010 zum erfolgreichsten Sachbuch in der Geschichte der Bundesrepublik wurde.

Von diesem Erfolg, der vor allem darauf beruhte, daß einer vom politischen Establishment Klartext redete, zehrt der nun 75jährige Sarrazin bis heute, wenngleich der Kreis der Leser immer kleiner wird. Das hat nichts damit zu tun, daß das, was er schreibt, falsch ist, sondern vor allem damit, daß seit 2017 Sarrazins Position durch die AfD im Bundestag vertreten ist. Sarrazin, der selbst bei jeder Gelegenheit beklagt, daß ihn kein Politiker oder Journalist richtig gelesen hätte, könnte sich also freuen, trägt aber beim Thema AfD lieber die Mainstream-Scheuklappen. Da Sarrazin die AfD nur als Schmutzkind wahrnimmt, das nur in die heiligen Hallen vordringen konnte, weil die Etablierten nicht auf ihn gehört haben, wird seine Meinung zunehmend unwichtiger.

Sein neues Buch macht dieses Dilemma deutlich. Es geht um Einwanderung, die sich nur steuern läßt, wenn man Grenzen hat. An diese banale Tatsache zu erinnern, ist leider immer wieder notwendig, da die Erfahrung von 2015 nicht dazu geführt hat, diese Einsicht zum

Allgemeingut zu erheben. Gleichzeitig ist aber in den letzten Jahren ziemlich alles von ziemlich jedem zu diesem Thema gesagt worden, nur von Sarrazin noch nicht. Das holt er jetzt nach.

Sarrazin beginnt mit der Rolle der Einwanderung in der Geschichte, die zeige, daß Einwanderung für die Einwanderungsländer ein Minusgeschäft sei, das im Zweifel mit dessen Auslöschung endet, es sei denn, es wanderten kulturnahe Spezialisten in überschaubarer Zahl ein. Nach diesen 150 Seiten kommt er zur deutschen Identität, worunter er das Bewußtsein versteht, ein Deutscher zu sein. Sich selbst schildert er als »europäische Promenadenmischung«, die sich deutsch fühle (und die deutsche Kultur gern erhalten sähe): »Als deutsch an mir empfinde ich einen Hang zum Grundsätzlichen. Deutsch ist aber auch ein gewisser, hartnäckiger

Fleiß, dem nicht zuletzt dieses Buch zu verdanken ist.« Gleichzeitig könne niemand so universalistisch sein wie ein Deutscher, was Sarrazin an Thomas Mann und seinen Träumen vom Weltstaat zeigt.

In den folgenden Kapiteln kommt Sarrazin zur Gegenwart, zeichnet die Debatten um Einwanderung mit den wichtigsten Wortmeldungen nach und zerpflückt den UN-Migrationspakt in seine Einzelteile, die zusammengesetzt immer wie-

der das eine Bild ergeben: Selbstaufgabe Europas. Was Sarrazin leider nicht erwähnt, ist die Tatsache, daß die ungewollte Aufmerksamkeit, die der UN-Pakt in der Öffentlichkeit erfahren hat, vor allem dem Wirken der AfD zu verdanken ist. Mit der Gegenüberstellung von Einwanderungspolitik, die in Deutschland nicht rational gestaltet, sondern ideologisch kommentiert wird und den Ursachen des Migrationsdrucks, der auf Europa lastet (und den Europa nicht lindern kann, ohne unterzugehen), kommt er zu seiner Antwort auf die Frage nach den konkreten Möglichkeiten der Steuerung.

Die Grundlagen dieser Antwort dürften im Lager rechts der CDU Allgemeingut sein: Grenzsicherung, Bekämpfung der Fluchtursachen, Einschränkung des Asylrechts und konsequente Rückführung aller illegalen Einwanderer. Am Ende läuft es auch hier auf eine selektive Einwanderungspolitik nach dem Vorbild der üblichen Verdächtigen hinaus (deren Voraussetzungen jedoch gänzlich andere als im Falle Deutschlands sind). Auch wenn Sarrazin sich viel auf seinen Pragmatismus einbildet, muß man schmunzeln, wenn er dabei auch noch auf Israel verweist, das eben beweisen würde, daß es geht, wenn man nur wolle. Aus unterschiedlichen Gründen haben weder der Voluntarismus noch der Appell an die Vernunft bislang besonders viel bewirkt. Die Antwort auf die Frage, warum man in Deutschland eben nicht will, würde auf den Kern des Problems führen. Leider stellt Sarrazin noch nicht einmal die Frage.

ERIK LEHNERT ■



## Chinas Sonderweg

**Wolfram Elsner: *Das chinesische Jahrhundert. Die neue Nummer eins ist anders*, Frankfurt a. M.: Westend Verlag 2020. 384 S., 24 €**

Ob Donald Trump als US-Präsident wiedergewählt wird oder sein Herausforderer Joe Biden die Wahl im November gewinnen sollte – der Wirtschaftskonflikt mit der Volksrepublik (VR) China wird andauern. Denn in der US-Politik herrscht bezüglich eines »Decoupling«, einer Abkopplung Chinas respektive einer sukzessiven internationalen Isolation, seltene Einigkeit. Von Stephen Bannon, dem greisenhaften Schreckgespenst vieler Linksliberaler, bis zu den demokratischen Interventionisten – Chinapolitik heißt in den derzeitigen Vereinigten Staaten Konfrontationspolitik. Und so gilt für beide Präsidentschaftskandidaten, was der amtierende US-Außenminister Michael Pompeo als Stoßrichtung kundtat: »Die freie Welt muß über diese neue Tyrannei triumphieren.« Nun gilt seit über einhundert Jahren die Devise, daß man sich in höchste Alarmbereitschaft versetzen sollte, wenn seitens des Imperiums ein bestimmter Staat als »Tyrannei« denunziert und an die Entschlossenheit einer sogenannten freien Welt appelliert wird. China wird, als geschichtspolitisch bewanderte Nation, entsprechende propagandistische Zurüstung einordnen können. Für Deutschland und Europa gilt es diesbezüglich Wachsamkeit an den Tag zu legen, sich nicht – erneut – in transatlantischer Nibelungentreue auf die falsche Seite im Rahmen eines geopolitischen und geökonomischen Ringens zu schlagen. Daß just diese Konstellation denkbar ist, liegt – neben vielen politischen Faktoren – auch an der anhaltenden Delegitimierung des chinesischen Sonderwegs in den meinungsprägenden deutschen Medien. Eine Ausnahme stellt nun die Streitschrift des Bremer Volkswirtschaftlers Wolfram Elsner dar. *Das chinesische Jahrhundert* ist das fundierte, kämpferische Gegenstück zu Kai Strittmatters China-Verdammung *Die Neuerfindung der Diktatur* (vgl. *Sezession* 88): Fundiert, weil der China-Kenner Elsner Fakten, Daten, Fallbeispiele und Trends zusammenträgt, die ein in deutscher Sach- und Fachliteratur beispielloses Panorama der gegenwärtigen (und künftigen) VR ergeben. Kämpferisch, weil Elsner mit seinen eigenen Standpunkten offensiv umgeht. Er läßt es sich anmerken, daß er genug hat von der »linksliberalen deutschen Intelligentsia mit ihrem Werteabsolutismus«, von moralpolitischen Exzessen und *China-Bashing*. Chinas Weg sei mit unseren altväterisch wirkenden wie neoliberal ausstaffierten Schubladen nicht zu begreifen, denn dort entstünde »etwas völlig Neues im Verhältnis von Staat und Markt«. Gewiß: Auf das sprachliche Changieren zwischen Kampfschrift und akademischer Erörterung muß man sich einlassen können, und daß Elsner die bizarre

Gendersternschreibweise praktiziert, kann allenfalls mit restlinken Anwendungen entschuldigt werden. Ungeachtet dieser Einwände gelingt es ihm bemerkenswert, Wissen zu vermitteln: Ob Energiepolitik oder ökologische Problemstellungen, soziale Verhältnisse oder ökonomische Prozesse, Industriepolitik oder Finanzsystem, Bankenstruktur oder technologische Innovationen – das ist ein China-Reader am Puls der Zeit. Beeindruckt zeigt er sich insbesondere von der Mixtur verschiedenster Eigentums- und Unternehmensformen (von Staatsbetrieben über den wachsenden Mittelstand bis zu Kleinunternehmen), die sich ergänzen und zu produktivem Wettbewerb führen. Individuelle Wirtschaftstätigkeit sehe sich dabei gefördert, Unternehmer erhalten jene Unterstützung, die sie benötigen, und bereits über eine Million (Dollar-)Millionäre in der Volksrepublik zeigen, daß private Reichtumsbildung möglich ist. Was indes nicht zur Disposition stehe, sei das Primat der Politik. Dieses sehe unter anderem vor, daß Unternehmer zwar individuell reich werden können, aus den Profiten aber konstant und überdies situativ Abgaben für die flächendeckende Gewährung von Gemeinschaftsgütern darbringen müssen. Elsner nennt dies die Effizienz garantierende »Sozialisierung von Profitanteilen«, die ebensowenig unterminiert werden dürfe wie Interessen von Volk und Nation an sich, welche – und diesen Prozeß relativiert Elsner ein wenig – durch die Kommunistische Partei artikuliert werden. Die chinesischen Kapitalisten seien somit politisch enteignet, nicht aber ökonomisch; zudem müssen sie in ihrem Wirtschaftsbetrieb hohe Lohnsteigerungen ebenso akzeptieren wie wachsende Sozialversicherungsleistungen, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und staatlich angewiesene Änderungen in der Produktion. Der Markt sei für Chinas Regierung »das Instrument der Produktivkraftentwicklung im Interesse einer langfristigen nationalen und sozialen Entwicklung«, nie aber »Selbstzweck«, denn: »Staat und Gesellschaft haben sich nicht dem Markt anzupassen, sondern umgekehrt.« Elsner wischt in diesem Sinne schlagfertig das Gros gängiger China-»Narrative« beiseite: weder Kapitalismus noch Kommunismus, weder »StaMoKap« noch »konservativer nationaler Sozialismus« (Peter Kuntze). Es dominiere eine »systemische Vielfalt und Komplexität«, die jede apodiktische Kategorisierung unmöglich mache, wobei Elsner abschließend den Terminus »marktwirtschaftlicher Sozialismus« als mögliche Annäherung zu akzeptieren bereit ist. Welchen Namen man dieser illiberalen, souveränistischen und im besten Sinne politischen Einhegung des Kapitals auch geben möge – entscheidend ist, daß Deutschland und Europa mit dem chinesischen Weg nicht kollidieren *müssen*. Es sei denn, man stilisiert sich einmal mehr als Appendix der »freien Welt« und ihres Zentrums.



BENEDIKT KAISER ■

## Jenseits von Smith und Marx

**Benedikt Kaiser: *Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts*, Schnellroda: Verlag Antaios 2020. 290 S., 18 €**

Wer den bizarren Coronatheaternebel unserer Tage durchstößt und wachen Sinns seine Außenwelt beobachtet, dem kann kaum entgehen, daß sich – nach dem politischen Bedeutungsverlust Europas im Zuge des zweiten Dreißigjährigen Krieges (1914–1945) – seit geraumer Zeit ein wirtschaftlicher Niedergang in einem bisher unbekanntem Ausmaß vollzieht. Die Westernisierung und die hierauf gründenden Irrwege des alten Kontinents (demographisches Desaster, multikulturelles Abenteuer, generalstabsmäßig betriebene Zerstörung von Volk, Familie, Recht, Religion, Ordnung und Institutionen, »braindrain« nach Asien und in die USA etc.) haben eben auch einen ökonomischen Preis. Der Wohlstandcommonwealth zerbröckelt vor unseren Augen. Mehr und mehr sicken selbst in derzeit (noch) solide erscheinenden Mittelstandskreisen eine Vorahnung davon durch, daß die am Horizont dräuenden Verwerfungen auch vor dem eigenen Reihenhaus nicht haltmachen könnten. Eine »weiche Landung« nach dem Muster der vergleichsweise beschaulichen Implosion des Kommunismus 1989/91 ist jedenfalls nicht in Sicht. Walter Benjamin hatte schon vor hundert Jahren die Erfahrung seiner Generation in der unheilsschwangeren Erwartungsformel gebündelt, »daß der Kapitalismus keines natürlichen Todes sterben wird«. Angesichts der aufziehenden schwarzen Wolken spricht vieles dafür, daß den Europäern, insbesondere den Exwirtschaftswunderrestgermanen, ausgesprochen ungemütliche, möglicherweise aber auch bewußtseinserweiternde Jahre bevorstehen könnten.

In solch unsicheren Zeiten sind kluge Bücher gefragt, die Orientierung stiften und dem Leser – jenseits der ausgetretenen marxistischen und liberalkapitalistischen Holzwege – neue Perspektiven aufzeigen. Benedikt Kaisers jetzt veröffentlichtes Grundlagenwerk über »die soziale Frage von rechts« gehört in diese selten gewordene Buchkategorie. Am Anfang seiner Untersuchung klärt Kaiser vielzitierte, häufig aber falsch verstandene Begriffe wie Kapitalismus, Sozialismus, Neoliberalismus, Marktwirtschaft etc. Sodann werden die historischen Entwicklungslinien von Volkswirtschaft und Sozialpolitik im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts dargestellt und im Endkapitel »Der Weg in die neoliberale Abstiegs-gesellschaft (1992–2020)« zugespitzt. Kaisers Auswertung wesentlicher Autoren wie A. Wagner, Tönnies, Sombart, Niekisch und Freyer macht – für den Kenner wenig verwunderlich – deutlich, daß es der deutsche Geist war, der jenseits der Marktentfesselungsrezepte eines Adam

Smith und dem Zwangskollektivierungswahn eines Karl Marx nach gangbaren »dritten Wegen« suchte. Bei der Darstellung der Kapitalismuskritik der Gegenwart besticht Kaiser durch eine stupende Wiedergabe und Analyse linker wie rechter Standpunkte, wie sie – von Sahra Wagenknecht bis Hans-Dietrich Sander – unterschiedlicher kaum sein könnten. Dabei absolviert er die Gratwanderung zwischen klar rechter Positionsbeziehung und diplomatischem Gesprächsangebot nach links geradezu meisterhaft. Ob aus der zuletzt genannten Ecke, jener »durchliberalisierten Resterampe unserer Zeit« (Kaiser), ernsthafte »Querfront«-Offerten zu erwarten sind, erscheint aus Sicht des Rezensenten eher zweifelhaft. Die Auseinandersetzung mit der anderen, die Schattenseiten des globalen Ökonomiediktats routiniert ausblendenden Feldpostnummer, den Hayek-affinen Libertären,



hätte man sich vielleicht noch etwas ausführlicher gewünscht. Andererseits bestehen einige Aussichten darauf, daß sich diese ahistorische, philosophisch flachwurzelnde und politisch kurzsichtige Alle-Macht-den-Märkten-Obsession angesichts der Verschärfung der sozialen Frage in den kommenden Jahren von selbst erledigen könnte. Erfrischend an Kaisers Buch ist weiter die ebenso kenntnisreiche wie vernichtende Kritik des »Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE)«; allein die sechsseitige

Abfertigung dieser – im BRD-»Diskurs« regelmäßig auftauchenden – Schnapsidee lohnt die Anschaffung des Buches. Wenn man an dem quellengesättigten und stilistisch schnörkellosen Werk überhaupt etwas beanstanden wollte, dann allenfalls seine – freilich bei dem Thema kaum vermeidbare – Übergewichtung wirtschaftlicher Kriterien. Denn der von Kaiser geforderte »solidarische Patriotismus« hat zuallererst die Überwindung des panökonomistischen Denkens, das Kapitalismus wie Marxismus gleichermaßen kennzeichnet, nötig. Der Mensch ist – ebenso wie eine Familie oder ein Volk – nicht allein ein kalkulierendes Wesen, sondern daneben noch viel mehr und anderes. Und wenn es nicht gelingt, die geistige und seelische Existenz des Homo sapiens incl. seiner überlieferten Vergemeinschaftungsformen zu retten, dann kann man sich als Alteuropäer den Anblick des den Planeten abgrasenden Homo oeconomicus eigentlich ersparen.

Benedikt Kaiser berührt mit seinem einfühlsamen und konsequent gegen den Strich der BRDianischen Konsensdenke geschriebenen Werk den Nerv der Zeit. Gäbe es in diesem Land eine offene Debatte, so müßten Kaisers Thesen und sein »Angebot an vernunftbegabte und gemeinwohlorientierte Kräfte aller Seiten der politischen Gesäßgeographie« in allen Gazetten diskutiert werden. Aber was nicht ist, kann ja »im langen Winter der Wahrheit« 2020/21 (*BILD* dixit) noch werden.

THOR V. WALDSTEIN ■

## Wir mußten kämpfen

**Christian Hardinghaus: *Die verdammte Generation. Gespräche mit den letzten Soldaten des Zweiten Weltkrieges*, Berlin: Europaverlag 2020. 328 S., 20 €**

Heute wird alles, was nicht den moralisch- und politisch-korrekten Vorstellungen der Zeitgenossen entspricht, schnell mit dem stigmatisierenden Attribut »Nazi« versehen. Dies gilt erst recht für deutsche Soldaten des Zweiten Weltkrieges. Da wird die Feldbluse eines Gefreiten zur »Nazi-Uniform«, das Eiserne Kreuz zweiter Klasse zum »Nazi-Orden« und der Soldat selbst wird zum »Nazi«, obwohl er nie Mitglied der NSDAP gewesen ist. So sorgen Naivität und Überheblichkeit dafür, daß Goebbels' Propagandaphrase von der »Volksgemeinschaft« zumindest in der bundesdeutschen Erinnerungskultur wahr wird. Christian Hardinghaus, Historiker und Lehrer, führt in seinem Vorwort die Attitüde der moralischen Überlegenheit der Nachgeborenen auf zwei Ursachen zurück: massive Identitätsprobleme und weit verbreitete Unwissenheit. Schon die Wehrmachtausstellung, die er als wissenschaftlichen Super-GAU charakterisiert, hat deutlich werden lassen, daß der Alltag deutscher Soldaten offenbar Ausstellungsmachern und vielen -besuchern völlig unbekannt war. Hannes Heer dekretierte: deutsche Soldaten waren in ihrer Gesamtheit Täter, sogar die Widerständler des 20. Juli 1944 fielen unter dieses Verdikt – und die Mehrheit glaubt diese These. Leider greift Hardinghaus selbst auf einige Pauschalanklagen zurück, etwa die Mär vom weitverbreiteten Drogenmißbrauch in der Wehrmacht oder die Negierung des Befehlsnotstandes.

Die meisten vom Autor Befragten schildern die zunehmende Abstumpfung und Verrohung der Menschen durch die Kriegsgemetzel. Zeitzeuge Otto hat die Greuel des »Bromberger Blutsontags« 1939 am eigenen Leib erlitten. Rund 5500 Volksdeutsche wurden damals von Polen ermordet. Er berichtet, wie er nur knapp dem Tod entronnen ist. Der Artillerieoffizier Wiegand erzählt von durch Rotarmisten massakrierten deutschen Soldaten. Er kämpft 1942/43 im eingekesselten Stalingrad bis zum apokalyptischen Ende, schildert die Todesmärsche in die Sowjet-Lager, Hunger und Krankheiten. Werner erlebt 1941 beim Einmarsch ins Baltikum, wie die Bevölkerung die Soldaten als Befreier begrüßt. Vor Oranienbaum wehren sich die Deutschen im blutigen Nahkampf gegen russische Angriffe. Er sieht, wie zwei marschunfähige russische Kriegsgefangene zum Erschießen weggeführt werden und wird später selbst zur Exekution eines Deserteurs abgeordnet. Anfangs noch von den Gewalttaten entsetzt, wird er mit der Zeit immer gleichgültiger – für ihn die einzige Möglichkeit, angesichts der ständigen Extremsituationen nicht den Verstand zu verlieren. Jo-

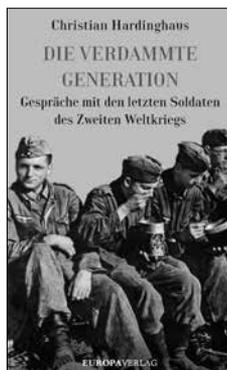
hannes singt ein Loblied auf das zuverlässige Sanitätswesen der Wehrmacht, dem er sein Leben verdankt. Die »schlimmste Barbarei« des Krieges waren für Rolf die drei Monate Hunger und Willkür in den Rheinwiesenlagern, die er nur durch Glück überlebt. Alle Soldaten haben den Krieg nicht gewollt, wollten nur überleben und denken immer an die Kameraden, die es nicht geschafft haben. Jakob sagt: »Wir mußten kämpfen und haben uns gewehrt, damit wir selbst nicht draufgehen. Wir wollten als Söhne und Väter überleben. Ist das nicht zu verstehen?« Vom Holocaust haben alle Befragten erst nach Kriegsende gehört. Entstanden ist ein authentisches Panorama von den Schrecken des Krieges, wobei die alten Soldaten mit viel Sympathie und ohne Besserwisserei der Nachgeborenen gezeigt werden.

OLAF HASELHORST ■

## Nullsummenspiel

**Jonathan Aldred: *Der korrumpierte Mensch, Die ethischen Folgen wirtschaftlichen Denkens*, Stuttgart: Verlag Klett-Cotta 2020. 443 S., 25 €**

Das Erstaunliche an diesem Buch ist sein Autor. Jonathan Aldred, der Mann, der hier einen Streifzug durch die Wirtschaftswissenschaft des vergangenen halben Jahrhunderts unternimmt, um zu dem Schluß zu gelangen, diese Theorien hätten die öffentliche Moral verdorben, ist wirtschaftswissenschaftlicher Dozent an der Universität von Cambridge. Das muß man auf dem Umschlag nachlesen, andernfalls würde man es nicht glauben. Sein Buch enthält Passagen wie: »Ein Nullsummenspiel ist jedes Spiel, bei dem alles, was für den einen Spieler gut ist, für den anderen schlecht ist.« Mancur Olson habe gesagt, daß Kooperation irrational sei und nicht etwa (was der Wahrheit entspräche) begründet, warum kleine Gruppen, die viel für das einzelne Mitglied herausschlagen können, besser kooperieren, als große Gruppen, bei denen der Einzelne seinen Nutzen nicht sieht. Derartige, das einem Germanistikdozenten entspräche, der den Stabreim in Goethes *Faust* kritisiert, findet sich auf Schritt und Tritt. Aldred gelingt das nicht geringe Kunststück, selbst der Hypothese der effizienten Finanzmärkte, die wirklich auf den Müllhaufen der Wissenschaftsgeschichte gehört, Unrecht zu tun. Diese besagt nämlich nicht, daß Börsenhändler allwissende Hyperrationalisten seien, die niemals Fehler machen. Sondern: daß die Volatilität an Börsen ausschließlich den Schwankungen externer Informationen geschuldet sei, die durch den Marktmechanismus gemäß dem vorhandenen Informationsstand richtig eingepreist würden. Selbst in diesem noch besten Abschnitt seines Buches dringt Aldred nicht



zum Kern der Sache vor. Der Ausdruck »Endogene Unsicherheit« taucht ebenso wenig auf wie der Name des Stanfordprofessors Mordecai Kurz, der die Effizienzmarkthypothese bereits Anfang der 1990er widerlegte.

Entweder ist dieses Buch aus dem Frust eines Dozenten geschrieben, der den Anforderungen seiner Wissenschaft nicht gewachsen ist, oder es ist der zynische Versuch, an der berechtigten Skepsis des breiteren Publikums gegenüber der heutigen Wirtschaft zu verdienen. In letzterem Falle muß er eine abgrundtief niedrige Meinung von der Intelligenz seiner Leser haben. Denn abgesehen von fachlichen Mängeln, die selbst dem dilettantisch gebildeten Laien auffallen müssen, ist seine Argumentation allgemein dünn. Fliegend wechselt Aldred zwischen Kritikpunkten, die einander ausschließen, behauptet, eine Theorie sei falsch (oft unter Verweis auf ein einziges Experiment der Verhaltenswissenschaft, deren eigene Schwierigkeiten mit keinem Wort erwähnt werden), um einen Absatz weiter ihre Richtigkeit zu implizieren, während er ihre Amoralität geißelt. Den Ökonomen, die bei Berechnung der wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels die menschlichen Schäden einberechnen, wirft er vor, den Wert von Menschenleben in Geldbeträgen zu messen, denen, die sich auf den wirtschaftlichen Schaden beschränken, daß sie die menschlichen Schäden außer acht ließen. Auch für die Kernhypothese, die die disparaten Kapitel miteinander verbindet, bringt er keinerlei Belege vor. Daß eine Reihe – der breiten Mehrheit der Menschen unbekannter – ökonomischer Theoretiker unsere Moral verdorben und den Egoismus legitimiert hätten, bleibt eine bloße Behauptung. So wirkt das Buch in seiner Gesamtheit ebenso wie eine Satire auf das Konzept der Metapolitik, wie eine Karikatur jeder ernsthaften Kritik der heutigen Wirtschaftsweise.

JOHANNES KONSTANTIN POENSGEN ■

## Es konsult wieder. Ernsthaft?

**Florian Huber: *Rache der Verlierer. Die Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland*, Berlin: Berlin Verlag 2020. 288 S., 24 €**

Der Historiker Florian Huber, Jahrgang 1967, scheint insbesondere auf Spät- und Nachkriegsthemen abonniert: Seine Dissertation beschäftigte sich mit der britischen Reeducation in Deutschland beim Lizenzfunk NWDR. Daß Huber in der Folge bei dessen Nachfolger NDR als Redakteur einstieg, gehört zu den vielen bedenkenswerten Details im Zusammenspiel von Autor und Werk – man hat ihn dort bis heute nicht vergessen, siehe unten.

Zum 70. Jahrestag des Kriegsendes veröffentlichte Huber 2015 *Kind, versprich mir, daß du dich erschießt*, einen niederschmetternden Blick auf die Mikroebene des Dritten Reichs in Agonie. Das Buch bildet einen kleinen Ausschnitt all der ungezählten Schicksale ab, deren katastrophale Enden durch das eilige offiziöse Anschmiegen an die »Befreier« in West- wie Mitteldeutschland bis heute einer kollektiven Erinnerung entzogen bleiben und gegenüber den Opferstatusansprüchen kunterbunter Randgruppen und Minderheiten wohl noch bis auf weiteres unsichtbar bleiben werden. Die üblichen Verständnisfloskeln etwa für massenvergewaltigende Rotarmisten ließ er aber keineswegs aus.



Im Folgebuch, *Hinter den Türen warten die Gespenster*, wurde zusätzlich die Tendenz des Autors zur publikumsgerechten, »flotten« Schreibweise auf Kosten manch korrekter Darstellungen sehr deutlich. Allerdings sollte dem Leser klar sein, daß heutige Publikationen zu sensiblen Themen maximal aufgrund des Quellenmaterials lesenswert sind und es zu ignorieren gilt, wenn der jeweilige Autor sich zum Zeitgeistkotau anschickt.

Was hat es zu bedeuten, daß das Werbesprüchlein des vorliegenden Buchs von *Panorama*-Betroffenheitsemitter und NDR-Innenpolitik-Redakteurin Anja »Propaganja« Reschke kommt? Nun, 100

Jahre nach dem dilettantischen Kapp-Putsch (vgl. das *Staatspolitische Handbuch Deutsche Daten*), hat Huber sich einem weniger verdienstvollen Thema zugewandt: Um die »Erfindung des Rechtsterrors in Deutschland« soll es gehen.

Kein semantischer Lapsus: Huber zieht nicht nur die Traditionslinie von der Marinebrigade Ehrhardt über die nebulöse »Organisation Consul« bis hin zum »NSU«, sondern sieht auch in den Anschlägen von Oslo/Utøya 2011 und Christchurch 2019 den deutschen »Exportschlager« Rechtsterrorismus am Werk. Genauso parallelisiert er den (falsch datierten) Kapp-Putsch mit PEGIDA, das Trio Helfferich/Hindenburg/Ludendorff mit Höcke/Däbritz/Bachmann und die Uniformierung Korvettenkapitän Ehrhardts mit der von Anders Breivik. Damit und mit dem Quellenverzeichnis sind bereits 50 Seiten des Buchs dahin.

Im Rest leitet Huber seine Kurzviten der bekannten O.C.-Granden mit einem Zitat Alexander Gaulands ein, um dessen Heimatbegriff mit dem der »Verlierer« (und verurteilten Mörder) in eins zu setzen, huldigt dem 1922 erschossenen »vielgesichtigen« Walther Rathenau und sieht sich von der AfD – klar – an die parlamentarische Rechte der Weimarer Republik erinnert.

Sein Fazit? »Diese letzten Deutschen sterben nicht aus.« Als Kundschaft abgeschöpft glaubt Huber sie aber, sonst hätte er seinen hi-

storiographischen Abstecker auf weniger ausgetretene Pfade kaum mit einem solchen Türknallen beendet. Die Literaturzitate von Salomons *Die Geächteten* über Heinz' *Die Nation greift an* bis hin zu Jüngers *Der Kampf um das Reich* werden jedoch viele Neuinteressierte zu den leicht verfügbaren Nachdrucken greifen lassen. Und wer einen sachlichen Blick auf die O.C. sucht, der findet die Studien von Gabriele Krüger und Martin Sabrow in jeder Universitätsbibliothek. Ganz ohne Staatsfunk-Stallgeruch.

NILS WEGNER ■

## Arbeit belohnen und Einwanderung verhindern!

**Ronnie Schöb: *Der starke Sozialstaat. Weniger ist mehr*, Frankfurt a. M.: Campus-Verlag 2020. 288 S., 27,95 €**

Für einige Familien lohnt es sich erst ab einem Netto-Einkommen von rund 3000 Euro pro Monat, aus dem Hartz-IV-System auszusteigen. Die Ursache dafür: Die Bundesrepublik bietet allen »Bedürftigen« eine Grundsicherung an, bei der die Miete und Versorgung der Kinder inbegriffen sind. Wer folglich einen hohen Bedarf an finanzieller Unterstützung und Wohnraum nachweisen kann, erhält auch entsprechend viel.

Offiziell firmiert das unter dem Schlagwort der Bedarfsgerechtigkeit. Im Endeffekt führt dieses Prinzip aber dazu, daß sich einfache Tätigkeiten, bei denen nur ein durchschnittliches Gehalt zu erwarten ist, nicht mehr in Vollzeit lohnen. Denn absurderweise honoriert das Hartz-IV-System wenig Arbeit in Form von Minijobs mehr als eine anstrengende 40-Stunden-Woche.

Ronnie Schöb, Ökonomieprofessor und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums, nutzt diese Schwachstelle als Ausgangspunkt, um in seinem neuen Buch über unseren Sozialstaat nachzudenken. Ihm schwebt eine »Versicherung auf Gegenseitigkeit« vor, die »ein besseres Zusammenspiel von staatlicher Fürsorge und Anreizen zu Selbsthilfe und Eigenverantwortung« zu gewährleisten habe. Im Kern geht es ihm darum, die Hinzuverdienstregelungen der Grundsicherung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Das heißt: Wer viel arbeitet, um Hartz IV schnell hinter sich lassen zu können, muß belohnt, statt wie bisher bestraft werden.

Darüber hinaus wagt sich Schöb mit großer Vorsicht an die Einwanderung in unser Sozialsystem heran. Er wirbt für das Heimatlandprinzip. Ein Bezug von Sozialleistungen wäre dann erst möglich, wenn ein Migrant fünf Jahre lang Vollzeit in Deutschland gearbeitet hat. Schöb dreht damit an zwei wichtigen Schrauben. Dennoch kommt er über Symptombekämpfung nicht hinaus, weil er *summa summarum* die grobe Ausrichtung der deutschen Sozialpolitik

seit Gerhard Schröders Agenda 2010 befürwortet und Grundsatzfragen ausblendet.

Diese zu stellen und dabei an genuin deutsche Traditionslinien (Elberfelder System, Bismarcks Sozialgesetze ...) anzuknüpfen, bleibt somit eine Aufgabe, die sowohl aufgrund der aktuellen Corona-Wirtschaftskrise als auch aufgrund der demographischen Schieflage von herausragender Bedeutung ist.

FELIX MENZEL ■

## Peter, hast Du das nötig?

**Peter Schneider: *Denken mit dem eigenen Kopf*, Essay, Köln: Verlag Kiepenheuer & Witsch 2020. 358 S., 22 €**

Haha, könnte einer spitzfindig äußern: Wie denn sonst denken, wenn nicht mit dem »eigenen Kopf«? Peter Schneider hebt sich die Pointe bis zum Schlußwort auf. Der Titel, der diesen gesammelten Aufsätzen voransteht, ist nämlich kein Flüchtigkeitsfehler, der leicht als Blödsinn zu entlarven wäre. Doch gemacht. Schneider hat vor kurzem seinen 80. Geburtstag gefeiert. Wer die diesem Band beigefügte Doppelseite mit Photographien anschaut, die ihn, den Schriftsteller und Intellektuellen während der Jahre 1945 bis 2015 zeigt, könnte staunen. Das Photo von 1945 ist ein Kinderbild – aber zwischen 1964 und 2015 zeigt sich uns ein nahezu unverändertes Gesicht. Daß Schneider sich »gut gehalten« habe, wäre das eine. Be-

deutsam ist, daß er während dieser Jahrzehnte, äußerlich »unsichtbar« manche Kehrtwendung vollzogen hat. Diese Essay-Sammlung ist eminent lesenswert. Das resultiert auch daraus, daß Schneider seinen an verschiedenen, meist prominenten Orten publizierten Texten häufig eine »Notiz von heute« beifügt. Das vielbemühte Bonmot der Künstlers Francis Picabia: »Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann« – hier trifft es zu. Daß

Schneider als 68er-Renegat keinen klammheimlichen Schlußstrich unter seine Vergangenheit zog (das taten nämlich viele), sondern beizeiten offen abrechnete mit all den linken Irrtümern und kommunistischen Schandtaten, hat ihm viele Feinde eingebracht, die ihm noch bis heute im bundesdeutschen Feuilleton grollen. Das ist mit all den Namen, die fallen, höchst interessant zu lesen! Schneider, gebürtiger Lübecker hat also »widersagt«, beispielsweise seiner eigenen Mao-Liebhabelei noch anno 1969. Seine Irrtümer seit 1989 gesteht Schneider ebenfalls offen ein. Im Juni 1989 schrieb er beispielsweise für die *New York Times*: »Auch in Zukunft« werde es »zwei deutsche Staaten geben«; eine Wiedervereinigung nannte er damals »utopisch«. Heute gesteht Schneider ein, einer Ideologie aufgefressen zu sein. Nur wenige



Intellektuelle wie Günter Kunert, Hans-Jürgen Syberberg und Martin Walser hätten damals auf die Einheit gesetzt, die »übergroße Mehrheit der linken Intellektuellen« stand »genau wie ich« dagegen. Warum eigentlich? Schneider unkt zurecht, weshalb sich wohl kaum einer der damaligen Vereinigungsgegner je dieser Frage gestellt habe. Er selbst, Peter Schneider hat sich stets ausgesetzt, nicht nur journalistisch, wodurch er sich etliche Feinde (wie Wiglaf Droste und Willy Winkler) machte. Er, beizeiten als »Bellizist« geschmäht, war auch an der (journalistischen) Front im Jugoslawienkrieg. Gelegentlich wurde er gefragt, ob er das »wirklich nötig« habe, sich 1994 nach Sarajewo zu begeben – genau wie er heute mit gleicher Fragestellung für seine mutmaßliche Wendung nach rechts kritisiert wird. Gemeinsam mit seiner Freundin Monika Maron hatte sich Schneider nämlich sehr differenziert mit der »Pegida«-Bewegung und dem zugehörigen Milieu auseinandergesetzt. Daß er nun im Buch insofern zurückrudert, indem er völlig unnötig plumpe »Anti-Höcke«-Kommentare einflucht – das nun sollte er wirklich nicht nötig haben.

WIGGO MANN ■

## Richtiges Leben im Falschen

**David Engels: *Was tun? Leben mit dem Niedergang Europas*, Bad Schmiedeberg: Renovamen Verlag 2020. 246 S., 16 €**

Bedürfte es einer Personifikation eines genealogischen Europäers, wäre sie in Gestalt von David Engels gefunden. Der Althistoriker (Jg. 1979) stammt aus der deutschsprachigen Gemeinschaft in Wallonien/Belgien, denkt und schreibt Französisch, glaubt römisch-katholisch, lebt und arbeitet in Polen und ist, selbstverständlich, polyglott. Stärker noch als ein Europäer empfindet sich der Gelehrte alter Schule als bewußter »Abendländer«, und für die letzten authentischen Vertreter dieser rar gewordenen Spezies hat er – zunächst französisch als *Que faire?*, dann in vielen weiteren Sprachen – eine Art Manifest des stoischen wie selbstbewußten Überlebens im allumfassenden Niedergang vorgelegt. *Was tun?* trifft offensichtlich einen Nerv: Nach wenigen Wochen mußte der kleine, formidable Renovamen Verlag aus der Dübener Heide eine zweite Auflage des bibliophil gestalteten Bändchens vorlegen.

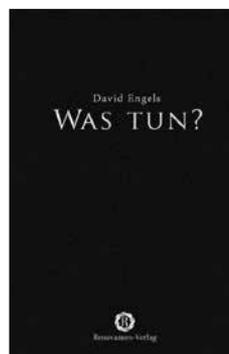
Die Grundthese des in großen Bögen und Zeitfenstern denkenden Autors ist dabei, daß die europäische bzw. abendländische Seele längst im Scheiden begriffen ist. Ereignisse wie der Brand der Kathedrale von Notre-Dame stell-

ten nur die Destruktionen eines Körpers – einer materiellen Gestalt, die innen längst leer und ausgebrannt ist – dar. Die Selbstabschaffung Europas sei eingeleitet, der Prozeß wohl irreparabel. Aber trotz dieser geschichtsdeterministischen Sichtweise, die sich rechts der Mitte in den Jahren des andauernden Abstiegs verbreitet hat, möchte der Autor seinen Lesern Haltepunkte und Charakterschulungen an die Hand geben. Entweder, so formuliert er bestimmt, »überlassen wir uns der Verzweiflung und beschleunigen hierdurch noch das Unausweichliche, oder aber wir tun alles in unserer Macht Stehende«, fährt Engels fort, *seine* Option darzulegen, »um unserem Dasein einen Sinn zu verleihen und unsere Ehre und Würde so lange wie möglich zu



wahren«. Engels' daran anschließende Überlegungen über kulturelle Idealbilder und persönliche Lebensführung sind, soviel kann aufgelöst werden, zweifellos an ein intellektuelles Publikum mit christlicher (Christ werden und bleiben sieht Engels als erste Pflicht) und gesamteuropäischer (europäisch zu denken sei heute grundlegend) Rückbindung gerichtet. »Suchende« bzw. »Neupolitisierte« werden mit der verabreichten Dosis Kulturpessimismus und mit anspielungsreichen Volten auf literarisch-politische Inbegriffe – von Dominique Venner bis Jelena Tschudinowa – nicht ohne weiteres zurechtkommen. Für alle anderen gilt, daß man zunächst den bitteren Happen schlucken muß, wonach wir den »spektakulären Zusammenstoß« nicht verhindern können, der unsere westeuropäische Zivilisation hinwegfegen wird und der sich aus einem diffizilen Geflecht aus sozialen, nationalen, identitären, kulturellen und religiösen Fragen nährt. Was dann aber tun?

Engels trägt bereits bekannte und neue Gedanken zusammen und kompiliert diese zu einem Brevier des Standhaltens. Gegen jeden Haß und Widerstand durchzuhalten, anständig und widerständig, realistisch und doch hoffend, bildet eine der Argumentationsketten ab. Eine andere ist es, seine persönliche Lebens- und Netzwerkgestaltung an die Erfordernisse einer in Auflösung befindlichen Gesellschaft anzupassen, und das heißt: Das Alltagsleben solle jenseits der Großstädte stattfinden, in engmaschigen persönlichen Vertrauensräumen, mit Selbstversorgungsaspekten und nachhaltigen, nachbarschaftlichen Wirtschaftskreisläufen. Neben dieser



grundlegenden, gemeinschaftsbezogenen Sicht beleuchtet Engels auch die persönliche Ebene und skizziert vielfältige konkrete Ratschläge zur individuellen Lebensführung. Das alles, so liest man bei Engels heraus, sei trotz Annahme der Unabwendbarkeit des Niedergangs nicht als Flucht, sondern als eine Art Anlauf zu begreifen. Denn die eingeforderte »Selbstentfaltung« und anvisierte Neuorganisation des Lebens sei

die Grundvoraussetzung dafür, daß auf den Trümmern des Alten etwas Neues entstehen könnte. Engels läßt im Resümee indes keinen Zweifel daran, daß die Hoffnung nur mehr aus dem Osten komme – *ex oriente lux*. In diesem Sinne erscheint die »Emigration nach Ostmitteleuropa, dieser letzten Bastion des traditionellen Abendlandes«, als die tatsächliche »Engels-Option«. Ob dies aber wirklich als ernstzunehmende Alternative für seine Leser in Frage kommt, werden womöglich erst kommende Verwerfungen des *großen Kladderadatsch* beantworten können.

BENEDIKT KAISER ■

## Warum regen die Leute sich so auf?

**Ijoma Mangold: *Der innere Stammtisch. Ein politisches Tagebuch*, Hamburg: Rowohlt Verlag 2020. 224 S., 22 €**

Vor zweieinhalb Jahren hatte ich an dieser Stelle Ijoma Mangolds lesenswerte frühe (er ist Jahrgang 1971) Autobiographie *Das deutsche Krokodil* vorgestellt. Mangold ist Literaturkritiker der *Zeit*; Sohn einer schlesischen Mutter und eines nigerianischen Vaters. Gemessen am veröffentlichten Zeitgeist dürfte er wohl als Liberal-konservativer gelten. Das ist keineswegs unsympathisch, wenn auch nur, wo man anrechnet, daß er genau dieser meinungsbildenden Blase entstammt. Sein neues, wieder sehr unterhaltendes Buch bedient sich eines dankbaren Formats: Mangold hat zwischen September 2019 und April 2020 ein »politisches Tagebuch« geführt. Er reflektiert sich; seine spontanen Gedanken, Bedingtheiten und Meinungen – nicht ohne zu bedenken, was es bedeutet, sich heute stets selbst »reflektieren« zu müssen, also schauen zu müssen, was man wie und wo äußert und wessen Gefühle man dabei möglicherweise verletzen könnte. Und zwar als bundesdeutscher, intellektueller, meinungsprägender älterer – und hier eben nicht-weißer! – Mann. Es geht um Moralismus, Sprachge- und -verbote, um den Vor- und Nachteil, im allgemeinen Gesäusel den Widerpart geben zu dürfen. Mangold geriert sich als einer, der aus reinem Trotz (er kann nicht raus aus dieser Charaktereigenschaft) stets wider den Stachel löckt. Er tut das glaubhaft. (Der Gedanke, daß seine Rolle als reaktionärer Widerborst etwas mit einem »black privilege« zu tun haben könnte, kommt ihm höchstens implizit. Das macht nichts.) Er zitiert, voll im Bewußtsein, damit ein böser Bub zu sein, vielfach Carl Schmitt. Er reproduziert Erkenntnisse, die er namentlich auf Sezession.de aufgeschnappt hat. Er stellt sich dar als einen, der dauernd und grundsätzlich »audiatur et altera pars« befolgt. Sympathisch ist dabei, daß er auch diese Eigenschaft – »alle« hören zu

wollen und sich das auf die Fahnen zu schreiben – kritisch und schön selbstironisch beäugt. Grundton: Wir alle halten uns für reine Seelen oder wenigstens gute Menschen. Wenn nur die anderen nicht so borniert wären! »Über die Affekte der anderen sind wir meist viel besser im Bild als über die anderen.« Das trifft die »gespaltene Gesellschaft« ganz gut. Mangold verdeutlicht das Dilemma des guten Menschen anhand vieler Beispiele. Er selbst hält sich etwa keinesfalls für misogyn. Gleichzeitig ist ihm bewußt, daß das Sich-wofür-auch-immer-Halten rein gar nichts aussagt. Vielleicht ist so einer es ja erst recht? »Sagen wir es so: Jeder muss in diesem Leben schauen, wie er es schafft, auf ein Plateau zu kraxeln, von dem aus er auf die anderen herabschauen kann.« Schön ist das Beispiel Trump. *Alle* (der Autor hat, abgesehen von einem Arbeitsaufenthalt auf Föhr anno 2016, wo er mal unters »Volk« geriet, ausschließlich mit Rechtsanwältinnen, Journalisten, Politikern, Opernsängerinnen, »Kreativen« und gretagläubigen scheinheiligen Vielfliegern, also dem *juste milieu* zu tun – was er für die Normalität hält) sind fanatisch gegen Trump. Mangold wäre gern dagegen. Ihm fällt aber beim besten Willen kein Argument ein. Er verabscheut den Typen. Dann meldet sich Steve, ein schillernd katholisch-reaktionärer Investmentbanker, den er 1990 kennengelernt und seither aus den Augen verloren hatte. Steve ist pro-Trump. Mangold graut vor dem Treffen. Steve aber ist sympathisch wie damals. Er knallt Mangold eine gute Handvoll pro-Trump-Argumente vor den Latz. Da geht nun unserem kritischen Bundesdeutschen »langsam die Puste aus«! Er erfährt Fakten, von denen im deutschen Mainstream komischerweise nie zu hören war. Ulkig, nicht? Eine der besten Stellen ist der Tag im September, wo Mangold schildert, wie er sich wieder von einem Experten »frisch einnorden« ließ und einmal mehr Abschied von »lieb-gewonnen Wahrheiten« nahm. Aber: »Je mehr ich mich zeitlich und räumlich von meinem Bekannten entferne, desto schwächer wird sein Einfluß – und nach einigen Tagen bin ich wieder der Alte. Manchmal kommt sogar der Punkt, wo ich sage: ›Ich komme gegen seine Argumente zwar nicht an, aber seine Position entspricht mir einfach nicht.« Interessanterweise komme ich mir dabei keineswegs wie ein irrationaler Fanatiker vor, sondern denke mir: Politik hat mit Präferenzen zu tun, die nie vollständig aufzuklären sind.« Das nun scheint mir die reine Wahrheit zu sein. Nebenbei: Mangold beharrt darauf, daß Merkel einen IQ hat, »von dem wir alle nur träumen können.« Dieses Buch ist oft auch nur komisch.

Was – selbst für jemanden, der sich keineswegs als Sprachpurist versteht – nervtötend ist an diesem Buch (und es zeigt, wie sehr sein Autor bemüht ist, auf der Höhe der Zeit zu argumentieren), sind die vieldutzendfach eingestreuten kursivierten Anglizismen: *for the very first*



time oder *every now and then* sind nun nicht so originelle Wendungen, daß man sie unbedingt englisch vermitteln müßte. In seiner Schulzeit, so schrieb Mangold einst selbst, galt er als »Lambertasche«. Man kann dieses strenge Verdikt noch heute nachvollziehen. Immerhin: eine ehrliche und amüsante.

ELLEN KOSITZA ■

## Feierlaune

**Volker Ullrich: *Acht Tage im Mai. Die letzte Woche des Dritten Reiches*, München: Verlag C. H. Beck 2020. 317 S., 24 €**

Spätestens seit Walter Kempowskis Werk *Echolot* finden Darstellungen zu historischen Ereignissen, die auf Zeitzeugenaussagen beruhen, beim Publikum ein reges Interesse. Zitate aus Tagebüchern, Briefen, Erinnerungen, Dokumenten, Befehlen usw. geben einen authentischen Einblick in das Denken und Fühlen der Menschen in ihrer Zeit mit allen ihren Widersprüchen und mit für Nachgeborene mitunter schockierenden Einsichten und Beobachtungen. Wo aber der Schriftsteller Kempowski die Selbstzeugnisse nicht kommentiert und Schlußfolgerungen allein dem Leser überläßt, muß der Historiker Volker Ullrich das Vorgefundene im Sinne einer zeitgemäßen Interpretation lenkend kommentieren und einordnen.

Der Autor läßt in seinem Buch die letzte Woche des Dritten Reiches Revue passieren. Was er präsentiert, ist nicht neu, vielmehr schöpft er aus der umfangreichen Erinnerungsliteratur, die nach 1945 erschienen ist. Wer sich für das Thema interessiert, hat alles irgendwo schon mal gelesen. Trotzdem ist Ullrichs Darstellung flüssig und spannend. Problematisch sind jedoch manche Einlassungen des Verfassers. Irritierend ist der Versuch, russische Kriegsverbrechen beim Einmarsch in Deutschland mit Verweis auf vorangegangene deutsche Verbrechen in Rußland zu relativieren. Wiederholt betont der Autor das angeblich weit verbreitete Wissen der Deutschen um die Verbrechen des NS-Regimes, dies jedoch immer ohne Quellenbeleg. Als Kronzeuge dient ihm die von Hannes Heer kuratierte Wehrmacht-Ausstellung von 1995/2001. Heer allerdings konnte seine These von der »verbrecherischen Wehrmacht« nicht beweisen, seine auf »Legenden, Gerüchten und Fehltrüben« (Stefan Scheil) beruhende Schau mußte nach massiven Protesten und harscher Kritik vor allem von ausländischen Fachleuten (Bogdan Musiał, Krisztián Ungváry) geschlossen werden. Ihre »Welttournee« wurde abgeblasen, das Material eingemottet. Unverständlich sind die vielen Widersprüche: Massenvergewaltigungen durch Siegertruppen erklärten sich durch den vorangegangenen Besatzungs-

ror der Deutschen. Woraus die besondere Brutalität marokkanischer Verbände der Franzosen beim Einmarsch in Baden und Württemberg resultiert, wo doch Französisch-Marokko nie von der Wehrmacht besetzt worden war, erläutert der Autor nicht. Überhaupt seien viele Verbrechen der Sieger aus einer »Feierlaune« heraus geschehen oder als eine Art »gerechter Zorn« zu verstehen. Einerseits brachte erst die Niederlage die NS-Massenverbrechen ans Tageslicht, wenige Zeilen weiter wird dann behauptet, daß fast alle Deutschen etwas davon gewußt hätten. Ullrich schreibt richtig, daß am 7./8. Mai 1945 die Wehrmacht, an anderen Stellen jedoch fälschlicherweise, daß Deutschland bedingungslos kapituliert habe. Karl Dönitz trage als neuer Reichspräsident die Hauptverantwortung dafür, den Krieg um eine opferreiche Woche verlängert zu haben, andererseits sei es ihm gelungen, in der Zeit durch forcierte Rückführung über die Ostsee rund drei Millionen Menschen dem Zugriff der Sowjets zu entziehen. Im



Abschnitt über die durch britische Jagdbomber am 3. Mai 1945 versenkten, mit KZ-Häftlingen vollgestopften Schiffe »Cap Arkona«, »Thielbek« und »Athen« erfährt der Leser nicht, daß die Fahrzeuge mit dem Roten Kreuz gekennzeichnet waren und die verzweifelten Passagiere mit weißen Tüchern auf sich aufmerksam gemacht hatten. Die Verhaftung der »Regierung Dönitz« verlief unter weit entwürdigenderen Umständen als geschildert. Nach dem Befehl »Hände hoch« folgte »Hosen herunter!«, und

die höchst peinliche Leibesvisitation vollzog sich für Offiziere und Sekretärinnen *coram publico*. Uhren, Wertgegenstände, Radios, Orden und Ehrenzeichen wurden dabei unter den Augen der Eigentümer entwendet. Generaloberst Jodl prägte dafür die Bezeichnung »organisierte Plünderung«. Der Rezensent rät: Wer sich über die Endphase des Krieges informieren möchte, greife besser zu Kempowskis authentischer und unkommentierter Text-Collage *Abgesang*.

OLAF HASELHORST ■

## Nachhaltig verwirrt

**Friedrich Burschel (Hrsg.): *Das faschistische Jahrhundert. Neurechte Diskurse zu Abendland, Identität, Europa und Neoliberalismus*, Berlin: Verbrecher Verlag 2020. 258 S., 19 €**

Der Autor vorliegender Zeilen scheut den »Blick nach links« nicht. Ob wissenschaftliche Studien, akademische Diskussionsbände, pointierte Streitschriften oder zugespitzte Propagandathesen; ob aus linkskommunitaristischer, orthodox marxistischer, postmarxistischer, ideologiekritischer oder identitätspolitischer Feder – kein Buch, das nicht einige Erkenntnisse bereit- hielte, mit denen man differenziert arbeiten und

auf Basis derer man weiterdenken könnte. Diese ausufernde Vorbemerkung hat ihren Grund: Der Autor gerät bei dem vorliegenden Sammelband *Das faschistische Jahrhundert* an seine Schmerzgrenze. Die nachhallende Verwirrung setzt unmittelbar bei der Lektüre des ausführlichen Vorwortes des Historikers Friedrich Burschel ein. Der Berliner Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung (zuständig für »Neonazismus«) meint in einer bis dato unerreicht hysterischen Art und Weise, das Vierte Reich herbeischreiben zu müssen. Hoch ironisch ist es, daß er den Autoren des von ihm herausgegebenen Sammelbandes eigentlich die maßgebende Legitimation abspricht, indem er ihnen ihren fachlichen Boden unter den Füßen entzieht. Diesen geht es in ihren Beiträgen um Analyse, Kontinuität und Destruktion faschistischer Theoriebausteine, die in der Neuen Rechten hegemonial seien. Nur zitiert Burschel eben zustimmend seinen RLS-Kollegen Alex Demirović, daß es gar keine »Theorieproduktion faschistischer Denker« gebe, da alle »Elemente« der Weltsicht der Faschisten als »wahnhaft« zu klassifizieren sind. Er nennt Themen wie »Volk«, »Nation« oder »Abendland« als Beleg für dieses Denken im Wahn. Es handle sich, so weiter im vielsagenden Langzitat Demirovićs, noch nicht mal um politische Ansätze, sondern um »intellektuelle Gewalt, um Terror«. Und Burschel schließt, daß das, was die Autoren nachfolgend ausführlich sezieren, in diesem Sinne keine Theorie sei, sondern eine Sache, die »einen deutlichen Blutgeruch mit sich führt und den Massenmord in sich trägt«. Der Wahnvorwurf, der kurz vorher zur anvisierten Demontage der radikalen wie Neuen Rechten in Stellung gebracht wurde, fällt so gut sichtbar wie mit voller Wucht auf die Urheber zurück, die sich in der letzten Abwehrschlacht gegen neofaschistische FDP-Kurzzeitministerpräsidenten und (inexistente) omnipräsente Nazischlägerhorden wähen.

Daß Roger Griffin (»Der »nationale Sozialismus« des Faschismus«) und Felix Schilk (»Die soziale Frage als Ordnungsproblem«), die, trotz aller angebrachter inhaltlicher Anfechtungen, fraglos ein Gespür für ideenhistorische Zusammenhänge und gelehrte »Diskursanalysen« einbringen, sich für einen entsprechenden Band hergeben, ist irritierend. Dagegen wäre Volkmar Wölks zwar informations- und quellenreicher Beitrag (»Alter Faschismus in neuen Schläuchen?«) über europapolitische Volten der radikalen und Neuen Rechten, der neben zweifelhaften ideologischen Wertungen kleinere Logikfehler enthält, keiner Rede wert, wenn er nicht *en passant* einen prototypischen Zirkelschluß preisgeben würde, der sinnbildlich für antifaschistische Faschismustheorien steht und – zugespitzt – so aussieht: Die Neue Rechte bekennt sich zum Faschismus, indem sie offen Faschisten zitiert, und zugleich versucht die Neue Rechte, das Bekenntnis zum Faschismus arglistig zu verschleiern, indem sie sich einfach nicht

offen auf Faschisten berufen mag (weshalb es sicherlich noch stattlicherer Förderungen für antifaschistische Rechercheure bedürfte?).

Eine enervierte Form der Erschlaffung stellt sich beim Leser schließlich dann ein, wenn Natascha Strobl und Julian Bruns das »Verhältnis der Identitären und der Neuen Rechten« darzulegen beabsichtigen und angesichts ihres absonderlichen Niveaus nicht über den Umstand hinaus kommen, das Antaios-Verlagsprogramm (fehlerhaft, denn *Marx von rechts* erschien bei Jungeuropa) oder die IfS-Referentenliste zu rekapitulieren. (Die Gemeinsamkeit zwischen Identitären und »Schnellroda« liege übrigens im gemeinsamen Gebrauch des Schuldkulturmythos.)

Legt man *Das faschistische Jahrhundert* aus der Hand, ist man nicht klüger. Man weiß nicht einmal, weshalb dieser Erwartungen weckende Titel gewählt wurde. Zweifelsohne, man hat Stunden seiner wertvollen Lesezeit mit einem Blick nach links vergeudet, der den Zustand des gegenwärtigen Denkvermögens bestimmter »gehypter« Strömungen des linken Lagers schonungslos offenlegt.

BENEDIKT KAISER ■



## Wagnis, altersmilde

**Botho Strauß: *Die Expedition zu den Wächtern und Sprengmeistern. Kritische Prosa*, Hamburg: Rowohlt Verlag 2020. 320 S., 26 €**

Was per Titel nach einer gefährvollen Unternehmung klingt, entpuppt sich als eine Sammlung von Altbekanntem. Botho Strauß präsentiert die Summe seiner Essays aus den Jahren zwischen 1986 und 2018. Dabei handelt es sich um Texte zur Literatur, zum Theater, zur bildenden Kunst und zum politischen Zeitgeschehen, von denen die wichtigen bereits mehrfach veröffentlicht sind. Weitgehend neu, abgesehen von dem darin ungenannt aufgegangenen *Spiegel*-Essay »Der letzte Deutsche« (2015), ist lediglich der fünfte Teil, den er »Sprengsel« überschrieben hat. Darin findet sich Kritisches zur Gegenwart: zur Flucht vor der Gegenwart in die Welt der Bücher, zur Erinnerungsproblematik, zum Moralismus, zum Klimawandel als »negativer Anthropozentrik« und zur Herrschaft, der von links keine Kritik mehr geboten werde. Den vergangenen »höheren Reflexionsgrad linker Kritik« sieht Strauß als Verpflichtung einer »Kritik von rechts«, die sich zunächst aber an ihrem »kategorischen Gegner«, den »Rechtsradikalen«, abarbeiten sollte. Im Gegensatz zu seinem wichtigsten Essay, dem »Anschwellenden Bocksgesang« (1993), den Strauß hier in einer abmildernd veränderten Fassung präsentiert, klingen diese neuen Texte wie die Wiederholung von zu oft Gehörtem, nicht nach Wagnis und Erhellung.

ERIK LEHNERT ■

Wer die Welt in Ordnung bringen will,  
gehe zuerst durchs eigene Haus.

AUS CHINA